E&W

Erziehung & Wissenschaft 01/2016
Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW

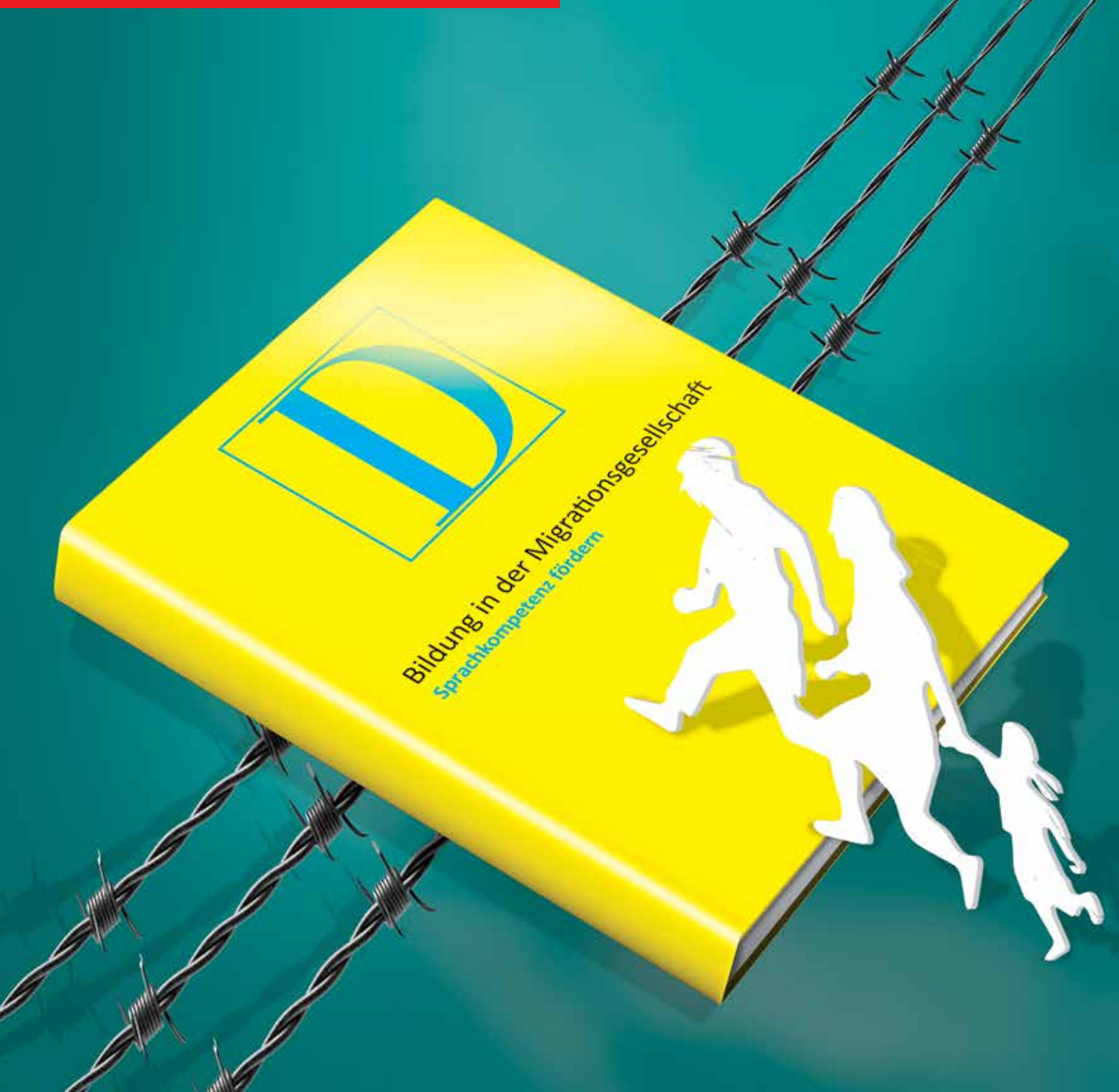


Foto: dpa

PETRA STANAT

Sprachkompetenz stärken

Angesichts der Flüchtlingssituation diskutieren wir verstärkt, was zu tun ist, um zugewanderte Kinder und Jugendliche ins Bildungssystem zu integrieren. Auf allen Ebenen unternehmen die Beteiligten enorme Anstrengungen, um die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen: Vorbereitungsklassen werden eingerichtet, in denen Schülerinnen und Schüler intensive Sprachförderung in Deutsch erhalten, damit sie so schnell wie möglich am Regelunterricht teilnehmen können. Lehrkräfte werden eingestellt und bereits pensionierte Lehrkräfte reaktiviert, um den zusätzlichen Bedarf an pädagogischem Personal zu decken. Trotz der immensen Aufgabe trägt gerade auch der Bildungsbereich das Ziel mit, es „schaffen zu wollen“.

Wenn man sich vor Augen führt, dass vor 15 Jahren viele in Politik und Gesellschaft noch am Mythos festhielten, Deutschland sei kein Einwanderungsland, ist diese Entwicklung bemerkenswert. Da damals ausschließlich die Nationalität von Schülerinnen und Schülern erfasst wurde, war zur Jahrtausendwende offiziell lediglich bekannt, dass neun Prozent von ihnen nicht die deutsche Staatsbürgerschaft besaßen. Erst die 2001 veröffentlichte PISA-Studie zeigte, dass der Anteil Jugendlicher in deutschen Schulen, die selbst oder deren Eltern zugewandert sind, mehr als 20 Prozent beträgt – Tendenz steigend. Inzwischen leugnet niemand mehr, dass kulturelle und sprachliche Heterogenität hierzulande Realität sind.

Welche Folgen hat Migration für die Bildung? Zuwanderung kann Chancen eröffnen, allerdings nur, wenn wir die damit verbundenen Herausforderungen bewältigen. Das Bildungssystem spielt dabei eine zentrale Rolle. Heranwachsende aus zugewanderten Familien sind häufig hoch motiviert, erfolgreich zu sein. Inwieweit sie ihr Potenzial entfalten können, hängt von den einzelnen Bildungseinrichtungen ab und von der Unterstützung, die diese von der Bildungspolitik und -administration erhalten.

Die Herausforderungen sind vielfältig – sie reichen vom Umgang mit durch Kriegs- und Fluchterfahrungen traumatisierten Kindern und Jugendlichen über die Entwicklung einer wertschätzenden Haltung gegenüber kultureller Heterogenität bei gleichzeitigem Etablieren klarer Regeln, die für alle gelten, bis hin zur Beratung von Eltern, die mit dem deutschen Schulsystem wenig vertraut sind.

Die vielleicht wichtigste Aufgabe besteht darin, die deutsche Sprache effektiv zu fördern. Nachdem die erste PISA-Studie 2001 offengelegt hat, wie stark der Bildungserfolg junger Menschen von ihrem Sprachhintergrund abhängt, wurde die Sprachförderung deutlich intensiviert. Dies dürfte mit dazu beigetragen haben, dass sich die Leistungen Jugendlicher aus Migrantenfamilien in PISA 2009 deutlich verbessert hatten. Allerdings ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler nichtdeutscher Herkunftssprache, die die Mindeststandards verfehlen, immer noch zu hoch.

Sprachliche Kompetenz zu stärken, ist eine sehr anspruchsvolle Aufgabe – es braucht dafür Konzepte und auch Zeit. Im Idealfall entwickeln Bildungseinrichtungen auf der Grundlage dessen, was wir über effektive Sprachförderung wissen, an die jeweilige Situation angepasste Förderstrategien, die von pädagogischen Fachkräften – untereinander abgestimmt – umgesetzt und evaluiert werden. Das erfordert meist, sich externe Unterstützung einzuholen, etwa aus den für Fortbildung zuständigen Landesinstituten. Wiederum im Idealfall erfolgt diese Hilfe bedarfsorientiert, konkret bezogen auf den Unterricht und langfristig. Solche Angebote stehen insgesamt noch zu wenig zur Verfügung. Wir müssen die Sprachförderung aber unbedingt weiter professionalisieren, um die Herausforderungen von Migration in der Bildungsgesellschaft zu bewältigen.

Prof. Petra Stanat,
Leiterin des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) an der Humboldt-Universität zu Berlin

Inhalt

Gastkommentar
Sprachkompetenz stärken — Seite 2

Impressum — Seite 3

Auf einen Blick — Seite 4

Prämie des Monats — Seite 5

Schwerpunkt: Bildung in der Migrationsgesellschaft
1. Perspektiven: Angekommen – und dann? — Seite 6
2. Schule: Den Start erleichtern — Seite 9
3. Mehrsprachigkeit: „Aufgabe in allen Fächern“ — Seite 13
4. Kita: Im Alltag Deutsch lernen — Seite 15
5. Integrationskosten: Bezahlbare Herausforderung — Seite 18
6. DaZ/DaF-Unterricht: Lehrkräfte – dringend gesucht — Seite 19
7. GEW-Kommentar: Kooperation jetzt! — Seite 20

Bildungspolitik
1. Projekt „School Turnaround“: Reform nach New Yorker Vorbild? — Seite 21
2. OECD: Neue „Heilsbotschaften“ — Seite 24

Berufliche Bildung
Standortprobleme: Erosion der Berufsschulen — Seite 25

Weiterbildung
Akademisierung beruflicher Bildung: Mehr Durchlässigkeit schaffen — Seite 28

Hochschule
1. GEW-Kommentar: Wichtiger Teilerfolg — Seite 30
2. Studienfinanzierung: Alles BAföG? — Seite 31

E&W-Serie „Willkommen in Deutschland“
Geflüchtete Mädchen: Abgeschirmt und beschützt — Seite 34

Schule
1. Interview mit Astrid Randerath: „Milliardengeschäft auf dem Rücken der Kinder“ — Seite 36
2. Inklusions-Umfrage in NRW: „Mehr Lehrkräfte, mehr Zeit und kleinere Klassen“ — Seite 38

Jugendhilfe und Sozialarbeit
1. Konferenz Kinderrechte und Kinderschutz: „Selber machen!“ — Seite 39
2. Anmerkung zum Ganztagsschulbericht: Die KMK und das Leben — Seite 43

fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit
Tourismus: Keine Idylle am Urlaubsort — Seite 40

Recht und Rechtsschutz — Seite 42

Medien
1. Film „Die Schüler der Madame Anne“: Ein modernes Märchen — Seite 44
2. Was diskutiert die Community? — Seite 45

GEW-Intern
Heimvorteil und GEWolution — Seite 46

Diesmal — Seite 48

Titel: Werbeagentur Zimmermann

IMPRESSUM

Erziehung und Wissenschaft
Allgemeine Deutsche Lehrerzeitung · 68. Jg.

Herausgeber:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
im Deutschen Gewerkschaftsbund
Vorsitzende: Marlis Tepe
Redaktionsleiter: Ulf Rödde
Redakteurin: Helga Haas-Rietschel
Redaktionsassistentin: Renate Körner
Postanschrift der Redaktion:
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main
Telefon 069 78973-0
Fax 069 78973-202
renate.koerner@gew.de
www.gew.de
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft
twitter.com/gew_bund

Redaktionsschluss ist in der Regel
der 7. eines jeden Monats.
Erziehung und Wissenschaft erscheint elfmal jährlich.

Gestaltung:
Werbeagentur Zimmermann,
Heddernheimer Landstraße 144
60439 Frankfurt

Für die Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich Euro 7,20 zuzüglich Euro 11,30 Zustellgebühr inkl. MwSt. Für die Mitglieder der Landesverbände Bayern, Berlin, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen werden die jeweiligen Landeszeitungen der E&W beigelegt. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Rezensionsexemplare wird keine Verantwortung übernommen. Die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar.

Verlag mit Anzeigenabteilung:
Stamm Verlag GmbH
Goldammerweg 16
45134 Essen
Verantwortlich für Anzeigen: Mathias Müller
Telefon 0201 84300-0
Fax 0201 472590
anzeigen@stamm.de
www.erziehungundwissenschaft.de
gültige Anzeigenpreisliste Nr. 39
vom 01.01.2015,
Anzeigenschluss
ca. am 5. des Vormonats

Erfüllungsort und Gerichtsstand: Frankfurt am Main

ISSN 0342-0671

Die E&W wird auf 100 Prozent chlorfrei
gebleichtem Recyclingpapier gedruckt.

Städte machen Rabatz

Foto: dpa

Eva Lohse

Bund und Länder müssten nach Einschätzung der Kommunen deutlich mehr Geld ausgeben, damit Städte und Gemeinden die vielen zugewanderten Menschen integrieren können, berichtet die Deutsche Presse-Agentur (dpa). „Bei den Kommunen liegt die Hauptlast, weil bei uns die Flüchtlinge letztlich ankommen“, sagte Eva Lohse (CDU), Präsidentin des Deutschen Städtetags, nach einer Tagung der Spitzengremien ihres Verbandes vergangenen November in Hamburg. Die Städte, so Lohse, Oberbürgermeisterin von Ludwigshafen, seien an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt.

Der Städtetag hat einen Katalog aus seiner Sicht notwendiger Integrationsmaßnahmen erarbeitet. Darin verlangt er u. a. ein größeres Angebot an Sprach- und Integrationskursen (s. Schwerpunkt ab Seite 6 ff.).

Mindestlohn steigt

Der Mindestlohn für in der Aus- und Weiterbildung Beschäftigte ist zum 1. Januar in den alten Bundesländern auf 14 Euro, in den neuen auf 13,50 Euro pro Stunde gestiegen. Zuvor hatte das Bundeskabinett den Mindestlohn erneut für allgemeinverbindlich erklärt. Damit sind weiterhin alle Unternehmen im Geltungsbereich an die Lohnuntergrenze gebunden.

Andreas Gehrke, im GEW-Hauptvorstand für Tarif- und Beamtenpolitik verantwortlich, wertet es als „großen Erfolg“, dass „endlich die Ost-West-Angleichung vereinbart werden konnte“: Ab Januar 2017 sollen in Ost und West einheitlich 14,60 Euro gezahlt werden. Die Lohnuntergrenze gilt für pädagogische Fachkräfte, die überwiegend Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen nach den Sozialgesetzbüchern (SGB) II und III aus- und weiterbilden.

GEW Schleswig-Holstein: neue Spitze

GEW Schleswig-Holstein

Astrid Henke

Die GEW Schleswig-Holstein hat während ihrer Landesdelegiertenkonferenz Ende vergangenen Jahres die 54-jährige Sonderschullehrerin Astrid Henke beinahe einstimmig zur Nachfolgerin von Matthias Heidn gewählt. Neue Stellvertreterinnen: Katja Cordes (30) und Birgit Mills (59).

Heidn gab sein Amt nach neun Jahren aus Altersgründen auf und leitet jetzt ehrenamtlich die Landesstelle für Rechtsschutz der GEW Schleswig-Holstein.

GEW Thüringen gegen Jena

Die GEW Thüringen klagt gegen die Stadt Jena. Anlass: Die Kommune bot Erzieherinnen und Erziehern während der Tarifrunde für den kommunalen Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) 2015 eine „Streikbruchprämie“ an. Der Landesverband befürchtet, dass kommunale Arbeitgeber mit solch einem „Lockmittel“ auf künftige Arbeitskämpfe Einfluss nehmen könnten. Zudem stellt die „Prämien-Offerte“ nach Auffassung der GEW eine „unrechtmäßige Maßregelung“ streikender Beschäftigter dar und „höhlt das im Grundgesetz verankerte Streikrecht aus“. Zum Hintergrund: Die GEW-Mitglieder hatten – nach bis zu diesem Zeitpunkt ergebnislosen Tarifverhandlungen – in einer Urabstimmung mit großer Mehrheit für weitere Streikaktivitäten votiert. Die GEW rief daraufhin zum unbefristeten Arbeitskampf auf. Nach Abschluss der SuE-Runde und erzieltem Tarifkompromiss (s. E&W 9/2015 und 11/2015) zahlte die Stadt Jena an einige Erzieherinnen und Erzieher, die sich sofort bereit erklärt hatten, während des unbefristet angesetzten Streiks die Notbetreuung zu übernehmen, eine Prämie aus, so die GEW Thüringen – für „äußerst positive Einstellung gegenüber ihrem Berufsbild“.

DSW verlangt Hochschulsozialpakt

Foto: Kay Herschelmann

Dieter Timmermann

Das Deutsche Studentenwerk (DSW) hat von Bund und Ländern einen „Hochschulsozialpakt“ mit einem Fördervolumen von mindestens 2,25 Milliarden Euro verlangt. Analog zu den bisherigen Hochschulpakten sei dieses Geld in den nächsten fünf Jahren „zuvorderst für Bau und Sanierung von Wohnheimen sowie Mensen und Cafeterien für Studierende“ notwendig, sagte DSW-Präsident Dieter Timmermann gegenüber dpa in Berlin. Er ist Ende 2015 für weitere zwei Jahre in seinem Amt bestätigt worden.

Initiative bittet um Hilfe

Die Berliner Initiative „Respekt für Griechenland“* hat im Herbst vergangenen Jahres ein Unterstützungs- und Begegnungsprojekt ins Leben gerufen: Aktive, die sich auf Lesbos unentgeltlich um geflüchtete Menschen kümmern, hatten um Hilfe gebeten (http://lesvosvolunteers.com/volunteering/). Die Unterstützergruppe ist dabei, ein Team mit zum Teil wechselnden Freiwilligen vorrangig aus Deutschland und Griechenland zusammenzustellen, die vor Ort über einen längeren Zeitraum Hilfsprojekte für Asylsuchende betreuen. Das Engagement ist ehrenamtlich. Kosten entstehen für Anreise und Unterkunft der Helferinnen und Helfer. Dafür bittet die Initiative um Spenden.

Ursula Herdt, ehem. GEW-Vorstandsmitglied

****Weitere Informationen:**
www.initiative-respekt-fuer-griechenland.de
Spendenkonto: „Respekt für Griechenland“, GLS Bank,
IBAN DE42 4306 0967 1175 7746 01 bzw.
Kontonummer 1175 774 601, BLZ 430 609 67.
Als Verwendungszweck der Spende bitte
„Flüchtlinge auf Lesbos“ angeben.

Mitmachen lohnt sich ...

... für jedes neu geworbene GEW-Mitglied erwartet Sie ein GEW-Organise!-Kapuzenpulli.*

Prämie des Monats Januar:

GEW-Organise!-Kapuzenpulli

Das tragbare Statement dafür, sich gewerkschaftlich zu organisieren und den fairen Handel zu unterstützen.
100 % Biobaumwolle.

Neues Mitglied werben und Prämie online anfordern
www.gew.de/praemienwerbung

*Dieses Angebot gilt nicht für Mitglieder der GEW-Landesverbände Niedersachsen und Thüringen.

Keine Lust auf unser Online-Formular? Fordern Sie den Prämienkatalog an!
Per E-Mail: mitglied-werden@gew.de | Per Telefon: 0 69 / 7 89 73-211

oder per Coupon:

Bitte in Druckschrift ausfüllen.

Vorname/Name

GEW-Landesverband

Straße/Nr.

Telefon Fax

PLZ/Ort

E-Mail

Bitte den Coupon vollständig ausfüllen und an folgende Adresse senden:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Reifenberger Straße 21, 60489 Frankfurt a. M., Fax: 0 69 / 7 89 73-102

E&W-Prämie des Monats Januar 2016/GEW-Organise!-Kapuzenpulli

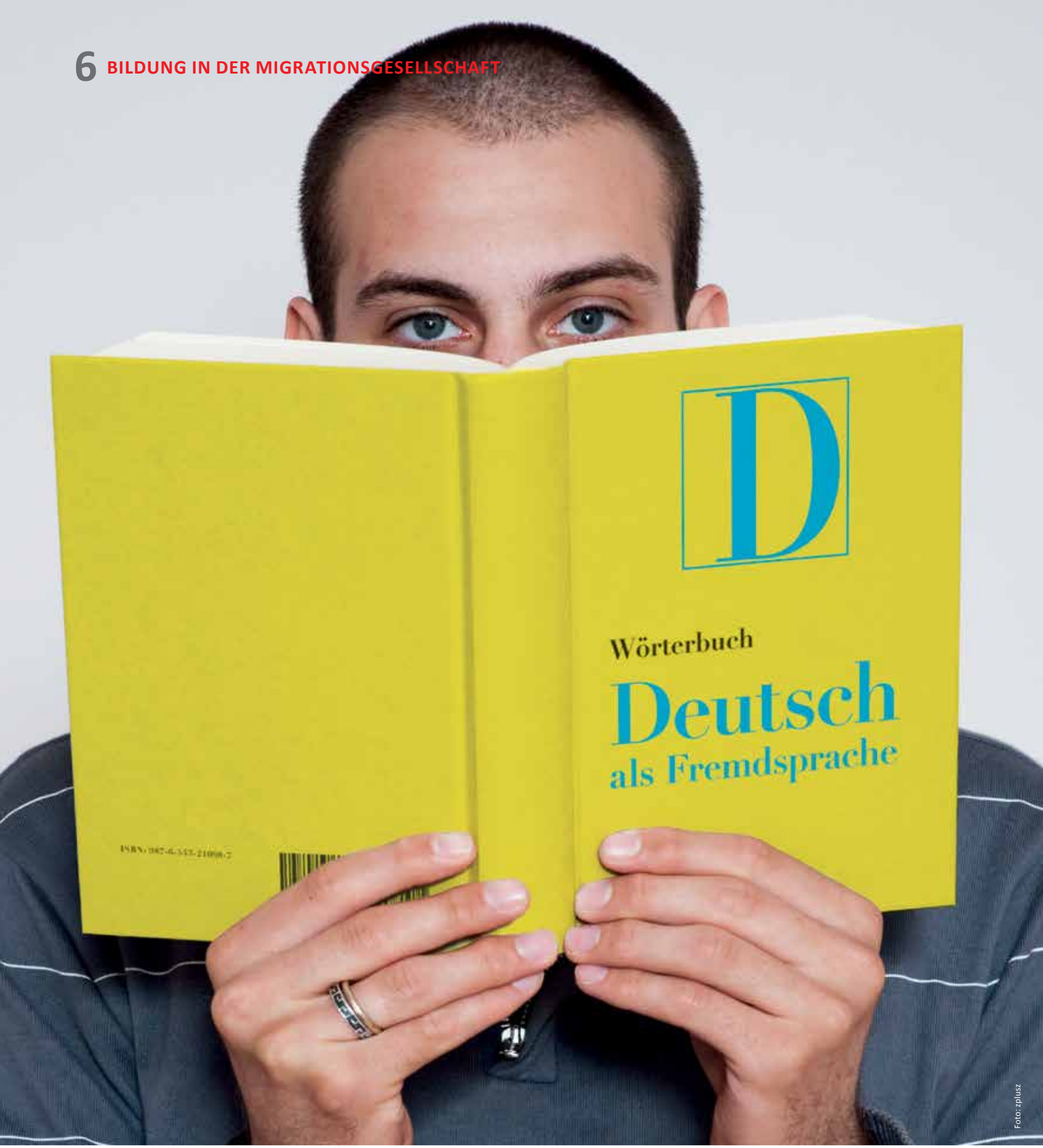


Foto: zplusz

Angekommen – und dann?

// Menschen, die geflüchtet und in Deutschland angekommen sind – welche Perspektiven haben sie? Welche Erfahrungen mit dem Bildungssystem haben sie gemacht? Protokolle der Geschichte von drei Flüchtlingen aus dem Sudan, Tschetschenien und dem Nordirak. //

„Sprache lernen, um voranzukommen“

// Kasim Elfadil*, 23 Jahre alt, stammt aus dem Sudan, lebt seit Januar 2013 in Deutschland mit dem Status Aufenthaltsgestattung, sein Asylverfahren läuft noch. //

„Mein Vater ist Landwirt, er hat – wie meine Mutter – gar keine Schulbildung. Er kann nur den Koran lesen. Gerade deswegen wollte er, dass ich studiere – sein Wunsch war Architektur. Aus Respekt vor ihm habe ich in meiner Heimat mit diesem Studium angefangen. Ich selbst wollte eigentlich was mit Elektrotechnik studieren. Während meines Studiums bin ich zum Militärdienst eingezogen worden. Ich sollte nach der Grundausbildung in den Krieg nach West-Sudan. Ich wollte aber kein Soldat sein, wollte keine Menschen töten – und schon gar nicht auf meine Leute schießen. Wir stammen ja aus dem West-Sudan.

Deswegen bin ich erst untergetaucht, dann geflüchtet, zuerst nach Libyen, nach dem Sturz Gaddafis nach Italien. Weil ich in Italien in den falschen Zug eingestiegen bin, kam ich schließlich in München an. Deutschland war nicht mein bewusst gewähltes Ziel; mein einziger Gedanke war, in einem sicheren Land anzukommen. Auf der Flucht hat mir geholfen, dass ich Englisch kann; das habe ich auf dem Gymnasium gelernt.

Von München musste ich weiter in ein Erstaufnahmelager nach Braunschweig. Mir war von Anfang an klar: Ich muss die Sprache lernen, um voranzukommen. In Deutschland gibt es viele Möglichkeiten, etwas aus sich zu machen, und Institutionen, die einen unterstützen. Bei mir war es ‚Asyl e. V.‘ in Hildesheim. Dieser Verein ist mir empfohlen worden und ich habe mich dort nach Sprachkursen erkundigt. Die Mitarbeiter haben mich auf eine Liste gesetzt und gesagt, sie meldeten sich, wenn ein Platz in einem Kurs frei wird. Es rief aber niemand an, also bin ich wieder hin und habe nachgefragt. Dann hat man gemerkt, es ist mir ernst. Schließlich bekam ich einen Platz in einem Deutschkurs. Wenn man etwas erreichen will, darf man nicht zuhause darauf warten, dass etwas passiert. Man muss die Initiative ergreifen, sich erkundigen, ehrgeizig und fleißig sein.

Ich habe mir inzwischen einen Freundeskreis aufgebaut – aus Studierenden der Universität in Hildesheim. Vieles lernt man eben nicht in Kursen und aus Büchern, sondern von den Menschen. Der Kontakt zu Einheimischen ist wichtig, um in der Gesellschaft anzukommen. Ich besuche jetzt auch Seminare an der Uni, weil ich mich weiterbilden will; neulich habe ich dort sogar mit einem Freund zusammen einen Vortrag gehalten: über unsere Heimat und unsere Situation als Flüchtlinge.

In Libyen habe ich in einem Supermarkt gearbeitet. Das war eine gute Erfahrung, eine, die mir klargemacht hat: Ich will mehr aus meinem Leben machen. Zuerst habe ich in Deutschland eine Ausbildung als Gebäudetechniker angefangen, nach drei Monaten aber abgebrochen; das war nicht ‚mein Ding‘. Jetzt mache ich ein Praktikum bei Siemens in Braunschweig. Einstiegsqualifizierung nennt sich das; nach sechs oder acht Monaten entscheidet sich, ob ich dort eine Ausbildung als Elektroniker oder ein duales Studium beginnen kann. Damit ich studieren kann, muss ich erst noch eine Prüfung machen, das sudanesische Abitur wird hier nicht anerkannt.“

Aufgezeichnet von Canan Topçu,
freie Journalistin

***Name geändert**

„Tor zum Bildungssystem“

// Taisa Baragova*, 19 Jahre alt, aus Tschetschenien. Sie lebt seit 2012 in Deutschland mit Aufenthaltsgestattung, die sich um je sechs Monate verlängert, solange das Asylverfahren noch läuft. //

„Vor gut fünf Jahren bin ich mit meiner Familie aus Tschetschenien geflohen. Fast täglich gab es Gewalt und Terror von Extremisten. Unsere Familie wurde konkret bedroht. Deshalb flohen wir zunächst nach Polen und beantragten dort Asyl. Zwei Jahre haben wir gehofft, dass es klappt. Bis wir den Bescheid bekamen: ‚In ein paar Tagen werden Sie abgeschoben.‘ 2012 machten wir uns daher nach Deutschland auf. Erst nach Berlin, dann weiter in eine kleine Stadt nach Bayern.

Wir wollten so schnell wie möglich Deutsch lernen. Aber es gab keinen Platz in den Deutschkursen. Immer wieder sind wir zum Sozialamt gegangen und haben die Mitarbeiterin bekniet. Immer wieder hieß es: ‚Ja, ja, keine Sorge, das kriegen wir hin.‘ Aber nichts passierte. Auch zur Schule durften meine Geschwister und ich nicht. Keine Klasse im Landkreis konnte uns aufnehmen. Irgendwann holte die Sozialamtsmitarbeiterin ihre Chefin. Die fuhr uns an: ‚Keine Schule, keine Kurse.‘ Da waren wir schon ein halbes Jahr in Deutschland. Ohne Maria Brand, die ehrenamtlich bei der ‚Aktionsgruppe Asyl‘ tätig ist, hätten wir wohl noch lange warten müssen. Sie überzeugte den Direktor der nahen Hauptschule, uns einen Monat lang Deutschunterricht zu geben. Danach wurde mein kleiner Bruder aufgenommen, meine Schwester und ich waren schon zu alt. Maria Brand vermittelte uns schließlich an ‚Flübs‘ (‚Flüchtlinge in Beruf und Sprache‘), ein Projekt der Münchner Volkshochschulen, das junge Asylsuchende auf den Schulabschluss vorbereitet.

>> **Fortsetzung auf Seite 8**

‚Flübs' war unser Tor zum Bildungssystem. Zwei Jahre lang. 15 Mädchen und Jungen waren wir in der Klasse. Wir hatten super Lehrerinnen und Lehrer. Sie waren streng, aber erklärten toll. Ich habe mich in der Schule so gut konzentriert, dass ich danach fast alles im Kopf hatte. In der Unterkunft zu lernen, ist kaum möglich. Vor der Abschlussprüfung der 10. Klasse gab uns eine Lehrerin Zusatzunterricht, ehrenamtlich. Sie wollte unbedingt, dass wir es packen. Ich habe eine 1,6 geschafft.

Seit September 2014 mache ich eine Ausbildung zur zahnmedizinischen Fachangestellten. Es war nicht leicht, eine Lehrstelle zu finden. In den Ferien haben wir bei ‚Flübs' zwar Praktika gemacht, auch Bewerbungstraining. Trotzdem erhielt ich viele Absagen: Ich habe noch kein Bleiberecht und spreche noch nicht perfekt Deutsch. Auch meine Zahnärztin war erst unsicher, ob sie mich einstellen sollte. Aber Maria Brand hat eine ehrenamtliche Nachhilfe für mich organisiert, damit ich in der Berufsschule optimal mitkomme. Seit dem Ausbildersprechtag ist meine Chefin beruhigt: Ich habe überall gute Noten.

In Tschetschenien war ich auf dem Gymnasium, sollte zwei Klassen überspringen, wollte studieren. Hier bin ich weit davon entfernt. Doch ich weiß, was für ein Glück ich hatte. Es ist ein Anfang. Ich bilde mich weiter, eine Ehrenamtliche erteilt mir Englischunterricht. Ich würde gerne Abitur machen und doch noch studieren. Aber es ist schwierig, in Deutschland zu leben und nicht zu wissen, ob man morgen noch hier sein darf. Ich habe mir geschworen: Ich nutze jeden Tag, um so viel wie möglich zu erreichen."

Aufgezeichnet von Anja Dilk,
freie Journalistin

***Name und Ort geändert**

„Ich habe mir viel selbst beigebracht"

// **Nizar Amer*, 27 Jahre, flüchtete aus dem Nordirak. Er lebt seit Ende 2007 in Deutschland. Nach sechs Monaten erhielt er Bleiberecht.** //

„Ich bin Jeside, aufgewachsen in Sheikhan in der Nähe von Mossul. Wir Jesiden sind nach dem Sturz Saddam Husseins von Al-Qaida bedroht worden. Mein Vater ist Staatsanwalt, meine Mutter Lehrerin. Zuhause haben wir Kurdisch gesprochen, in der Schule Arabisch. Nach dem Abitur wollte mein Vater, dass ich in Mossul Jura studiere. Als ein jesidischer Freund dort von Al-Qaida-Anhängern ermordet wurde, fürchteten meine Eltern, dass sie uns als „Ungläubige" alle töten würden. Mein Vater verkaufte ein Stück Land, damit ich mit meinem Bruder fliehen konnte. Ich war damals 19, mein Bruder 13. Wir machten uns mit Hilfe von Schleppern auf den Weg. In der Türkei ließen uns diese allein zurück. Wir sind von türkischen Soldaten erwischt worden und kamen bei Edirne ins Gefängnis. Die Polizei hat unsere Reisepässe und unser Geld einbehalten. Dann schickte sie uns nach Sheikhan zurück. Ich gab nicht auf, wollte eine Perspektive haben. Im Spätsommer brach ich wieder auf, diesmal alleine zu Fuß über die Berge. In der Türkei nahm ich Kontakt zu einem Schlepper auf, der mich im LKW von Istanbul über Griechenland mit dem Schiff nach Neapel und von dort nach Deutschland brachte. Ich hatte ein sehr gutes arabisch-deutsches Wörterbuch dabei, das habe ich auf der langen Fahrt von vorne bis hinten studiert. Ende Oktober 2007 kam ich in Bayern an. Ich spreche gut Englisch und habe den Behörden meine Lage erklärt. Papiere hatte ich keine. Zuerst kam ich in ein Erstaufnahmelager nach München, danach in eine Flüchtlingsunterkunft nach Karlsruhe. Ich wollte nach Baden-Württemberg, weil mein Onkel mit seiner Familie in Freiburg lebte. Um meine Verwandten zu besuchen, brauchte ich eine Sondererlaubnis. Solange mein Asylverfahren lief, konnte ich gar nichts machen. Das war eine schwierige Zeit. Ich habe mir viel selbst beigebracht, Zeichentrickfilme mit den Kindern meines Onkels geguckt und so Wörter gelernt. Mein Onkel gab mir Geld, damit ich nach dem Asylverfahren in eine private Sprachschule gehen konnte. Ich habe täglich sechs Stunden gelernt. Über die Caritas kam ich in Kontakt mit der Otto-Benecke-Stiftung, die hat mir ein Stipendium für den Besuch einer Sprachschule in Berlin bewilligt. Ich musste mich auf ein Studienkolleg vorbereiten, weil mein irakisches Abitur in Deutschland nicht anerkannt wurde. Ich habe die Aufnahme aber erst beim zweiten Anlauf geschafft. Als ich 2012 in Frankfurt am Main anfing, Jura zu studieren, verstand ich im ersten Semester nur ‚Bahnhof' – und fiel durch die Prüfungen. Das war schlimm für mich. Wirtschaft hat mich mehr interessiert. Seit dem Wintersemester 2014/15 studiere ich in Gießen Betriebswirtschaftslehre (BWL). Weil ich drei Sprachen spreche – Kurdisch, Arabisch und Englisch –, habe ich mich als Dolmetscher beim BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge) beworben. Seit 2013 werde ich bei Bedarf – auch am Flughafen – eingesetzt. Das war erst nicht einfach, ich war langsam, aber es ging immer besser. Der Job macht mir Spaß, ich helfe Flüchtlingen und den deutschen Behörden. So kann ich mir mein Studium finanzieren. In den Irak will ich nie mehr zurück."

Aufgezeichnet von Helga Haas-Rietschel,
Redakteurin der E&W

***Name geändert**

Den Start erleichtern

// Die neuen Schülerinnen und Schüler kommen aus Syrien, Afghanistan oder Eritrea – und müssen erst einmal Deutsch lernen. Gleichzeitig sollen sie so schnell wie möglich in reguläre Klassen integriert werden. Für alle eine enorme Herausforderung. //

Auf dem Pausenhof der Schloss-Schule in Gräfenhausen (Hessen) hopst Aleyna* mit ihren rosa Turnschuhen durch die Pfützen, springt vergnügt mit ihren Freundinnen im Nieselregen herum. Das neunjährige Mädchen aus Syrien ist ein Paradebeispiel dafür, wie Integration gelingen kann. Als Aleyna vor anderthalb Jahren mit ihrer Familie nach Deutschland floh, verstand sie zunächst kein Wort. „Das hat mich so sauer gemacht“, erinnert sie sich. Deshalb setzte sie sich nach der Schule mit Tier- und Märchenbüchern hin, übersetzte die Wörter mit dem Smartphone. Mit Erfolg. In der Grundschule kann die Schülerin in der vierten Klasse sehr gut mithalten. „Sie ist ein Sonnenscheinchen“, sagt ihre Klassenlehrerin Renate Brand, „klug, ehrgeizig, fröhlich.“

Doch manchmal kauert sich das Mädchen auf dem Sofa in der Ecke des Klassenzimmers zusammen – und weint. Aleyna ist von der Flucht traumatisiert, sie weiß nicht, was mit ihrem Vater passiert ist. Die Lehrkräfte waren zunächst unsicher. Wie damit umgehen? Dafür sind sie nicht ausgebildet. „Ich habe mich ganz langsam herangetastet“, berichtet die Klassenlehrerin. An der Grundschule in der Nähe von Darmstadt gab es bislang keine Flüchtlingskinder. Doch seit diesem Schuljahr haben die 200 Mädchen und Jungen sechs neue Klassenkameraden, die aus ihrer Heimat geflohen sind und fast alle kein oder nur wenig Deutsch sprechen.

In Hessen gilt: Ab zwölf Schülerinnen und Schülern wird in der Regel eine Intensivklasse gebildet – in anderen Bundesländern als „Willkommensklassen“, „DaZ-Klassen“ oder „Übergangsklassen“ bezeichnet. Doch mancherorts kommt eine solche Klasse zahlenmäßig nicht zustande, auch an Grundschulen wird meist bewusst darauf verzichtet. Deshalb gehen die Kinder dort von Anfang an in Regelklassen, erhalten zusätzlich Sprachförderung in Intensivkursen – so wie in Gräfenhausen. „Für die Integration ist es der bessere Weg“, meint Schulleiter Gerhard Kraft. „Aber dafür braucht es eine ausreichende Unterstützung“, fügt er hinzu. „Und die fehlt.“

Zum Beispiel Aleyna (links) aus Syrien: Geflüchtete Kinder wie sie haben es nicht leicht, sich nach dramatischen Fluchterfahrungen in einer deutschen Schule zurechtzufinden. Wie gehen Lehrkräfte damit um? „Ich habe mich ganz langsam herangetastet“, berichtet ihre Klassenlehrerin Renate Brand (Mitte) von der Schloss-Schule.

Fotos: Maria Obermaier

In der Schloss-Grundschule in Gräfenhausen (Hessen) gehen die Kinder von Anfang an in die Regelklassen. Schulleiter Gerhard Kraft: „Für die Integration ist das der bessere Weg.“

Für die sechs Flüchtlingskinder an seiner Schule stünden fünf Stunden im Intensivkurs zur Verfügung – insgesamt. Einige müssten erst noch das Alphabet lernen, andere könnten schon lesen und schreiben. Deshalb könne man nicht alle gemeinsam unterrichten. Jedes Kind komme etwa auf zwei Stunden pro Woche, sagt Kraft: „Das reicht bei Weitem nicht aus.“ In einem gut funktionierenden Klassenverband können seiner Einschätzung nach maximal zwei Flüchtlingskinder pro Klasse integriert werden.

Für die Lehrkräfte ist die neue Situation eine enorme Herausforderung. „Wir bekommen die Kinder in die Klasse gesetzt und müssen loslegen“, berichtet Brand. In ihrer Klasse sind 21 Schülerinnen und Schüler, davon zwei Inklusionskinder, ein Junge mit Autismus, einer mit geis-

Foto: Maria Obermaier

Ahmed aus Pakistan sitzt schweigend daneben, wenn seine Mitschüler in der Schloss-Grundschule lebhaft mit einer Hundertertafel arbeiten. Der Junge versteht noch so gut wie nichts.

tiger Behinderung. Die Pädagogin kennt sich mit Differenzierung im Unterricht aus. Doch wenn ein Kind die Sprache kaum beherrscht, ist es auch für sie schwer. „Diese Mädchen und Jungen brauchen intensive Deutschförderung“, betont Brand. „Das kann ich im Klassenverband nicht leisten.“ Einige Stunden wird sie im Unterricht von einer Förderschullehrerin unterstützt, die offiziell jedoch für die beiden Inklusionskinder zuständig ist.

Mehr Sprachförderung

Auch ihre Kollegin Dorothea Fuchs merkt, dass sie an ihre Grenzen stößt. Einer ihrer Schüler in der 2b ist Ahmed aus Pakistan, sieben Jahre alt, seit einem Monat in Deutschland. Der Junge in der letzten Reihe hat wache Augen, ein herzliches Lächeln, aber wenn seine Mitschüler in Mathe lebhaft mit einer Hundertertafel arbeiten, sitzt er schweigend daneben, verkeilt seine Finger ineinander. Der Junge versteht so gut wie nichts. Doch die Lehrerin muss mit ihrem Stoff durchkommen. „Mein Lehrerinnenherz blutet, dass ich ihm so nicht gerecht werden kann, wie ich will“, sagt Fuchs. In der Pause steht Ahmed mit anderen Jungen aus Pakistan auf dem Hof, die Hände in der Jackentasche vergraben.

Die GEW in Hessen fordert sowohl für die Lehrkräfte als auch für die Kinder und Jugendlichen viel mehr Beratung und Begleitung. Zum Beispiel durch Sozialpädagoginnen und Psychologen. „Das ist so gar nicht vorgesehen“, kritisiert die stellvertretende Landesvorsitzende Maike Wiedwald. Und vor allem seien „viel, viel mehr Stunden“ für Sprachförderung notwendig. Doch das hessische Kultusministerium hat die Zahl der Unterrichtsstunden in Intensivklassen in Grundschulen gerade von 20 auf 18 und in der Sekundarstufe I schrittweise von 28 auf 22 reduziert. Um mehr Plätze zu schaffen. „Das ist der falsche Weg“, kritisiert die Gewerkschafterin.

In den nächsten zwölf Monaten rechnet die GEW bundesweit mit bis zu 300 000 zusätzlichen Schülerinnen und Schülern. Es gibt unterschiedliche Ansichten, wie diese am besten in den Schulalltag integriert werden können: Sollen sie vom ersten Tag an in reguläre Klassen gehen – oder zunächst separat die Sprache lernen? GEW-Vorstandsmitglied Ilka Hoffmann ist überzeugt, dass es beides braucht. Erst einmal müssten diese Kinder und Jugendlichen einen Crashkurs in Deutsch besuchen. Denn wenn sie in der Klasse nichts mitbekämen, sei das frustrierend, sagt Hoffmann. Doch es gelte auch, die Mädchen und Jungen so schnell wie möglich in Regelklassen einzubinden, am Anfang etwa durch gemeinsamen

Unterricht mit Partnerklassen in Fächern wie Sport oder Musik. „Eine totale Abkopplung vom übrigen Schulsystem hat nichts mit Integration zu tun“, betont die GEW-Schulexpertin.

Zwei Modelle

Fakt ist, dass in fast allen Bundesländern beide Varianten eingesetzt werden, wie eine aktuelle Studie** des Mercator-Instituts für „Sprachförderung und Deutsch als Fremdsprache“ in Köln zeigt. Das jeweilige Modell lasse keine Rückschlüsse auf die Qualität zu, so Institutsdirektor Michael Becker-Mrotzek. Denn es sage nichts über die Stundenzahl und die Art der Sprachfördermaßnahmen aus. Und darauf komme es letztlich an.

Die Sophienschule in Frankfurt am Main – eine Hauptschule – setzt seit vielen Jahren auf separate Klassen für Seiteneinsteiger. In der Klasse von Anke Steinacker-Wölbing ist mit bunter Kreide der Stundenplan an die Tafel geschrieben. Die Teenager haben pro Woche zwölf Deutschstunden, außerdem Englisch, Sport, Mathe, Kunst und Politikwissenschaft. „Holt bitte euer Arbeitsblatt heraus“, sagt die Lehrerin. „Das A-r-b-e-i-t-s-b-l-a-t-t“, wiederholt sie langsam und hält ihre Kopie hoch. Samir beginnt stockend zu lesen, der Junge aus Afghanistan ist erst vor zwei Wochen in ihre Klasse gekommen – mitten im Schuljahr. „Die Schüler kommen kleckerweise rein“, berichtet die Pädagogin. Das erschwere den Unterricht etwas, „aber das ist halt so“.

Die Hauptschule mit rund 200 Schülerinnen und Schülern bietet drei Intensivklassen an, mit jeweils bis zu 16 Plätzen. Die jungen Flüchtlinge werden aufgeteilt: Für Analphabeten gibt es eine eigene Klasse, bei allen anderen wird aufs Alter geachtet. Trotzdem müsse sie teilweise mit „Fünfer- oder Sechserdifferenzierung“ arbeiten, so Steinacker-Wölbing. „In manchen Klassen hat fast jeder sein eigenes Arbeitsblatt.“ Das sei anstrengend. Doch toll sei es, die Erfolge der Jugendlichen zu sehen. Viele machten ihren Realschulabschluss, einige schafften sogar den Sprung in die gymnasiale Oberstufe.

Dabei werde es jungen Geflüchteten nicht gerade leicht gemacht, kritisiert die GEW Hessen. Meist blieben sie an der Schule, der man sie für die Sprachmaßnahmen zugewiesen habe. Außerdem: An den 67 Intensivklassen und -kursen in Frankfurt seien lediglich zwei Gymnasien beteiligt.

Fit für die Regelklasse

Steinacker-Wölbing erlebt immer wieder, dass neue Schülerinnen und Schüler schon nach wenigen Wochen fit genug für die Regelklasse sind. Andere tun sich schwerer. Früher hätten sie es flexibler handhaben können, erzählt die Lehrerin. Doch inzwischen müsse jeder nach einem Jahr die Intensivklasse verlassen. Die Pädagogin räumt ein, dass der Wechsel in die reguläre Klasse nicht

Der Bundespräsident

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

alle für EINE WELT für alle
www.eineweltfueralle.de

Schulwettbewerb des Bundespräsidenten zur Entwicklungspolitik 2015/2016

UNTERSCHIEDE VERBINDEN – GEMEINSAM EINZIGARTIG!

Lassen Sie Ihre Schülerinnen und Schüler im Rahmen der siebten Runde des Schulwettbewerbs des Bundespräsidenten zur Entwicklungspolitik auf Entdeckungsreise nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden gehen. Kinder und Jugendliche aller Jahrgangsstufen und Schulformen haben die Möglichkeit, Beiträge zum Thema „Umgang mit Vielfalt“ einzureichen und attraktive Preise im Gesamtwert von über 50.000 Euro zu gewinnen. Egal ob Fotos, Texte, Videos, Kunst oder Musik: Der Fantasie sind keine Grenzen gesetzt!

Einsendeschluss 1. März 2016

Jetzt kostenlose Unterrichtsmaterialien bestellen!

www.eineweltfueralle.de

Durchgeführt von: ENGAGEMENT GLOBAL

In Kooperation mit: bezev.de, Cornelsen, Grundschulverband

Mit Unterstützung von: Zivilgesellschaft: care, Kinderhilfe, Plan, welt hunger hilfe

Wirtschaft: Boehringer Ingelheim

Medien: Frankfurter Allgemeine, spiesser

Fotos: Maria Obermaier

Seit die Intensivklassen Anfang der 1990er-Jahre in der Frankfurter Sophienschule eingerichtet worden sind, habe sich einiges verändert, sagt Schulleiter Martin Ostmann: „Die Schülerzahlen sind explodiert und wir haben es mit anderen Schicksalen zu tun."

leicht sei. „Es ist ein Sprung ins kalte Wasser." Vielen falle es sehr schwer, den geschützten Raum zu verlassen. Die Schülerinnen und Schüler hätten auf einmal Geschichte, Biologie, Physik und Chemie – alles auf Deutsch. „Fast alle sacken erst einmal ab", sagt Steinacker-Wölbing.

Die Deutschlehrerin ist überzeugt, dass die jungen Menschen am Anfang in einer separaten Klasse besser aufgehoben sind: „Sie kommen neu nach Deutschland. Da ist die Klasse erst einmal wie ein Auffangbecken. Sie wissen, wo sie hingehören." In der Schule seien die Mädchen und Jungen dennoch gut integriert. Das ergebe sich auf dem Schulhof von selbst. Dieser Meinung ist auch der Schulleiter Martin Ostmann: „Wir sind eine kleine Schule, hier kennt sich jeder." Über Projekte werde der Kontakt zu den anderen Klassen gefördert, etwa durch gemeinsame Ausflüge in den Kletterpark. „Das schweißt zusammen."

Seit die Intensivklassen Anfang der 1990er-Jahre an der Sophienschule eingerichtet worden sind, habe sich einiges verändert, so Ostmann. „Die Schülerzahlen sind explodiert und wir haben es mit anderen Schicksalen zu tun." Die Lebensverhältnisse vieler geflüchteter Jugendlicher seien prekär. Der Schulleiter berichtet von einem Jungen aus Eritrea, der auf einmal nicht mehr zum Unterricht kam. Es stellte sich heraus: Seine Schuhe waren gestohlen worden – „und er hatte keine anderen". Daraufhin habe die Schule einen Fundus mit Kleidungsstücken eingerichtet.

Der Schulleiter betont: „Wir fordern auch etwas von den Jugendlichen: Sie sollen ihren Abschluss machen." Die besten Absolventen in Deutsch seien Schülerinnen und Schüler aus den Intensivklassen, fügt er hinzu. Die Kolleginnen und Kollegen unterrichteten dort sehr gerne, stellt Ostmann fest. Der Grund: „Die Mädchen und Jungen wollen, die wollen echt".

Kathrin Hedtke,
freie Journalistin

***Namen aller Kinder geändert**
****www.mercator-institut-sprachfoerderung.de/publikationen/**

Sophienschule – eine Hauptschule in Frankfurt am Main: Anke Steinacker-Wölbing (links) unterrichtet zugewanderte Jugendliche in einer separaten Intensivklasse: Samir aus Afghanistan (Mitte) liest noch stockend. Steinacker-Wölbing: „Die Schülerinnen und Schüler kommen neu nach Deutschland. Da ist diese Klasse erst einmal ein Auffangbecken. Die Kinder wissen, wo sie hingehören."

„Aufgabe in allen Fächern“

// Seit den 1990er-Jahren setzt sich die Hamburger Erziehungswissenschaftlerin Prof. Ingrid Gogolin für eine Schule ein, die Mehrsprachigkeit fördert, statt diese zu blockieren. Damit und mit ihrem Engagement für durchgängige Sprachbildung hat sie einiges erreicht. //

Wer nach vorn schaut, sollte auch einmal einen Blick zurück werfen. Bis ins 20. Jahrhundert war nämlich gar nicht ausgemacht, ob Deutsch eine angemessene Sprache ist, um zu lernen. Oder ob, zumindest an höheren Schulen, nicht auf Latein oder Griechisch unterrichtet werden sollte. Wer der Forscherin Gogolin so weit in die Vergangenheit folgt, lernt, dass das Ende der damaligen Debatte immer noch nachwirkt: „Bis heute haben wir es mit einem monolingualen Habitus zu tun.“ Über diesen Habitus, der im Kern bedeutet, dass nur (deutsche) Einsprachigkeit als „normale Bildungsvoraussetzung“ wertgeschätzt wird, hat sich Gogolin 1991 habilitiert.

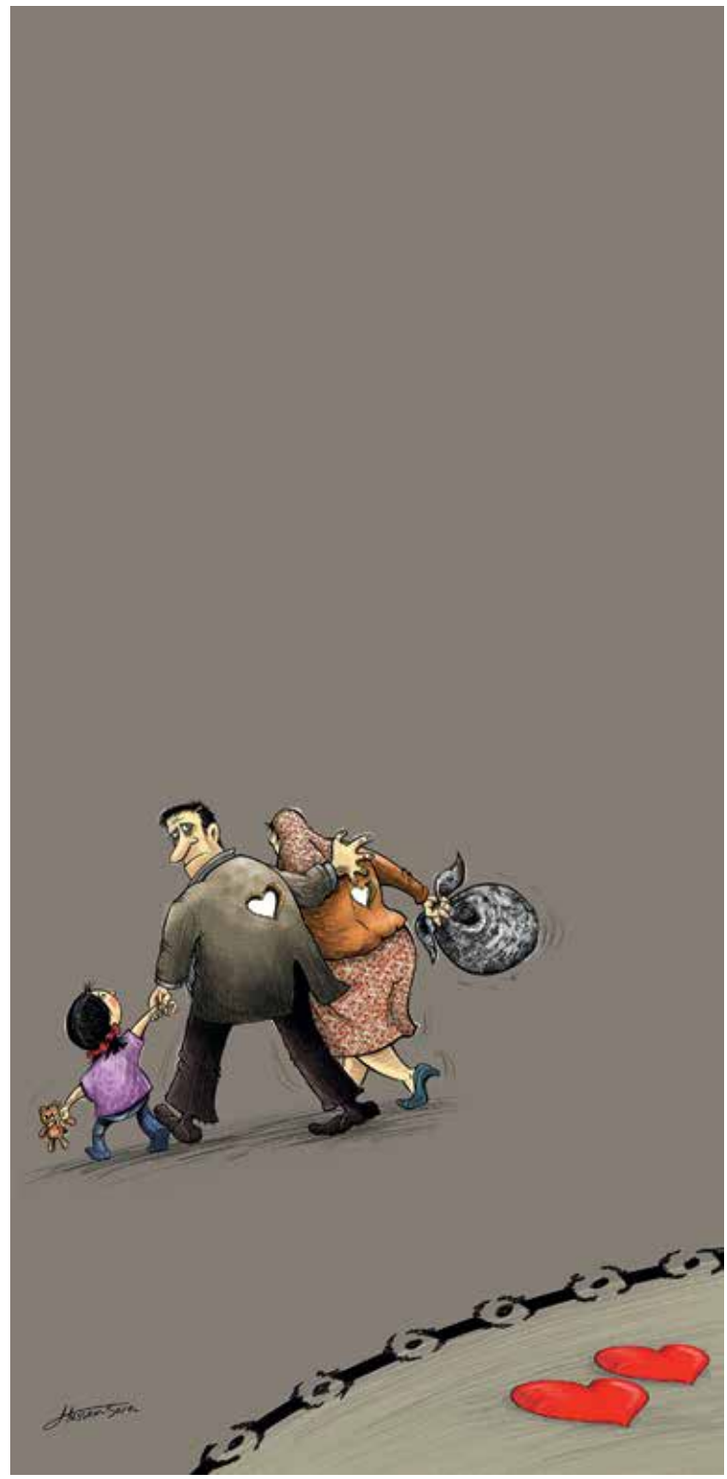
Mit ihrer Forderung nach einem „multilingualen Habitus“ – einer Schule, die offen für Kinder mit unterschiedlichen Sprachen ist, die Muttersprachen anerkennt und, noch besser, fördert – steht Gogolin allerdings heute weniger alleine da als noch vor 25 Jahren. Dass das Erlernen mehrerer Sprachen Kindern weder schadet noch sie überfordert, darüber ist sich die Wissenschaft weitgehend einig. Auch die Europäische Union (EU) stellt fest: „Jedem Europäer drei Sprachen.“

Nach Jahrzehnten des Beobachtens ist sich die Hamburger Sprachforscherin sicherer als je zuvor: „Mehrsprachigkeit ist eine Ressource beim Lernen“ – auch der deutschen Sprache. „Mehrsprachige müssen früher als einsprachige Kinder Vergleiche zwischen Sprachen anstellen und Kategorien bilden“, erklärt Gogolin. „Sie haben automatisch von klein auf mit Sprachregeln zu tun, die andere erst später kennenlernen. Davon profitieren sie.“ Und zwar am meisten, wenn – was immer noch zu selten geschieht – die Schule den Prozess von Zwei- oder Mehrsprachigkeit professionell begleitet.

Ein mögliches Modell: Lehrkräfte helfen Kindern konkret dabei, den Schritt von der Alltags- in die Bildungssprache parallel in zwei Sprachen zu gehen, indem sie diese sowohl in ihrer Erst- als auch in ihrer Zweitsprache unterrichten. So machen es zum Beispiel Berliner Europaschulen, die auf Deutsch und Polnisch, Deutsch und Türkisch oder Deutsch und Spanisch unterrichten. Schwierig dabei ist allerdings: Nur sehr selten haben alle Schülerinnen und Schüler dieselbe Herkunftssprache.

Viele Sprachkulturen

Mehrsprachigkeit zu berücksichtigen, ist nach Gogolins Auffassung aber auch in Klassen möglich, in denen Kinder aus ganz unterschiedlichen Sprachkulturen lernen. Vorausgesetzt, Lehrkräfte könnten einschätzen, was es heißt, sich in einer Zweitsprache zu bewegen. Zum Beispiel sollten sie wissen, warum sich ein Begriff wie „Sanduhr“ nicht sofort erschließt, obwohl ein Kind durchaus weiß, was die Wörter „Sand“ und „Uhr“ bedeuten, erläutert Gogolin. Und: Pädagogen sollten sich vorstellen können, wie sehr es verwirren kann, wenn ein Verb wie „zurücklegen“ plötz-



www.bpb.de/flucht

Online-Themenseite der Bundeszentrale für politische Bildung mit den Angeboten zu Flucht und Zuwanderung

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

lich auseinandergerissen und in Teilen vertauscht daherkommt, etwa wenn es heißt: „Welche Strecke legt der Zug zurück?“

Teamarbeit wichtig

Bereits diese Beispiele zeigen: Sprachbildung ist kein Sonderunterricht. „Mit ein paar Extra-Stunden in der Grundschule ist es nicht getan“, hält die Wissenschaftlerin fest. Deswegen sei auch das gern benutzte Wort „Sprachförderung“ missverständlich. Das Team, das mit ihr 2004 das Programm FörMig* auf den Weg brachte, schwenkte schnell zu dem passenderen Begriff „Durchgängige Sprachbildung“ um. Diese, so sieht es Gogolin, sei „Aufgabe in allen Fächern“. Idealerweise kooperierten die Lehrkräfte und wüssten, welche sprachlichen Themen gerade bei wem im Unterricht behandelt werden. Letzteres ist eine zentrale Erkenntnis des FörMig-Programms: Besonders gut entwickeln sich sprachliche Fähigkeiten, wenn systematisch, kontinuierlich und im Team gearbeitet wird.

Durchgängige Sprachbildung sollte über eine lange Phase der Schulzeit laufen, von der frühkindlichen Bildung bis in die weiterführenden Schulen. Nicht zuletzt sieht Gogolin dies auch als eine Aufgabe der Berufsschule – schließlich lernten erst angehende Kfz-Mechatroniker die Wörter „Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung“ kennen, zahnmedizinische Fachangestellte das Wort „Behandlungsassistenz“. An solchen Begriffen wird deutlich, worin der Unterschied zwischen Alltags- und Bildungssprache liegt, auf den Gogolin so viel Wert legt (s. E&W 10/2013): „Bildungssprache ist die Sprache, die wir benötigen, um Bildung zu erwerben. Zuhause und auf der Straße brauchen wir sie nicht. Das heißt allerdings auch: Dort lernen wir sie nicht.“

Nun sind es zurzeit vor allem geflüchtete Kinder und Jugendliche, die meist gar kein Deutsch können und Schulen wie Lehrkräfte vor große Aufgaben stellen. „Bei diesen Schülerinnen und Schülern ist es besonders wichtig, in allen Fächern darauf einzugehen, dass sie es mit einer doppelten Herausforderung zu tun haben: mit dem Inhalt und mit dem Deutschen“, unterstreicht die Sprachforscherin. Auch die Anerkennung der Herkunftssprache als Ressource sei doppelt wichtig: „In aller Regel sind die älteren Mädchen und Jungen ja tatsächlich bereits in einer Sprache zuhause, darauf lässt sich sehr gut aufbauen.“ Insofern verwundert es Gogolin, dass das 130-Millionen-Euro-Programm „Integration durch Bildung“** des Bundesbildungsministeriums (BMBF) ganz ohne den Begriff „mehrsprachig“ auskommt: „Das ist schade“, findet sie, „hier scheint vergessen worden zu sein, dass ‚Mehrsprachigkeit anerkennen und fördern‘ und ‚Deutsch lernen‘ kein Widerspruch ist.“

Insgesamt lassen sich aber doch einige Fortschritte verzeichnen: Der Begriff „durchgängige Sprachbildung“ ist heute in aller Munde; auch haben immer mehr Bundesländer – unter ihnen Nordrhein-Westfalen, Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein – einschlägige Module in die Regelausbildung angehender Lehrkräfte eingebaut. Für Schulen, die sich auf den Weg zu einer besseren Sprachbildung machen wollen, fordert Gogolin: „Was sie brauchen, ist Engagement von innen und Unterstützung von außen.“ Das Land müsse zusätzliche Ressourcen bereitstellen – und Pädagoginnen und Pädagogen sollten sich darauf einlassen, dass „Mehrsprachigkeit normal ist“.

Jeannette Goddar,
freie Journalistin

***Das Bund-Länder-Projekt „FörMig“ (Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund) begleitete unter Ingrid Gogolins Leitung von 2004 bis 2009 mehr als 400 Kitas und Schulen in zehn Bundesländern. Die Website des FörMig-Kompetenzzentrums ist in aktualisierter Form unter www.diver.uni-hamburg.de/de/diver.html zu finden.**

****Unter dem Titel „Flüchtlinge durch Bildung integrieren“ investiert das BMBF in den nächsten Jahren 130 Millionen Euro. Die Maßnahmen im Überblick: www.bmbf.de/de/fluechtlinge-durch-bildung-integrieren-1615.html.**

Hinweis für DaF-Lehrkräfte: Eine Linksammlung zum Thema „Deutsch als Fremdsprache“ finden Sie auf dem Landesbildungsserver Baden-Württemberg: www.schule-bw.de/unterricht/faecher/deutsch/deutschlinks/daf/

Foto: Sebastian Willnow

„Bei geflüchteten Schülerinnen und Schülern ist es besonders wichtig, in allen Fächern darauf einzugehen, dass sie es mit einer doppelten Herausforderung zu tun haben: mit dem Inhalt und mit dem Deutschen“, sagt Sprachforscherin Prof. Ingrid Gogolin.

Im Alltag Deutsch lernen

// Mit Programmen zur sprachlichen Bildung wird seit 2011 – unterstützt vom Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) – bundesweit in Tausenden Kitas ein neuer Weg der Integration beschritten. Statt auf gesonderten Sprachunterricht setzt man auf das Erlernen des Deutschen im Kita-Alltag. //

Zum Beispiel in der „Kita Suppenschule“ im fränkischen Aschaffenburg. Seitdem sich die Einrichtung 2011 an dem Bundesprogramm „Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“* (s. Kasten) beteiligt, hat sich hier für die 87 Krippen- und Kindergartenkindern einiges verändert. „In der Sprachförderung haben wir vorher den Ansatz verfolgt, die Kinder bei einer falschen Aussprache oder einem falschen Gebrauch der Grammatik sofort zu korrigieren“, sagt Sybille Völker, die „Sprachexpertin“ der Kita. Wenn heute einer Kollegin z. B. auffalle, dass ein Kind nicht „der Bus“, sondern „die Bus“ sagt, werde das Kind nicht mehr mit erhobenem Zeigefinger auf seinen Fehler aufmerksam gemacht, erklärt die 40-Jährige das Konzept. Vielmehr schaffe die Erzieherin zusammen mit dem Team durch die Auswahl von Spielmaterial, aber vor allem im Alltag Situationen, in denen das Kind quasi nebenbei lernt, dass es „der Bus“ heißen muss. „Alltagsintegrierte sprachliche Bildung“ heißt das im Fachjargon.

Rund 35 Prozent der Kinder in der „Suppenschule“ stammen aus Zuwandererfamilien, in denen zuhause kaum Deutsch gesprochen wird. Die Kita liegt damit über der für die Programm-Teilnahme vom Land Bayern geforderten Mindestquote von 15 Prozent. Die Einrichtung, nahe der Innenstadt, hat ein relativ gutes soziales Umfeld, der Anteil bildungsferner und einkommensschwacher Familien ist gering.

Ganz anders sieht es am östlichen Stadtrand von Berlin im Bezirk Marzahn aus. Zwischen Hochhauszeilen ist hier in einem Flachbau die „Kita Rabennest“ untergebracht. Die Einrichtung in der Trägerschaft des Jugendwerks

„Sprach-Kitas“

Mit dem Programm „Schwerpunkt-Kitas Sprache & Integration“ förderte das BMFSFJ von 2011 bis Ende 2015 rund 4 000 Kitas mit zirka 400 Millionen Euro (E&W berichtete). Pro Einrichtung hat das Ministerium eine halbe Fachkraftstelle finanziert und zudem Kosten für Lehr- und Lernmittel sowie Fortbildungen übernommen.

Für das Nachfolgeprogramm „Sprach-Kitas“ stellt der Bund von 2016 bis 2019 jährlich 100 Millionen Euro zur Verfügung. Neu daran: Eine externe Fachberatung begleitet die Kitas anstelle individueller Fortbildungen. Sie soll regionale Gruppen von jeweils zehn bis 15 Einrichtungen fachlich unterstützen, um das Programm umzusetzen.

Ziel: die Bildungschancen aller Kinder unabhängig von Herkunft und sozialen Verhältnissen über sprachliche Angebote zu verbessern. J.A.

Unterrichten im Ausland

Sie haben das 1. und 2. Staatsexamen oder Sie sind im Landesschuldienst verbeamtet oder fest angestellt, sind aufgeschlossen und engagiert. Sie suchen eine neue Herausforderung? Dann brauchen wir Sie als

Lehrerin / Lehrer für einen Einsatz an Deutschen Auslandsschulen oder ausgewählten staatlichen ausländischen Schulen. Wir freuen uns auf Ihre Anfrage und informieren Sie gerne über die Rahmenbedingungen.

Weitere Informationen und die Bewerbungsunterlagen finden Sie unter:

www.auslandsschulwesen.de

Tel.: 022899 358-3666 • mailto: ZfA.Bewerbung@bva.bund.de

Bundesverwaltungsamt – Zentralstelle für das Auslandsschulwesen –

ZfA Deutsche Auslandsschularbeit International

START STIFTUNG

START – Stipendium für motivierte Zuwanderer

Bewerbung vom 15.03.–20.05.2016

START ist ein Stipendienprogramm für motivierte Jugendliche, die
- seit kurzem in Deutschland leben (bis zu 5 Jahre),
- mind. die 8. Klasse besuchen,
- noch mind. 2 Schuljahre vor sich haben.

Das Stipendium begleitet sie zwei Jahre lang mit ideeller und materieller Förderung auf ihrem Bildungsweg.

Bitte informieren Sie Ihre Schüler über diese Chance!

www.start-stiftung.de

Weitere Infos:
START-Stiftung gGmbH
Tel. 069-300388400
info@start-stiftung.de

EIN PROJEKT DER GEMEINNÜTZIGEN Hertie Stiftung

Aufbau Ost (JAO), einer gemeinnützigen GmbH, gehört zu einem sozialen Brennpunkt; die Arbeitslosigkeit ist hoch, die Zahl der Menschen, die von Grundsicherung leben müssen, liegt bei über 40 Prozent. Im Ranking der 447 Berliner Sozialräume rangiert die Gegend des „Rabennestes“ auf dem 400. Platz.

Rund die Hälfte der 200 Kita-Kinder ist nichtdeutscher Herkunft, die meisten haben ihre familiären Wurzeln in Russland oder Vietnam. Einen Sprachförderbedarf hat jedes vierte Kind. „Dreijährige, die noch keine vollständigen Sätze sprechen können, sind keine Seltenheit“, sagt Tina Hrabowski, die in der Kita für die alltagsintegrierte Sprachförderung verantwortlich ist. In vielen Familien gebe es neben materieller auch Spracharmut. „Oft hören wir von den Eltern, dass ihre Sprachentwicklung ebenfalls verzögert war“, erzählt die 29-jährige Erzieherin.

Besondere Herausforderung

Eine besondere Herausforderung sind für sie und ihre Kolleginnen die Kinder aus vietnamesischen Familien. Viele könnten anfangs kaum Deutsch, weil sie bis zum Kitabesuch nie in Kontakt mit Deutsch sprechenden Gleichaltrigen gekommen sind, ihre Mütter ebenfalls nicht oder nur wenig Deutsch könnten, erklärt Hrabowski. Ihre Einrichtung arbeitet deshalb mit muttersprachlichen, vom Träger JAO finanzierten Kulturdolmetschern zusammen. „Wir empfehlen den Eltern, sich zuhause mit ihren Kindern in der Herkunftssprache zu unterhalten“, sagt die Erzieherin. Viele Eltern seien allerdings verunsichert, weil ihnen etwa von Kinderärzten geraten wird, in der Familie nur Deutsch zu sprechen. „Das ist aber ein falscher Rat“, ist Hrabowski überzeugt.

Von der Sprachwissenschaft erhält sie für ihre Überzeugung Rückendeckung. Wenn Migranten mit ihrem Nachwuchs nicht ihre Herkunftssprache, sondern Deutsch sprechen, verschlechtere sich diese bei den Töchtern und Söhnen, ohne dass sich aber deren Deutschkenntnisse verbesserten. Zudem könne der Verzicht auf die Muttersprache langfristig zu Identitäts- und Beziehungsproblemen führen. Zu diesem Schluss kamen Forscher am Berliner Zentrum für Allgemeine Sprachwissenschaft (ZAS) 2014 in einer Studie** mit etwa 100 russischsprachigen Kindern im Alter von vier bis sechs Jahren.

Ende 2015 lief das Bundesprogramm „Sprache & Integration“ aus. Anfang 2016 startete das Nachfolgeprojekt Sprach-Kitas“* (s. Kasten S. 15). Die Resonanz ist enorm. Bis Ende November 2015 hatten sich nach Auskunft des BMFSFJ bereits knapp 6 000 Einrichtungen für das Programm beworben. Zwei dieser Bewerber sind die Kitas von Völker und Hrabowski. Beide Erzieherinnen blicken allerdings auch mit Sorge in die Zukunft. Zwar setzt das neue Programm noch mehr als sein Vorgänger auf inklusive Bildung und Zusammenarbeit mit den Eltern. Die Zuwanderung geflüchteter Kinder fordert jedoch neue Anstrengungen bei der Spracherziehung: Künftig werden nicht nur Kinder mit nicht ausreichenden Deutschkenntnissen in die Kitas kommen, die in dieser Gesellschaft aufgewachsen und sozialisiert worden sind, sondern auch solche aus ganz anderen Kulturkreisen, die zudem kein Wort Deutsch verstehen.

„Das ist eine Herausforderung, die wir meistern wollen und können“, sagt Völker. Seit einigen Monaten sind in

„Sprach-Kita Rabennest“ im Berliner Bezirk Marzahn: Rund die Hälfte der 200 Kinder ist nichtdeutscher Herkunft. „Dreijährige, die noch keine vollständigen Sätze sprechen können, sind keine Seltenheit“, sagt Tina Hrabowski, die in der Kita für alltagsintegrierte Sprachförderung verantwortlich ist.

Fotos: Kay Herschelmann

Sprachexpertin Tina Hrabowski: „Wir empfehlen den Eltern, sich zuhause mit ihren Kindern in der Herkunftssprache zu unterhalten.“

ihrer Kita zwei Kinder aus Syrien. Zumindest der größere der beiden Brüder habe sich bereits gut integriert, berichtet die Erzieherin. Er könne bislang zwar nur einige Wörter Deutsch, beim Spielen sei er aber schon aktiv dabei, so Völker und fügt hinzu: „Die Sprache lernen Kinder am besten, wenn sie miteinander spielen."

Jürgen Amendt,
Redakteur „Neues Deutschland"

***Bundesprogramme: www.fruehe-chancen.de/sprach-kitas**
****Zentrum für Allgemeine Sprachwissenschaft: www.zas.gwz-berlin.de**
weitere Links:
Fortbildungsangebote für Erzieherinnen: www.erzieherin.de
„Kita Suppenschule": www.kita-aschaffenburg.de
„Kita Rabennest": www.jao-berlin.de

Fortbildungen

Fortbildungen zur Kita-Fachkraft für Sprachförderung können an vielen Instituten absolviert werden. In einem davon lehrt Lisa Scheck. Ein halbes Jahr dauert ein solcher Lehrgang am Sven-Walter-Institut in Berlin. Integriert ist eine Projektarbeit, in der die Erzieherinnen und Erzieher das Gelernte in ihrer eigenen Kita umsetzen müssen. Sozialpädagogin Scheck sieht im Personalmangel der Einrichtungen das größte Hindernis für eine kontinuierliche Sprachförderung. „Die Kolleginnen gehen nach der Fortbildung mit viel Elan in ihre Kitas zurück", sagt sie, „aber auch mit einer gewissen Verunsicherung. Viele fragen sich, was sie tun sollen, wenn eine Kollegin krank ausfällt."

„Die besten Programme helfen nichts, wenn die Personalausstattung schlecht ist", kritisiert auch GEW-Vorstandsmitglied Norbert Hocke. Das Instrument der Fortbildung müsse zudem als „Regelinstitution" übernommen werden. Die im neuen Programm „Sprach-Kitas" vorgesehenen externen Fachberatungen seien zwar zu begrüßen. Sie seien jedoch kein Ersatz für eine kontinuierliche Fortbildung aller Kita-Beschäftigten. Zudem: „Eine ‚Spezialkraft' pro Kita ist zu wenig", stellt der GEW-Kita-Experte fest. J.A.

www.herenstraat55.nl

Herzlich Willkommen in Den Hoorn auf Texel.

Wir empfangen Sie sehr gerne in unseren schönen und gemütlichen Ferienwohnungen: Zwei Appartements für 2-4 Personen und ein Appartement für 2 Personen. Sie wurden im Juni 2010, nach einer Kernsanierung mit Um- bzw. Anbau, neu eröffnet.

Die Appartements sind geschmackvoll und sehr komfortabel eingerichtet. Das Inventar ist komplett neu. Die Wohnungen liegen an einer wenig befahrenen Straße und haben eine eigene kleine Gartenterrasse (in der Erdgeschosswohnung), einen Holzbalkon mit Gartenmitbenutzung und Veranda (erstes Geschoss) sowie eine Dachterrasse mit Sedumdach für das 2 Personen-Appartement.

Wir freuen uns Sie kennenlernen zu dürfen.

Kerstin und Harald Weiss
Herenstraat 55
1797 AG Den Hoorn - Texel

Tel. 0031 222 319397

info@herenstraat55.nl
www.herenstraat55.nl

AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont

Spezialklinik für Verhaltenstherapie
Akademisches Lehrkrankenhaus
der Medizinischen Hochschule Hannover

Ärztlicher Direktor:
Prof. Dr. med. Dipl.-Psych.
Rolf Meermann

Die AHG Psychosomatische Klinik Bad Pyrmont ist inmitten des landschaftlich sehr reizvollen Weserberglands gelegen.

Nach unserem Motto „ Handeln - nicht behandeln lassen" leiten wir unsere Patienten in einem auf die individuellen Bedürfnisse des einzelnen abgestimmten einzel- und gruppenpsychotherapeutischen Behandlungskonzept dazu an, zu „Experten" für ihre eigenen Gesundheitsprobleme zu werden.

Behandelt werden alle Störungsbilder des psychiatrisch-psychosomatischen Fachgebietes sowie begleitende internistische, neurologische und orthopädische Erkrankungen. Schwerpunktmäßig handelt es sich dabei um:

- **Depressionen**
- **Ängste**
- **alle Formen von Essstörungen (Magersucht, Bulimie, Adipositas)**
- **Zwangsstörungen**
- **Burn-out-Symptomatik**
- **chronische Schmerzstörungen**
- **posttraumatische Belastungsstörungen**
- **nicht-organische Schlafstörungen**

Als sog. „gemischte Krankenanstalt" führen wir für privat krankenversicherte Patienten der Akutbehandlung vergleichbare psychiatrisch-psychotherapeutische Stationärbehandlungen in einer Spezialklinik für Verhaltenstherapie durch. Gemäß Beihilfeverordnung ist die Klinik als beihilfefähig anerkannt.

Wir sind im Vorfeld einer stationären Aufnahme gerne bereit, Sie hinsichtlich notwendiger Kostenübernahmebeantragungen bei Ihrer privaten Krankenversicherung bzw. Beihilfestelle umfassend zu beraten.
Ihre kurzfristige stationäre Aufnahme ist jederzeit möglich.

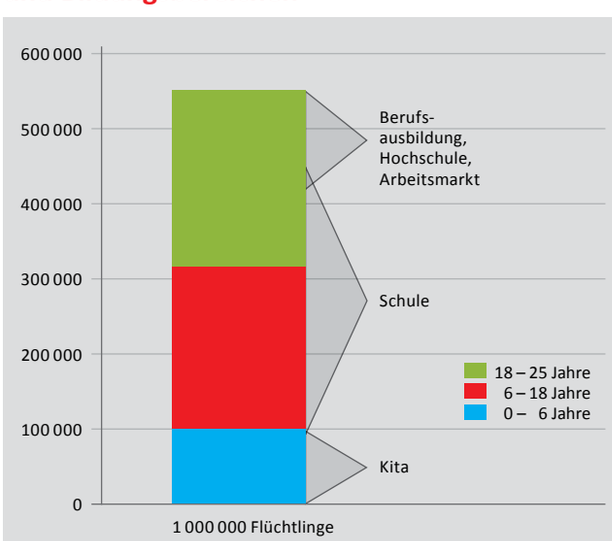
Nehmen Sie gern Kontakt auf mit unserer freundlichen Aufnahmesekretärin Frau Franz unter der kostenlosen
Service-Telefonnummer 0800/619-6666
oder per E-Mail unter: **pfkpyrmont@ahg.de**
Sie finden uns im Internet unter: **www.ahg.de/Pyrmont**
Anschrift: Bombergallee 11, 31812 Bad Pyrmont

Bezahlbare Herausforderung

// Bildung für geflüchtete junge Menschen: Was kostet sie? Und lässt sie sich bezahlen? //

Wenn Bund, Länder und Kommunen Finanzpakete für Flüchtlinge und Asylsuchende schnüren, wird ein zentrales Thema oft vergessen: Bildung. Die GEW hat mit ihrem Positionspapier „Bildung kann nicht warten!“* konkrete Maßnahmen vorgestellt, die erforderlich sind, damit Zugang zu guter Bildung für Geflüchtete gewährleistet werden kann – von der Kita bis zur Hochschule (s. E&W 11/2015 und 12/2015). Entscheidend ist, dass die notwendigen Mittel schnell in bestehende und tragfähige Instrumente fließen bzw. den dauerhaften Aufbau neuer Strukturen ermöglichen.

Bildungszugänge nach Alter und Bildungsbereichen



Quelle: Berechnungen der GEW/Daten: BAMF 2014

Politisch besteht Einigkeit, dass Bildung ein zentraler Schlüssel für eine gute Integration geflüchteter junger Menschen ist. Nach der GEW haben auch die Kultusminister der Länder einhellig erklärt: „Mit Bildung gelingt Integration.“ Ins gleiche Horn stößt die Wissenschaft. Klar ist aber auch, dass pädagogische Fachkräfte dauerhaft Bildungsaufgaben übernehmen müssen. Und das kostet Geld.

Das Kernproblem besteht darin, die zusätzlichen Ausgaben von Bund, Ländern und Kommunen für Bildung zu berechnen. Niemand kann verlässlich vorhersagen, wie viele Menschen noch kommen werden. Im vergangenen Jahr waren es über eine Million. Die Zahl künftiger Asylsuchender lässt sich nur schätzen. Die GEW hat zum einen die Pro-Kopf-Aufwendungen im Kita-, Schul- und Hochschulbereich und zum anderen die Altersstruktur der in 2014 zugewanderten Flüchtlinge zu Grunde gelegt (s. Grafik). Sie sieht einen zusätzlichen Finanzierungsbedarf von mehr als drei Milliarden Euro jährlich für Kitas und den Schulbereich. Die Kultusministerkonferenz (KMK) kommt pro Jahr auf 2,3 Milliarden Euro Mehrbedarf an Schulen. Der Bildungsforscher Ludger Wössmann vom ifo-Institut wiederum hat errechnet, dass an allgemeinbildenden Schulen zusätzliche Mittel in Höhe von 1,4 Milliarden Euro erforderlich sind. Wössmann wie die KMK dürften ähnlich wie die GEW kalkuliert haben. Die Unterschiede hören sich daher größer an als sie sind. Sie hängen davon ab, auf welche Bildungsbereiche sich die jeweiligen Berechnungen beziehen und vor allem, wie hoch man den Zugang geflüchteter Kinder und Jugendlicher ins Bildungswesen insgesamt schätzt: Die GEW geht von 300 000, die KMK von 325 000 Schülerinnen und Schülern aus. Die größte Unschärfe betrifft junge Menschen zwischen 18 und 24 Jahren: Ob sie unter die allgemeine Schulpflicht fallen, eine Ausbildung machen, ein Studium aufnehmen oder in berufsvorbereitende Maßnahmen gehen, lässt sich kaum vorhersagen. Dagegen herrscht Konsens, was ein Kita-Kind, ein Schüler, Auszubildender oder Studierender kostet.

Dieser finanzielle Mehraufwand ist auch zu stemmen: Allein 2015 lagen die Einnahmen 5,2 Milliarden höher als geschätzt; bis 2020 werden weitere Milliarden zusätzlich erwartet.** Für den Zugang geflüchteter Kinder und Jugendlicher in die Bildung müssten die staatlichen Einnahmen also nicht erhöht werden. Größere Probleme gibt es, wenn es gilt, qualifizierte Fachkräfte zu gewinnen. Fakt ist: Es fehlt derzeit an ausgebildeten Pädagoginnen und Pädagogen für Kitas und Schulen. Spezielle Kompetenzen wie Deutsch als Fremdsprache (DaF) sind ‚Mangelware‘ (s. auch S. 19). Weitere Mittel müssten deshalb zügig in die Fachkräfteentwicklung, in Aus-, Fort- und Weiterbildung investiert werden.

Schließlich stellt sich die Frage, wie das zusätzliche Geld dorthin gelangt, wo man es dringend braucht: Da der Bund wegen des Kooperationsverbotes keine direkten Investitionen in Bildung tätigen darf, wäre denkbar, den Länderanteil an der Umsatzsteuer anzuheben, auch eine Pro-Kopf-Finanzierung durch den Bund wäre möglich. Die erste Variante böte für die Länderhaushalte Verlässlichkeit. Variante zwei wäre ggf. zielgenauer.

Letztlich verweist diese Debatte auf grundlegende Strukturprobleme: Für eine nachhaltige Bildungsfinanzierung müssten sich die staatlichen Einnahmen erhöhen, Länder und Kommunen deutlich besser ausgestattet werden. Hier gibt es schwerwiegende Versäumnisse der Vergangenheit, die sich jetzt drastisch bemerkbar machen. Die Asylsuchenden sind dafür nicht verantwortlich.

Nils Kammradt,
Leiter des Parlamentarischen Verbindungsbüros der GEW

***Die Handlungsempfehlungen „Bildung kann nicht warten“ finden Sie auf der GEW-Website: www.gew.de/flucht-und-asyl/**
****www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2015/11/2015-11-05-pm-42.html**

Lehrkräfte – dringend gesucht

// Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache (DaZ) und Deutsch als Fremdsprache (DaF) sind gefragt wie nie – eine Herausforderung auch für Personalräte. //

Dem Versprechen der Politik, dafür zu sorgen, dass alle geflüchteten Kinder möglichst schnell Deutsch lernen können, folgen nun auch Taten. So verschieden die Konzepte zur

Foto: imago

Geflüchtete Kinder und Jugendliche sollen rasch Deutsch lernen. Daher suchen alle Länder händeringend nach DaZ- oder DaF-Lehrkräften. Nur – wie werden diese bezahlt?

Sprachförderung* im föderalen Deutschland sind, gibt es doch eine Gemeinsamkeit: Alle Länder suchen händeringend Lehrkräfte, die DaZ und DaF unterrichten können (s. S. 18). Die zuständigen Schul-(Haupt-)Personalräte bekommen zunehmend Einstellungsverträge von DaZ-/DaF-Lehrkräften auf den Tisch, denn sie haben bei Einstellung und Eingruppierung Mitbestimmungsrechte. Bei der Eingruppierung herrscht oft Unsicherheit – bei Personalräten, aber auch bei vielen Personalstellen.
„Deutsch als Zweitsprache“ ist kein curriculares Unterrichtsfach. Aber es gibt in allen Schulformen das Unterrichtsfach Deutsch. Für die Eingruppierung der Lehrkräfte macht das einen Unterschied. Der Berliner Hauptpersonalrat hat dieses Problem früh erkannt und schon im Sommer 2014 feststellen lassen, dass auch Lehrkräfte, die zugewanderten Schülerinnen und Schülern Sprachunterricht geben, als Deutsch-Lehrkräfte anzusehen und entsprechend einzugruppieren sind.

Auf Eingruppierung achten

Manche Einstellungsbehörden hingegen konstruieren aus dem Umstand, dass angeblich ein Fach unterrichtet werden soll, das nicht Teil des regulären Lehrplans ist, Nachteile bei der Eingruppierung. Auch weil im DaZ-Bereich vermehrt Seiteneinsteiger mit anderen Qualifikationen als der klassischen Lehramtsausbildung beschäftigt werden, ist die besondere Wachsamkeit der Personalräte gefragt.
Besonders originell ist Rheinland-Pfalz. Das Land spricht DaZ-Lehrkräften ohne volle Lehramtsausbildung gleich die Eigenschaft, Lehrkraft zu sein, ab. Über die Eingruppierung wird daher im Einzelfall im Finanzministerium entschieden. So versucht das Land mit zweifelhaften Methoden, die Mitbestimmung bei der Eingruppierung auszuhebeln.
Ist erst einmal klargestellt, dass die neuen DaZ-Lehrkräfte die gleiche Tätigkeit ausüben wie „normale“ Lehrkräfte, dann gibt es auch für die Eingruppierung nicht voll qualifizierter Lehrkräfte klare Regeln, deren Einhaltung die Personalvertretungen überwachen müssen.

Befristungen hinterfragen

Bei Fristverträgen spielt die regionale Situation auf dem „Lehrkräfte-Arbeitsmarkt“ eine zentrale Rolle. So bieten die Länder, die in den kommenden Jahren ohnehin von einem größeren Einstellungsbedarf ausgehen, qualifizierten Deutsch-Lehrkräften unbefristete Arbeitsverhältnisse oder gar eine Verbeamtung an. Andere haben zwar mit Blick auf die Zuwanderung Personalabbaupläne auf Eis gelegt, zusätzliche Einstellungen erfolgen aber häufig „sachgrundlos“ befristet, mit Laufzeiten zwischen einem und vier Jahren. Dabei ist heute schon klar, dass es auch weiterhin einen erhöhten Bedarf an Deutschunterricht für Zuwandererkinder geben wird. Deshalb sollten Personalräte jede befristete Einstellung von DaZ-Lehrkräften kritisch hinterfragen.
Wenn qualifizierte DaZ- und DaF-Lehrkräfte in den öffentlichen Schuldienst abwandern, müssen sich andere Nachfrager in ihren Qualifikationsanforderungen flexibel zeigen. Auf dem Markt für DaZ und DaF sind nahezu alle großen Weiterbildungsträger aktiv und derzeit ebenfalls auf der Suche nach Personal. Die Angebote richten sich allerdings meist an Honorarlehrkräfte oder freie Mitarbeiter. Ein einschlägiges Hochschulstudium ist „gewünscht“, wird aber oft nicht vorausgesetzt. Auch Leiharbeitsfirmen wittern wachsende Nachfrage. So wurden Ende November im Internet „Lehrkräfte/Quereinsteiger“ für den DaF-Unterricht gesucht. Die Anforderungen: „Hierbei ist es von Vorteil, wenn Sie bereits Erfahrung als Pädagoge, Dozent oder Sprachlehrer (m/w) mitbringen. Wir freuen uns jedoch auch über Quereinsteiger mit sehr guten Deutschkenntnissen.“
Der Markt für DaZ-/DaF-Lehrkräfte gerät also in Bewegung. Für Lehrkräfte, die bislang auf Honorarbasis bei privaten Weiterbildungsträgern unter prekären Bedingungen beschäftigt waren, eröffnen sich attraktivere Berufsperspektiven. Das birgt jedoch das Risiko, dass sie unangemessene Eingruppierungen oder Fristverträge akzeptieren, da sie sich gegenüber ihrer bisherigen Lage dennoch verbessern können. Für die Bildungsgewerkschaft und die GEW-Personalräte heißt das: sich dafür stark zu machen, dass der öffentliche Schuldienst qualifizierte Lehrkräfte zu adäquaten Beschäftigungsbedingungen einstellt.

Gesa Bruno-Latocha,
Referentin für Tarif- und Beamtenpolitik, GEW-Hauptvorstand

***s. z. B. verschiedene Studien unter:**
www.mercator-institut-sprachfoerderung.de

Foto: Kay Herschelmann

MARLIS TEPE

Kooperation jetzt!

Das Thema Bildung ist, was die politischen Prioritäten der Flüchtlingspolitik betrifft, immer weiter nach oben gewandert. Das ist auch ein Verdienst der GEW und ihrer Vorschläge mit dem Tenor: „Bildung kann nicht warten!“ Die Kultusministerkonferenz (KMK) hat sich dieser Botschaft angeschlossen. Auch, dass der Bund einen Großteil finanzieller Verantwortung übernehmen und die Länder unterstützen muss, um mehrere zehntausend Stellen für pädagogische Fachkräfte in den Bildungseinrichtungen zu schaffen, ist weitgehend nicht strittig. Nur wie der Bund sich engagieren kann, bleibt offen. Darf er Sprachbildung in Kitas und an Schulen fördern? Darf er den Ausbau von Schulen unterstützen? Reicht dafür seine Zuständigkeit für Flüchtlinge oder steht das Kooperationsverbot im Bildungsbereich dem entgegen?

Das wäre nicht das erste Mal: Nachdem das Bundesverfassungsgericht 2010 die Regelungen zu Bildung und Teilhabe für Kinder, deren Eltern Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II beziehen, bemängelt hatte, standen Bund und Länder vor dem Problem, Bildungsausgaben des Bundes regeln zu müssen, die den Schülerinnen und Schülern unmittelbar zugutekommen sollten. Doch das war nicht erlaubt. Eine Folge des Kooperationsverbots ist nämlich der Hartz-IV-Kompromiss mit dem allseits als „Bürokratiemonster“ verschrienen Bildungs- und Teilhabepaket. Auch an dieser Stelle ist eine Änderung des Grundgesetzes ins Spiel gebracht worden – ohne Erfolg.

Es wird auch nicht das letzte Mal gewesen sein. Deshalb ist es sehr zu begrüßen, dass Ende vergangenen Jahres neben den Bundestagsfraktionen der SPD, Linken und Bündnisgrünen auch vier SPD-Ministerinnen sowie der SPD-Bundesparteitag noch einmal deutlich gefordert haben, das Kooperationsverbot zu kippen. Die Scheu davor, der Bund könne den Ländern in eine ihrer letzten verbliebenen Kernkompetenzen hineinfunken, ist unbegründet. Wenn Politik heute das Kooperationsverbot abschafft, wäre die Welt morgen keine andere. Sie böte aber andere Möglichkeiten für die Zukunft. Der Wegfall des Kooperationsverbotes könnte Bund und Ländern die Chance eröffnen, zusammenzuarbeiten, wenn dies gemeinsam erwünscht ist – nicht mehr und nicht weniger.

Das Kooperationsverbot darf aber keine Ausrede dafür sein, untätig zu bleiben. Und der Föderalismus ist kein Argument, hinter dem sich der Bund verstecken kann. Wenn es politische Probleme gibt, die Bund und Länder nur gemeinsam lösen können, müssen sie dafür Wege finden – auch in der Bildungspolitik. Wenn der Bund Integrationskurse, die ja einen Schwerpunkt in der Sprachbildung haben, für Erwachsene anbieten kann, warum soll er es für Kinder nicht ebenso können? Wenn er den Kitaausbau fördern kann, warum nicht auch den Ausbau von Ganztagsschulen? Wer ebenso kreativ wie planvoll nach Lösungen sucht, wird sie sicher auch finden. Solange die Mehrheit fehlt, das Grundgesetz zu ändern, müssen wir zweigleisig fahren: Die Forderung, das Kooperationsverbot für die allgemeine Bildung zu streichen, ist und bleibt richtig – zum einen mit Blick auf künftige Herausforderungen, die wir heute noch nicht abschätzen können. Zum anderen mit Blick auf grundsätzliche Kooperationsprojekte wie den Ausbau des Ganztagsschulwesens, der gestoppt worden ist. Zugleich sind Spielräume für bildungspolitische Kooperationen von Bund und Ländern systematisch auszuloten und mit praktischen Lösungen zu füllen. Das gilt nicht nur in der Flüchtlingspolitik. Diese ist hier wie auch in anderen Themenfeldern nur das aktuellste Beispiel für dringenden politischen Handlungsbedarf. Wir werden deshalb nicht aufhören zu fordern, dass das Kooperationsverbot fallen muss. Und wir werden immer wieder darauf hinweisen: Bildung kann nicht warten!

Marlis Tepe,
GEW-Vorsitzende

Reform nach New Yorker Vorbild?

// Die Robert-Bosch-Stiftung fördert „School Turnaround" – ein Projekt, das zehn Berliner Brennpunktschulen nach vorn bringen soll. Die Berliner GEW spricht von „Flickenteppich" und warnt vor „neoliberaler Umgestaltung". //

Oktober 2011. Eine Delegation der Berliner Senatsverwaltung für Bildung fliegt nach New York – auf Einladung und auf Kosten der Robert-Bosch-Stiftung. Die Berliner wollen die New Yorker Schulreformen kennenlernen, inklusive eines Projekts, das „chronisch leistungsschwache Schulen" umdrehen will: „School Turnaround". Warum ausgerechnet diese? New York sei bei „wichtigen Reformen wie Schulautonomie, Leistungsverantwortung und dem Ausbau von Führungskompetenzen Berlin – und gar ganz Deutschland – ungefähr ein Jahrzehnt voraus". So steht es in einer Studie der Bosch-Stiftung.

März 2013. In Berlin startet „School Turnaround" als gemeinsames Projekt des Senats und der Bosch-Stiftung. Es richtet sich an zehn Schulen in sozialen Brennpunkten. Das Vorhaben fordert „messbare Ergebnisse", „mehr Schulabschlüsse, mehr Anmeldungen, weniger Schulabbrecher". „Entscheidend für das Gelingen" seien die Schulleiterinnen und Schulleiter, heißt es auf der Projekt-Homepage. Ähnliche Modelle seien in Bremen und Hamburg geplant. Für die Berliner Pilotphase steht eine Million Euro bereit. Die Bosch-Stiftung zahlt davon 800 000 Euro, 200 000 Euro kommen vom Berliner Senat. Mit dem Geld werden Berater und schulinterne Fortbildungen bezahlt. Jede der zehn beteiligten Schulen darf 15 000 Euro in Eigenregie ausgeben. Inzwischen haben Bosch-Stiftung und Senatsverwaltung entschieden, das Projekt bis 2017 zu verlängern.

Die Neugierde ist geweckt. Was passiert an den Schulen, die an „School Turnaround" teilnehmen? Die Hector-Peterson-Schule, eine ehemalige Gesamtschule in Berlin-Kreuzberg, lädt zum Besuch ein. Hier lernen rund 390 Mädchen und Jungen. 95 Prozent haben Migrationshintergrund, viele Eltern sind arbeitslos. Die Klasse 7 versammelt sich zur Theaterprobe. Auf dem Programm steht eine Kurzfassung von Schillers Ballade „Der Handschuh". Der 13-jährige Marcel spielt den König. Er befiehlt, gefährliche Tiere in die Arena zu schicken, zur Erbauung der Untertanen. „Der Löwe!", ruft Marcel. Yusuf mit Löwenmaske betritt die Bühne. „Langsamer, Yusuf! Cooler!", sagt Lehrerin Benita Bandow. Und zu Amani gewandt, die den einleitenden Text vorträgt: „Du musst deutlicher sprechen." Dass Schülerinnen und Schüler auftreten und vortragen, sei „Teil unseres Sprachkonzeptes", erklärt Monika Steinhagen, die die Schule seit 2014 leitet.

„Schule war erstarrt"

Als Steinhagen 2008 an die Hector-Peterson-Schule kam, „war die Schule erstarrt", sagt die 55-Jährige. „Sehr viel wurde in Jahrgangsteams entschieden." Das Kollegium habe die Schule „als Ganzes" aus dem Blick verloren. Ab 2011 begann zudem „ein Riesenwust an Bauarbeiten". Ein Teil des Unterrichts fand in Ersatzgebäuden statt. Das ständige Pendeln habe die Mädchen und Jungen belastet. Schlägereien erschütterten den Schulfrieden. „Die Schule bekam

AKUTKLINIK URBACHTAL
PRIVATKLINIK FÜR PSYCHOSOMATIK UND PSYCHOTHERAPIE

Burnout
Lebenskrisen
Depressionen
Angststörungen
Chronische Schmerzen
Traumafolgestörungen

* Hochfrequente Therapie
* Herzlichkeit und Mitgefühl
* Individualität in familiärem Kreise
* 60 Betten / 30 Therapeuten

NM.FK 1327

Psychosomatisches Privatkrankenhaus beihilfefähig
88339 Bad Waldsee
0 75 24 990 222
www.akutklinik.de

GRÜNE WERTE ENERGIE
GRÜN UND RENTABEL INVESTIEREN.
Jetzt KOSTENLOS INFOS anfordern!
Die Geldanlagen WERTZINS.
www.gruenewerte.de/info

Foto: Wolf Lux, Bild Berlin

2013: In Berlin hat „School Turnaround“ als gemeinsames Projekt von Berliner Senat (links Senatorin Sandra Scheeres, SPD) und der Bosch-Stiftung begonnen. Es richtet sich an zehn Schulen in sozialen Brennpunkten. Die Hector-Peterson-Schule in Kreuzberg ist eine davon. Schulleiterin Monika Steinhagen nutzt die Chance, die „School Turnaround“ bietet, um ihre Schule voranzubringen.

einen schlechten Ruf, die Anmeldezahlen sanken.“

Steinhagen, damals stellvertretende Schulleiterin, griff deshalb zu, als sie 2012 von „School Turnaround“ hörte. Begeistert erzählt sie von der internationalen Schulleiter-Tagung in der Schweiz, an der sie im Herbst 2013 teilnehmen durfte. Die Reisekosten übernahm die Bosch-Stiftung. „Da trafen sich Menschen, die Lust hatten, was zu verändern“, erinnert sich die Pädagogin. Sie lobt auch die Zusammenarbeit mit dem Schulentwicklungsberater, den die Bosch-Stiftung stellt. „Der schaut sich den Unterricht an, berichtet darüber, berät und leitet schulinterne Fortbildungen.“

Das Projekt zeigt erste Erfolge. „Wir haben das künstlerisch-kreative Profil unserer Schule gemeinsam entwickelt“, so Steinhagen. Projektunterricht spiele heute eine große Rolle. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die die Schule ohne Abschluss verließen, sei innerhalb eines Jahres von 34 auf zwölf gesunken. Prügeleien unter Jugendlichen? „Hab‘ ich seit der achten Klasse nicht mehr erlebt“, meint der 16-jährige Merthan aus der 10. Klasse.

Steinhagen wirkt engagiert, offen, kompetent – eine Schulleiterin, die mit Herzblut bei der Sache ist. Völlig klar, dass sie eine Chance wie „School Turnaround“ nutzt, um ihre Schule voranzubringen. Welche Einwände sollte es dagegen geben? Doch es gibt sie, und sie haben Gewicht.

Im November 2013 herrschte Streit darüber, was von „School Turnaround“ zu halten ist. Die Berliner GEW stellte sich gegen das Projekt. Die Turnaround-Politik habe in New York zu einer andauernden Erhebung von Schulleistungsdaten und „teaching to the test“ geführt, lautete ihre Kritik. Weitere Folgen:

Foto: Robert-Bosch-Stiftung

Prof. Joachim Rogall, Geschäftsführer der Robert-Bosch-Stiftung, zum School-Turnaround-Projekt: „Die Berliner Senatsverwaltung muss sich überlegen, wie sie die modellhaften Ergebnisse der zehn Projektteilnehmer mit den vorhandenen Ressourcen an andere Schulen weitergeben kann.“

„Leistungsrankings“ und eine „hire and fire“-Politik gegenüber Lehrkräften. Die Bosch-Stiftung verfolge „eine Politik neoliberaler Umgestaltung“. Schulorganisation solle „nach Management-Prinzipien gestaltet werden“. Außerdem dürfe die Verantwortung für Schulentwicklung nicht „an private Partner delegiert werden, die nicht demokratisch zu kontrollieren sind“.

Die Robert-Bosch-Stiftung widerspricht. Es gehe nicht darum, New Yorker Reformen eins zu eins zu übertragen. Das sei schon aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Professor Joachim Rogall, Geschäftsführer der Bosch-Stiftung, versichert zudem: „Schulen zu reformieren, ist eine öffentliche Aufgabe.“ Man versuche, „School Turnaround“ mit Programmen zu verknüpfen, die die Berliner Senatsverwaltung aufgelegt hat, um Schwerpunkt-Schulen zu unterstützen. Rogall meint damit vor allem das „Bonus-Programm“, das für jede benachteiligte Schule bis zu 100 000 Euro jährlich bereitstellt. Was die Senatsverwaltung nach Abschluss von „School Turnaround“ daraus mache, sei ihre Sache. „Sie muss sich überlegen“, so Rogall, „wie sie die modellhaften Ergebnisse der zehn Projektteilnehmer mit den vorhandenen Ressourcen an andere Schulen weitergeben kann.“

Mit „vorhandenen Ressourcen“? Das stößt in der GEW auf Unverständnis. Seit Jahren hinkt die Bundesrepublik bei den Bildungsausgaben im internationalen Vergleich hinterher (s. S. 24). 24,8 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich müsste Deutschland ausgeben, um den Schnitt der OECD-Länder zu erreichen. Allein um die maroden Schulgebäude in Berlin zu sanieren, fehlten zwei Milliarden Euro.

Fahrt nach Berlin-Tiergarten, Besuch einer weiteren School-Turnaround-Schule: Die Hedwig-Dohm-Oberschule, geleitet von Josef Widerski, 62 Jahre alt. Auch Widerski weiß die Unterstützung durch das Stiftungsprojekt zu schätzen. Im Gespräch wird allerdings auch klar, dass „School Turnaround“ viele Probleme an der Hedwig-Dohm-Oberschule unberührt lässt. Schulleiter Widerski berichtet von den Lebensbedingungen seiner Schülerinnen und Schüler: „Zuhause haben sie oft keinen Raum, um

„Stiftungen werden politischer“

„Schule neu denken.“ Bescheiden klingt er nicht, der Titel der Zeitschrift „StiftungsWelt“ des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen. Das Magazin berichtet im September 2015, mit welchen Projekten Siemens-, Vodafone-, Deutsche-Telekom- und Robert-Bosch-Stiftung sich derzeit an Schulen engagieren – und Einfluss ausüben. Das beginnt mit dem Bereitstellen kostenloser digitaler Lehrmaterialien, geht über die Förderung naturwissenschaftlich-technischen Unterrichts bis hin zur Fortbildung von Lehrkräften und Schulleitungen. Von bundesweit 20 000 Stiftungen beschäftigt sich jede Siebte mit dem Bildungswesen. Doch zunehmend rückten Stiftungen davon ab, sich auf einzelne Projekte zu beschränken, weil projektbezogenes Fördern „keine dauerhafte Verbesserung gesellschaftlicher Probleme“ bringt. Das betont Henrike Schnell, die für den Stiftungsverbund des Projektes „Lernen vor Ort“ tätig war. Vielen Stiftungen gehe es deshalb darum, „auf der strukturellen Ebene anzusetzen“, so Schnell. „Stiftungen werden politischer“, bestätigt Kirsten Witte von der Bertelsmann Stiftung in Gütersloh. Wie das geht, zeigt einmal mehr die Gütersloher Großstiftung beim Megathema „Digitalisierung“, dem Einsatz von Internet, Tablets und intelligenter Lernsoftware an Schulen und Hochschulen: Sie veranstaltet Fachkonferenzen, veröffentlicht Studien, betreibt eine Website – und nimmt so Einfluss auf die bildungspolitische Debatte. Derweil investiert der Bertelsmann-Konzern in Unternehmen, die mit digitaler Bildung Geld verdienen wollen. Dass es hier Interessenkonflikte geben könnte, bestreitet man in Gütersloh.*

***Mehr dazu im jetzt veröffentlichten Buch des E&W-Autors Matthias Holland-Letz: „Scheinheilige Stifter. Wie Reiche und Unternehmen durch gemeinnützige Stiftungen noch mächtiger werden“, Backstein Verlag, Köln, 172 Seiten, neun Cartoons, Preis: 12,90 Euro plus 1,90 Euro Versandkosten, www.scheinheilige-stifter.de.**

ungestört Hausaufgaben zu machen.“ Er weiß von einer Schülerin, die sich zum Lernen auf die Toilette zurückzieht. Diese Heranwachsenden benötigten in der Schule vor allem dreierlei: „Zuwendung, Zuwendung, Zuwendung.“ Für Kinder, die sich im herkömmlichen Unterricht schwertun, seien pädagogische Kleingruppen erforderlich. Dazu wünscht sich Widerski zusätzliche Sozialarbeiterinnen und -arbeiter, möglichst mit Zusatzqualifikation im handwerklichen oder künstlerischen Bereich. Außerdem benötige die Schule weitere Räume. „School Turnaround“ hilft zwar, innerschulische Entscheidungsstrukturen und eine Art Qualitätskontrolle aufzubauen. Doch mehr Geld für Personal oder zusätzliche Räume gibt es dadurch nicht.

Sigrid Baumgardt, bis Anfang Juni 2015 Mitglied im Vorsitzenden-Team der GEW Berlin, bestätigt: „Das Berliner Schulsystem steht wegen des hohen Anteils an Kindern aus Armutsverhältnissen vor besonders großen Herausforderungen.“ 645 öffentliche allgemeinbildende Schulen gibt es in der Hauptstadt, davon gelten rund 200 als Brennpunkt-Schulen. Für deren Entwicklung, so Baumgardt, müsse die Bildungspolitik ein „ganzheitliches Konzept entwickeln“. Weg vom gegenwärtigen „Flickenteppich“, der sich aus mehreren kleinen Projekten zusammensetzt. „Der öffentliche Bildungssektor ist unterfinanziert“, bringt es Baumgardt auf den Punkt. Dies sei „der Nährboden für die Ungleichbehandlung bei der Verteilung von Bildungschancen und für Privatisierung“.

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

Website der Robert-Bosch-Stiftung zum Projekt: www.school-turnaround.de
GEW Berlin in 2013 zu „School Turnaround“: www.gew-berlin.de/218_8635.php

Neue „Heilsbotschaften“

// Neue Töne der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD): Das deutsche Bildungssystem – einfach wunderbar? Jahrelang zählte die OECD zu den Kritikern des unterfinanzierten Bildungswesens und des gegliederten Schulsystems in Deutschland. Ein Ex-FDP-Politiker in der OECD-Spitze macht die Wende möglich. //

Bundesbildungsministerin Johanna Wanka und ihre CDU-Parteifreundin, die amtierende Präsidentin der Kultusministerkonferenz (KMK) Brunhild Kurth (Sachsen), strahlten. So frohe vorweihnachtliche Botschaften bei der Präsentation des OECD-Bildungsberichtes „Bildung auf einen Blick 2015“* in Berlin hatten sich die beiden Politikerinnen wirklich nicht erhofft: Mit der frühkindlichen Bildung in Deutschland gehe es aufwärts wie in kaum einer anderen Industrienation. Die Arbeitsmarktchancen für gut ausgebildete Facharbeiter wie für Akademiker seien im internationalen Vergleich bestens. Mehr junge Menschen – darunter auch mehr Frauen – strebten in naturwissenschaftliche und technische Berufe oder Studienfächer. Dies alles schreibt die OECD als Dachorganisation der wichtigsten 34 Industrienationen der Welt der deutschen Bildungspolitik ins Stammbuch.

„Kleiner“ Makel

Der „kleine“ Makel: Deutschland gibt im internationalen Vergleich nur 4,4 Prozent seiner Bruttoinlandsprodukt (BIP)-Wirtschaftsleistung für Kitas, Schulen, Hochschulen und Weiterbildung aus – die OECD-Staaten im Schnitt 5,3 Prozent.

Aber das lässt sich ja schnell relativieren – nicht nur, weil das BIP hierzulande doch recht hoch sei. Die Bundesrepublik habe schließlich auch demografiebedingt weniger Kinder zu beschulen als einige andere Nationen, schwächte der neue OECD-Vizegeneralsekretär Stefan Kapferer vor den kritisch nachfragenden Journalisten ab. Und Wanka fügte hinzu, dass die BAföG-Aufwendungen des Staates leider nicht als Bildungs-, sondern als Sozialausgaben gerechnet würden – sich folglich nicht im BIP-Anteil niederschlügen. Dabei kennen auch andere Industrienationen eine Studienförderung.

Foto: dpa

Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU, rechts) und die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Brunhild Kurth (CDU), freuen sich unisono: So viel Gutes über das deutsche Bildungswesen hatten sich die beiden Politikerinnen vom neuen OECD-Bildungsbericht nicht erhofft.

Der Überbringer dieser unerwarteten neuen OECD-„Heilsbotschaften“ vom deutschen Bildungssystem ist der langjährige FDP-Politiker und frühere Wirtschaftsstaatssekretär Kapferer. Seit Oktober 2014 gehört er als Vizegeneralsekretär zur OECD-Spitze in Paris. Kapferer war einst engster Gefolgsmann des früheren FDP-Chefs Philipp Rösler – erst in Hannover, später in Berlin, wo er unter anderem in der FDP-Bundeszentrale für „Strategie und Kampagnen“ zuständig war.

Vorbei sind offenbar die Zeiten, als sich die OECD nicht scheute, auf die Schwachstellen des deutschen Bildungssystems hinzuweisen, die frühe Selektion in den Schulen anzuprangern und konservative Medien den OECD-Bildungsexperten Andreas Schleicher als „Mister Miesmacher“ bezeichneten.

Als Kapferer bei der Präsentation des neuen OECD-Berichtes nach den vielen Lobeshymnen über die deutsche Bildungspolitik auch noch offen dafür warb, Studiengebühren wieder einzuführen, war es aber selbst den CDU-Politikerinnen Wanka und Kurth ein wenig zu viel. „Da haben die Länder ihre ablehnende Entscheidung getroffen“, versicherten beide Ministerinnen unisono – wohl mit Blick darauf, dass vor der Bundestagswahl im Herbst 2017 noch sieben Landtagswahlen anstehen.

Veraltete Zahlen

Die Zahlen, die die OECD in ihrem aktuellen Bildungsbericht präsentiert, sind zum Teil veraltet, sie stammen meist aus 2012, ein Teil aus 2013. Allerdings erstaunt es schon, dass bei der politischen Bewertung durch OECD wie Bildungsminister jedwede Aussagen zur aktuellen Flüchtlingsfrage und der notwendigen Integration von Migrantenkindern in das deutsche Bildungssystem fehlen.

GEW-Vorstandsmitglied Ansgar Klinger erinnerte daran, dass das Zehn-Prozent-Versprechen für Bildung und Forschung der Regierungschefs von Bund und Ländern auf dem Dresdner Bildungsgipfel 2008 noch längst nicht eingelöst sei. Um jungen geflüchteten Menschen aber Zugang zu Bildung, Ausbildung, Studium und Weiterbildung zu ermöglichen, sind nach GEW-Berechnungen mindestens 24 000 Lehrkräfte sowie 14 000 Erzieherinnen und Erzieher zusätzlich notwendig (s. E&W 11/2015). Das heißt, es fehlt noch wesentlich mehr Geld.

Karl-Heinz Reith,
Journalist und Fachautor

***www.oecd.org/berlin/publikationen/bildung-auf-einen-blick.htm**

Erosion der Berufsschulen

// 100 Berufsschulen sind in den vergangenen knapp zehn Jahren komplett von der Bildfläche verschwunden. Ebenso 6 098 Klassen der Teilzeitberufsschulen. Einfach aufgegeben. //

Wenn Lisa Kappelmann, sie lernt Technische Produktdesignerin bei der Firma Oerlikon Neumag in Neumünster, in die Berufsschule geht, dann ist das jedes Mal gleich ein Landestreffen. Besuch der Landesfachklasse nennt sich das Meeting in der Amtssprache. Gerade mal sieben Azubis gibt es in Schleswig-Holstein in ihrem Beruf. Hart an der Grenze. Denn es hätte durchaus passieren können, dass die Schulbehörde sagt: zu wenig Schülerinnen und Schüler, kein Berufsschulangebot mehr für diesen Ausbildungsberuf in Schleswig-Holstein. Ab ins nächste Bundesland. Im Parallelberuf, dem Technischen Systemplaner für Elektronische Systeme, ist das schon so: Die Berufsschule ist in Nürnberg. 700 Kilometer auf eigene Kosten reisen und dann noch ein Zimmer zahlen. Welche Azubis können sich das leisten? Hilft der Betrieb? Manchmal ja, vielfach aber auch nicht.

Das Berufsschuldilemma aus Schleswig-Holstein ist im Nachbarland Mecklenburg-Vorpommern bestens bekannt. Deutschlandweit implodierte hier die Zahl der Teilzeitberufsschüler und Berufsschulklassen am heftigsten. Im laufenden Schuljahr gibt es im nordöstlichen Bundesland gerade mal 29 000 Azubis. Zur Jahrtausendwende waren es noch 70 000. Fast die Hälfte der Klassen in Teilzeitform gibt es nicht mehr. Die Zahl der Berufsschulen hat sich ebenfalls halbiert: von 46 auf 23. Für so manchen Ausbildungsberuf gibt es im Nordosten kein Berufsschulangebot mehr.

„Mit Ansage“

Der „Demografie-Schock kam mit Ansage“, berichtet Ingo Schlüter, Vize-Chef beim DGB-Bezirk Nord. „Es war klar, dass dies, natürlich zeitversetzt, die gleichen dramatischen Folgen für die Beruflichen Schulen haben würde wie schon vorher für die Kitas und allgemeinbildenden Schulen. Die Landesregierung und die Schulträger haben die Situation lange ignoriert. Trotz eindringlicher Warnungen der GEW und der Sozialpartner, die auch Konzepte erarbeitet haben, um das Problem zu lösen.“ Frank Grimmig, Vorsitzender des GEW-Landesfachgruppenausschusses Berufliche Schulen in Mecklenburg-Vorpommern, beklagt, dass die Jugendlichen das Versäumnis ausbaden müssten. „Für viele ist es unmöglich, die Anfahrten zu realisieren, weil die Verbindungen mit öffentlichen Verkehrsmitteln schlecht sind.“ Täglich zu fahren, funktioniere nicht, so dass entweder Internatsplätze, „die es aber nicht im entsprechenden Maße gibt“, oder Zweitwohnungen genutzt werden müssten. „Dies ist für viele nur schwierig zu finanzieren.“

Jetzt hat sich auch Eric Schweitzer, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), in die Debatte eingemischt. Für ihn ist es „ausgesprochen besorgniserregend“, dass Berufsschulen immer öfter ihre Pforten schließen. Die Unternehmen befürchten, dass sich diese Entwicklung negativ auf die Attraktivität der Ausbildung auswirken könnte. Der Kammerverband spricht sogar von einer „Gefahr für das System beruflicher Bildung“.

Um herauszubekommen, wie die Betriebe die Berufsschule bewerten, hat der DIHK eine Umfrage unter 11 500 Mitgliedsbetrieben gestartet. 22 Prozent der Unternehmen beklagen, dass es in ihrer Region kein passendes schulisches Angebot mehr gebe. Diese Kritik richtet sich aber nicht gegen die Lehrkräfte. Die kommen in der Unternehmensbefragung gut weg. Die Lehrerinnen und Lehrer werden als Partner in der Ausbildung und als Unterstützer von 88 Prozent der Betriebe sehr wertgeschätzt. Angesichts von so viel Zuspruch verwundert es nicht, wenn die Hälfte der Ausbildungsbetriebe eine engere Zusammenarbeit mit den Berufsschulen wünscht. „Auch hier erweisen sich große Entfernungen als Hindernis. Wir dürfen nicht riskieren, dass diese Betriebe die Ausbildung aufgeben“, so der DIHK-Chef. Die Arbeitgeberkammern als starke Lobby für die Berufsschulen? Das ist neu. Bislang haben sie nur über zu lange Berufsschulzeiten gejammert.

Ansgar Klinger, im GEW-Vorstand für Berufliche Bildung und Weiterbildung verantwortlich, hat starke Verbündete, wenn er für die Zukunft der Teilzeit-

TimeTEX
So leben Lehrer/innen leichter

Zeitdauer-Uhr
Automatik „Compact“
• rückwärtslaufende Uhr
• mit rückseitigem Magnet

Hänge-Orga-Tasche
A4 quer

• übersichtlich + griffbereit aufbewahren
• Aufhängung mit S-Haken

Magnet-Plättchen
selbstklebend
• zur Herstellung magnetischer Unterrichtshilfen
• 100 Stück, 10 x 10 mm

Schultaschen
Bester Preis, beste Qualität
• große Auswahl
• verschiedene Materialien
• hochwertig verarbeitet

10,– € Gutschein
Code EW1549
Mindestbestellwert: 30,– €
Gültig bis 31.03.2016
Pro Kunde nur einmal einlösbar. · Nicht bar auszahlbar.

www.timetex.de
TimeTEX HERMEDIA Verlag GmbH
Tel. 09442 92209-0 · Fax -66

Cartoon: Freimut Woessner

berufsschule streitet. Seine Schlussfolgerungen aus den schier endlosen Zahlenkolonnen zur Entwicklung der Schülerzahlen der Kultusministerkonferenz (KMK) formuliert er so: „Wir brauchen Konzepte für die Regionen, die die Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels meistern." Die Träger der Berufsschulstandorte jedoch „setzen auf Wettbewerb und ruinöse Konkurrenz als Steuerungsinstrumente". Gerade weil sich von 2008 bis 2013 die Zahl der Teilzeit-Berufsschülerinnen und -schüler um rund 300 000 verringert hat, könnten die frei werdenden Mittel dazu genutzt werden, „die Qualität der beruflichen Bildung zu verbessern", fordert Klinger.

Kurzsichtig

Die IHK Neubrandenburg ärgert sich schon lange über die Kurzsichtigkeit von Landespolitikern. „Man hat es versäumt, eine demografische Rendite für die Berufsschule einzuplanen", bemängelt Ellen Grull, Leiterin des Geschäftsbereichs Aus- und Weiterbildung. Bessere Qualität der Schulen, moderne Methoden, Erhalt in der Fläche, daran müsse gearbeitet werden. Die Konzentration der Berufsschulstandorte hingegen schwäche die Ausbildungsbetriebe im Wettbewerb um gute Auszubildende. „Wenn Jugendliche mit den Füßen abstimmen können, dann gehen sie dorthin, wo Betrieb und Berufsschule dicht beieinanderliegen."

Grull ist auch über die buchstabengetreue Umsetzung einschlägiger Organisationsrichtlinien nicht glücklich: „Das ist schon kritisch. Es wird einfach nur exekutiert“, berichtet sie. „Kommen nicht dauerhaft 20 Schülerinnen und Schüler zusammen, dann ist die Klasse weg aus der Region.“ GEWler Grimmig berichtet, dass dies oft „gegen den Willen der Wirtschaft und der Schulträger vor Ort geschieht“. Henning Lipski, Pressesprecher des Bildungsministeriums in Mecklenburg-Vorpommern, bestätigt diese Praxis. Für ihn ist der Wegfall von Berufsschulklassen alternativlos. „Aufgrund der Entwicklung der Auszubildendenzahlen ist es nicht möglich, an jeder beruflichen Schule alle Ausbildungsberufe vorzuhalten und zu unterrichten.“

Für DGB-Mann Schlüter ist das „Status-quo-Denken“ und „zu resignativ“. Er fordert, die Erosion der Berufsschule endlich zu stoppen. Die Stellschrauben Klassenstärke oder gemeinsame Beschulung verwandter Berufe seien schon lange keine Garantie mehr für eine halbwegs stabile Berufsschullandschaft. Er kritisiert das Verfahren, wie die Schulträger Fachklassen „untereinander auskegeln“ und Standortentscheidungen „einer verfehlten Kirchturmpolitik“ folgen.

Parallelwelt

„Dieses Jahr ist das auch gründlich schiefgegangen. Das Ministerium musste viele Entscheidungen korrigieren, zum Ärger der Azubis, der Ausbildungsbetriebe und der regionalen Akteure“, so Schlüter. Berufliche Schulen seien nicht zuletzt Prestigeobjekte der Landräte. „Die Interessen der Azubis oder der regionalen Wirtschaft spielen dabei offensichtlich nicht die entscheidende Rolle“, stellt der Gewerkschafter fest. Er fordert, dass das Bildungsministerium die qualitative Steuerung der Standorte, Profile und Fachklassen übernehmen solle. Und: „Wir brauchen einen neuen Anlauf für regionale Berufsbildungszentren, der auch die Entwicklungen beim Übergang Schule in den Beruf sowie das Thema Inklusion berücksichtigt.“

Um der Misere zu entkommen, sucht die Steuerwirtschaft private Lösungen für den Theorieunterricht. Sie setzt nicht mehr auf die öffentliche Berufsschule, sondern macht ein Akademieangebot für den Ausbildungsberuf Steuerfachangestellte. „Da entsteht eine Parallelwelt, die wir nicht wollen. Wir brauchen den starken Partner Berufsschule“, betont IHK-Frau Grull.

Klaus Heimann,
freier Journalist

HEROLÉ REISEN®
So sollten Klassenfahrten sein!

Klassenfahrten 2016
Jetzt bis zu 15% sparen!

Entdecken Sie jetzt tolle Aktionsangebote und sparen Sie bis zu 15%!

Alle Angebote finden Sie auf
herole.de/aktionen

Ihr Vorteil bei der Buchung:
HEROLÉ schenkt Ihnen den Teilnehmerausfallschutz im Wert von **12,50 Euro p. P.!** Das heißt, der Reisepreis bleibt konstant, auch wenn Teilnehmer ausfallen.

Jetzt Klassenfahrt 2016 buchen!

+49 (0) 351 888 789 0
+49 (0) 351 888 789 8
kontakt@herole.de
www.herole.de

Besuchen Sie uns auf der Didacta in Köln!
vom 16.02. – 20.02.2016
Halle 7 / Stand F-049

HEROLÉ Reisen GmbH • Sosaer Straße 11 • 01257 Dresden

Werden sich künftig nur noch wenige junge Menschen beispielsweise zum Tischler ausbilden lassen? Fakt ist: Das duale System steht „unter Druck" – in Unternehmen gehe die Nachfrage nach Arbeitskräften mit abgeschlossener Berufsausbildung bis 2030 zurück, prognostizieren Fachleute. Der Bedarf an Hochschulabsolventen steige hingegen.

Foto: dpa

Mehr Durchlässigkeit schaffen

// „Akademisierung der beruflichen Bildung" – so lautete das Motto einer GEW-Tagung in Berlin mit 150 Gästen aus Berufsschule, Forschung, Ministerien, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. //

„Smart Factory", „Industrie 4.0", „Digitalisierung der Arbeitswelt" – diese Begriffe stehen für tiefgreifende Umwälzungen in den Betrieben. Was bedeuten die Trends für die Beschäftigten? Welche Qualifikationen sind künftig gefragt? Was wird aus Jugendlichen ohne Schulabschluss und Berufsausbildung? Und welche Antworten liefert die berufliche Bildung? Reichlich Gesprächsstoff also in der denkmalgeschützten Aula der Max-Taut-Schule, die 1930 nach Plänen des Bauhaus-Architekten Taut erbaut wurde.

Sirikit Krone von der Universität Duisburg-Essen sprach von einem „break": Über Jahrzehnte sei die duale Ausbildung der Kern beruflicher Bildung gewesen. Doch habe in 2013 die Zahl derer, die eine duale Ausbildung begannen (500 000), erstmals unter der Zahl der Studienanfänger – leicht über 500 000 – gelegen. Das duale System, so die Sozialwissenschaftlerin, stehe folglich „unter Druck". Druck, der laut Krone auch vom Arbeitsmarkt kommt. Denn in den Unternehmen werde die Nachfrage nach Arbeitskräften mit abgeschlossener Berufsausbildung bis 2030 zurückgehen. Der Bedarf an Hochschulabsolventen steige hingegen.

Um diesen Entwicklungen gerecht zu werden, forderte die Wissenschaftlerin, berufliche und akademische Bildung besser miteinander zu verknüpfen und „mehr Durchlässigkeit zwischen den Sektoren" zu schaffen. Voraussetzung seien das wechselseitige Anrechnen von Leistungen und Abschlüssen sowie „gegenseitige Wertschätzung". Als Beispiel nannte sie das „Duale Studium", das Hochschulausbildung mit Berufspraxis in einem Unternehmen verbindet. Von 2010 bis 2014 stieg hier die Zahl Studierender von rund 50 000 auf mehr als 94 000. Auch die Zahl dualer Studiengänge erhöhte sich kräftig – von rund 700 auf 1 500. Deren „mangelnde Qualitätsstandards" kritisierte Krone allerdings.

„Rigide Abgrenzung"

Prof. Friedrich Hubert Esser, Präsident des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB), plädierte dafür, berufliche und akademische Bildung als gleichwertig zu betrachten und sprach sich ebenfalls für mehr Durchlässigkeit aus. In diesem Zusammenhang verwies er auf den Wissenschaftsrat, der den Hochschulen empfohlen habe, ihre Studiengänge so zu reformieren, „dass auch Menschen mit Berufsausbildung Zugang haben". Es gelte ferner, die Berufsorientierung an Gymnasien zu stärken. „Das muss zum Standard werden", betonte Esser. Allerdings sollten die beiden Teilsysteme – hier die berufliche, dort die akademische Bildung – bestehen bleiben. Wer sie vermische, laufe Gefahr, deren Qualität zu nivellieren. Denn es handele sich um „zwei völlig verschiedene Lernkulturen". Dem widersprach Prof. Günter Kutscha, Erziehungswissenschaftler an der Universität Duisburg-Essen. „Die rigide Abgrenzung von Ausbildung und Studium ist genau das Problem", so der emeritierte Hochschullehrer.

Auch die IG Metall reagiert auf die neuen Entwicklungen in der Arbeits- und Berufswelt. „In den nächsten Jahren kommen viele Hochschulabsolventen in die Betriebe", erklärte IG-Metall-Vorstandsmitglied Thomas Ressel. „Wir stellen uns darauf ein." Bereits heute sind in Deutschlands größter Industriegewerkschaft über 30 000 Studierende organisiert. Ressel wies in dem Kontext auf das Diskussionspapier „Erweiterte moderne Beruflichkeit" hin. In diesem spricht sich die IG Metall deutlich gegen „eine Modularisierung der Berufsausbildung", also gegen zersplitterte Ausbildungsgänge, aus. Es gehe ferner nicht allein um „Employability", also um bloße wirtschaftliche Verwertbarkeit von Qualifikationen, unterstrich Ressel. „Nur wer eine ganzheitliche Ausbildung macht, formuliert auch Ansprüche an seine Arbeitsumgebung", stellte er klar. Für Geringqualifizierte wolle die IG Metall eine

„Neuqualifizierungsoffensive“ starten. Auch Fragen der Inklusion „treiben uns um“, so der Gewerkschafter.

Wenig Ausbildungsplätze

Tom Erdmann, einer der beiden Vorsitzenden der GEW Berlin, betonte, „dass es zu wenig betriebliche duale Ausbildungsplätze gibt“. Das sei „das eigentliche Problem“. Bundesweit hätten mehr als 1,3 Millionen Frauen und Männer keinen Berufsabschluss. Daran erinnerte auch GEW-Vorsitzende Marlis Tepe. Die Arbeitslosenquote in dieser Gruppe, zu der viele Migranten gehören, betrage 20 Prozent, bei Menschen mit dualer Ausbildung liege sie lediglich bei fünf Prozent. Tepe machte zudem darauf aufmerksam, dass Kinder aus Facharbeiterhaushalten weit seltener studieren als Kinder aus Akademikerfamilien. Die GEW-Chefin sprach von „Ausgrenzung“ und sieht „dringenden Handlungsbedarf für Politik und Wirtschaft“.

In den Foren gingen die Gäste der Frage nach, wie sich die Chancen für vermeintlich leistungsschwächere Jugendliche verbessern ließen. Fakt ist: Wer keinen Ausbildungsplatz ergattert hat, findet sich zumeist in Qualifizierungsmaßnahmen wieder, die nicht zu einem Berufsabschluss führen, zudem ist dieses Übergangssystem teuer und wenig effizient. Hamburg reagierte mit einer Reform, die seit Sommer 2014 an allen Stadtteilschulen – den früheren Haupt-, Real- und Gesamtschulen – greift (E&W berichtete). Deren Merkmale: Berufsorientierung schon ab Klasse 8, zusätzliches Personal, Zusammenarbeit mit Lehrerinnen und Lehrern aus Berufsschulen, Betriebspraktika sowie nach Ende der Schullaufbahn gebündelte Beratung und Unterstützung durch Arbeitsagentur und Schulbehörde. Für junge Frauen und Männer ohne Schulabschluss gelte nun, so Horst Linke von der GEW Hamburg: „Nicht der Abschluss interessiert, sondern der Anschluss“ – also die Übernahme in ein Ausbildungs- oder Arbeitsverhältnis.

Die duale Ausbildung müsse Leistungsschwächeren „ein Recht auf Ausbildung eröffnen“. Und sie müsse mit Blick auf die Zukunft gleichzeitig „für leistungsstärkere Jugendliche attraktiv gestaltet werden“, resümierte Ansgar Klinger, für Berufliche Bildung und Weiterbildung verantwortliches GEW-Vorstandsmitglied. Klinger stellte klar: Eine Lösung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Erwartungen erreiche man nicht durch Konkurrenz zwischen beruflicher und Hochschulbildung, sondern nur durch einen „wechselseitigen Bezug“.

Matthias Holland-Letz,
freier Journalist

Foto: Kay Herschelmann

ANDREAS KELLER

Wichtiger Teilerfolg

Am 17. Dezember hat der Bundestag das Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) novelliert – ein wichtiger Teilerfolg der GEW-Kampagne für den „Traumjob Wissenschaft".* Der Rahmen für den Kampf um faire Beschäftigungsbedingungen an Hochschulen und Forschungseinrichtungen hat sich damit verbessert.
Ein Blick zurück: Im Januar 2015 hat die GEW mit einem eigenen Gesetzentwurf die Debatte um die Reform des Gesetzes angefacht. Aus gutem Grund: Neun von zehn wissenschaftlichen Angestellten haben Zeitverträge, über die Hälfte dieser Vereinbarungen läuft nicht einmal ein Jahr. Das ist nicht nur ungerecht gegenüber den hochqualifizierten Kolleginnen und Kollegen. Es untergräbt auch die Kontinuität und damit die Qualität von Lehre und Forschung.
Es folgten Eckpunktepapiere, Gesetzentwürfe und Anhörungen im Bundestag (s. E&W-Schwerpunkt 9/2015 und kontinuierliche Berichterstattung). Im vergangenen November schließlich machte die GEW mit ihrer „Aktionswoche Traumjob Wissenschaft" mit über 100 Aktionen bundesweit deutlich, dass die Politik dem völlig aus dem Ruder gelaufenen Befristungswesen endlich einen Riegel vorschieben muss. Noch bevor das alte Jahr zu Ende ging – und trotz massiver Gegenwehr der Wissenschaftsarbeitgeber – hat der Bundestag die Novelle mit den Stimmen der Großen Koalition verabschiedet.
Viele Impulse der GEW sind aufgegriffen worden. So sieht das neue Gesetz vor, dass die Laufzeit von Drittmittelverträgen die Dauer der Projekte ausschöpfen muss. Die Laufzeit von Qualifizierungsverträgen – beispielsweise, um eine Promotion zu fördern – muss der Qualifizierung künftig „angemessen" sein. Leider ist der Gesetzgeber nicht dem GEW-Vorschlag gefolgt, eine Untergrenze von drei Jahren vorzuschreiben. In vielen Fällen werden wohl Arbeitsgerichte auf den unbestimmten Rechtsbegriff reagieren müssen.
Weiter hat der Gesetzgeber die sachgrundlose Befristung aus dem Gesetz gestrichen. Wer weder in einem Drittmittelprojekt arbeitet noch zur Qualifizierung beschäftigt ist, hat Anspruch auf ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis: Dauerstellen für Daueraufgaben! Da der Qualifizierungsbegriff in der Novelle aber nicht genau definiert worden ist, werden sich die Arbeitsgerichte auch mit dieser Frage befassen müssen.
Es enttäuscht allerdings, dass die Große Koalition keinen Mut hatte, die familienpolitische Komponente verbindlich auszugestalten: Es gibt weiterhin keinen Anspruch darauf, Zeitverträge bei Kinderbetreuung zu verlängern, für Drittmittelbeschäftigte nicht einmal bei Elternzeit oder Mutterschutz.
Fehlanzeige auch bei der GEW-Forderung, die „Tarifsperre" aufzuheben: Gewerkschaften und Arbeitgeber dürfen weiterhin nicht über die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verhandeln und also auch keinen über das Gesetz hinausgehenden Schutz vor dem Missbrauch von Befristungen vertraglich vereinbaren.
In einem wichtigen Punkt hat die Koalition dem Druck der Arbeitgeber standgehalten: Beschäftigte in Technik, Verwaltung und Wissenschaftsmanagement fallen komplett aus dem Geltungsbereich des Gesetzes heraus. Dessen einziger Zweck ist, wissenschaftliche Qualifizierung zu fördern.
Im Ergebnis stärkt das neue WissZeitVG die Rechte wissenschaftlicher und künstlerischer Angestellter. Doch an seiner konsequenten Umsetzung müssen wir weiter arbeiten. Die GEW wird ihre Mitglieder unterstützen, ihre Ansprüche auf faire Beschäftigungsverhältnisse durchzusetzen. GEW-Kolleginnen und -Kollegen in den Personalvertretungen sollten darauf achten, dass die neuen Bestimmungen auch eingehalten werden. Klar ist: Der Druck auf Bund und Länder wird sich erhöhen, die Rahmenbedingungen für stabile Beschäftigung mit einer angemessenen Grundfinanzierung der Hochschulen zu verbessern.

Andreas Keller,
Leiter des GEW-Vorstandbereichs Hochschule und Forschung

*www.gew.de/traumjob

Alles BAföG?

// BAföG? Ja, nickt Kay Colmorgen, BWL-Student aus Berlin: „BAföG bekomme ich, den Höchstsatz von 670 Euro im Monat.“ Klingt erstmal gut – nur: Für den 30-Jährigen ist das zu wenig. //

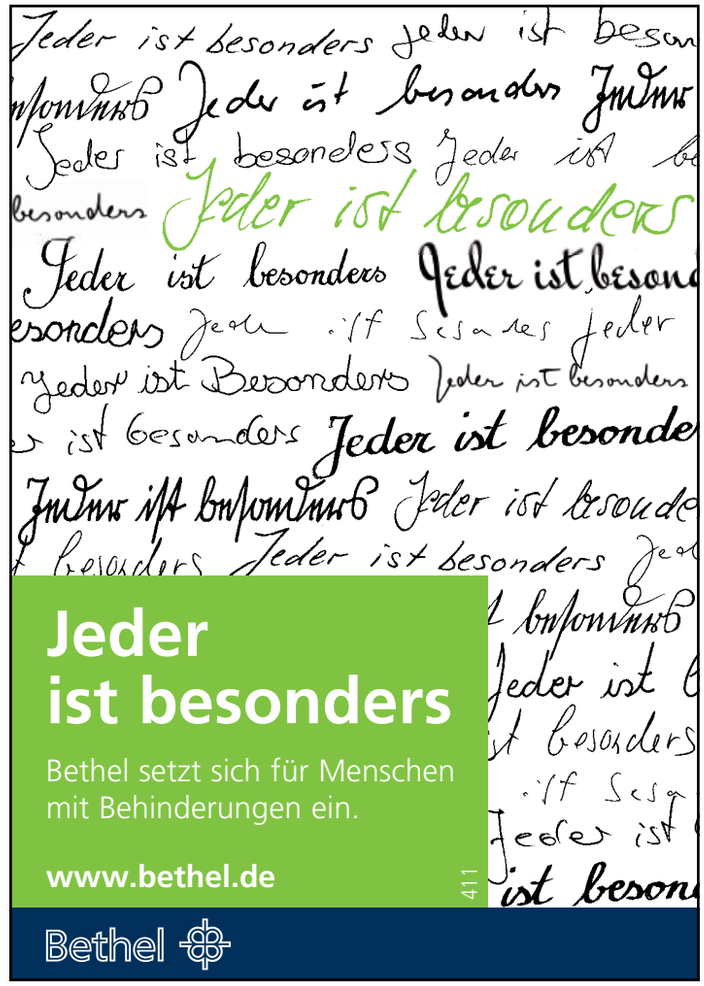
Kay wohnt zwar im Studentenwohnheim am Stadtrand und damit schon relativ preisgünstig, aber: „300 Euro allein für die Miete, dazu Studiengebühren, Essen und Telefonkosten. Und ab und zu will man ja auch mal einen Kaffee trinken gehen – da reicht auch der Höchstsatz nicht“, stellt er fest. Der angehende Betriebswirtschaftler verdient sich deshalb in einem Buchladen als Minijobber etwas dazu. Doch er denkt während des Studiums ständig an die Zukunft: Irgendwann muss er die Hälfte der BAföG-Summe ja wieder an den Staat zurückzahlen.

Kay ist kein Einzelfall, die Sorge vieler Studentinnen und Studenten beim Blick aufs monatliche Budget ist groß. Miete, Essen, Lernmittel, Gebühren – eine Hochschulausbildung zu finanzieren, ist nicht so einfach. Ein Studium in München ist teurer als eins in Rostock, längere Studiengänge kosten mehr als kurze. Wie viel jeder zum Leben und Lernen braucht, ist daher schwer abzuschätzen. Fakt ist: Im Schnitt stehen Studierenden 864 Euro im Monat zur Verfügung, das ergab die 20. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks (DSW)*. Wie die Studierenden aber zu ihrem Geld kommen, unterscheidet sich enorm.

Viele setzen zunächst aufs BAföG, den staatlichen Zuschuss, der zur Hälfte Kredit, zur anderen Hälfte Stipendium ist. Von der Idee her steht die Förderung allen zu, die aufgrund geringen Elterneinkommens nicht in der Lage sind, ein Studium zu finanzieren. Der BAföG-Höchstsatz beläuft sich derzeit auf 670 Euro im Monat, im Oktober 2016 wird dieser Betrag auf 735 Euro erhöht. Der GEW ist das zu wenig – und zu spät. „Damit das BAföG seinen Anspruch erfüllen kann, müssen die Freibeträge und Fördersätze mindestens um zehn Prozent angehoben werden – und zwar sofort“, fordert der stellvertretende GEW-Vorsitzende Andreas Keller. Und Achim Meyer auf der Heyde, Generalsekretär des DSW, bemängelt: „So sehr wir den beschlossenen Anstieg zum Wintersemester 2016 begrüßen, muss man festhalten: Eine Erhöhung pro Legislaturperiode einer Bundesregierung reicht nicht.“ Die letzte Erhöhung des BAföG datiert von 2010. Zwei ganze Bachelor-Generationen werden bis Ende 2016 leer ausgegangen sein. Die sechs echten Nullrunden bedeuten bei steigenden Lebenshaltungskosten reale Kürzungen. Deshalb verlangt GEW-Hochschulexperte Keller ebenso wie Meyer auf der Heyde vom Bund einen Automatismus, Freibeträge und Fördersätze an Lebenshaltungskosten und Einkommensentwicklung anzupassen. Ein weiteres Problem: Immer weniger Studierende sind BAföG-berechtigt: „Bei explodierenden Studierendenzahlen bekommen nur noch 19 Prozent der Studierenden BAföG“, moniert Isabella Albert vom freien zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs). So bekamen 2014 lediglich 647 000 Nachwuchsakademiker die staatliche Studienförderung, 2,9 Prozent weniger als im Jahr davor.

Zwei Drittel jobben

Kein Wunder also, dass rund zwei Drittel der Studierenden jobben. Wenn sie BAföG bekommen, reicht das oft nicht aus, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Oder sie fallen von vornherein durchs Förderraster, weil sie selbst oder ihre Eltern mehr verdienen, als nach den Fördervorschriften erlaubt ist. So wie Elizaveta Shishkina. Die



„Jeder hat das Recht auf Bildung...“

Artikel 26 (1) Allgemeine Erklärung der Menschenrechte

Wer wir sind

World University Service (WUS) ist eine 1920 gegründete internationale, politisch und konfessionell nicht gebundene Organisation von Studierenden, Lehrenden und Mitarbeitenden im Bildungssektor. WUS-Deutschland ist eines von weltweit über 50 Komitees, die sich gemeinsam für das **Menschenrecht auf Bildung** einsetzen.

Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika

WUS unterstützt ausländische Studierende durch:
- **Lobbyarbeit** zur Verbesserung der Rahmenbedingungen
- **berufliche Orientierung** und **Reintegration** in ihren Herkunftsländern
- **STUBE** – das Studienbegleitprogramm für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika in Hessen
- das **Portal Hessische Hochschulen im Nord-Süd-Kontext**

Globales Lernen und Portale

Förderung des Globalen Lernens und Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) durch:
- die **Informationsstelle Bildungsauftrag Nord-Süd** im Bereich der Vernetzung und Vermittlung von Informationen
- das **Portal Globales Lernen der Eine Welt Internet Konferenz (EWIK)** beim WUS: kostenfreie Unterrichtsmaterialien und aktuelle Aktionen und Veranstaltungen aus dem Bereich Globales Lernen
- das **Portal Deutsche Länder in der Entwicklungspolitik** im Auftrag der 16 Deutschen Länder

WUS World University Service

World University Service - Deutsches Komitee e.V.
Tel: 0611/446648 * info@wusgermany.de *
www.wusgermany.de

Foto: imago

Viele Studierende setzen aufs BAföG, den staatlichen Zuschuss, der zur Hälfte Kredit, zur anderen Hälfte Stipendium ist. Ab Oktober soll sich der BAföG-Höchstsatz von 670 auf 735 Euro erhöhen. Der GEW ist das zu wenig. Sie fordert, die Freibeträge und die Fördersätze um zehn Prozent anzuheben.

18-Jährige studiert deutsche Philologie und Publizistik in Berlin. „Ich arbeite im Gastronomiebereich, zweimal die Woche. Da verdiene ich 400 Euro im Monat. Aber ich wohne bei meiner Mutter, ans Ausziehen ist derzeit nicht zu denken, weil ich kein BAföG erhalte." Eltern sind zwar ihren Kindern gegenüber gesetzlich verpflichtet – auch wenn diese schon volljährig sind –, deren Ausbildung bis zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschluss zu finanzieren. Doch für Elizas Mutter wäre eine weitere Miete nicht zu stemmen. Mit dieser Situation ist Eliza nicht allein. Zwar findet sie es schade, dass sie noch zuhause wohnt, aber das Jobben macht ihr Spaß. Und: „Der Job ist sehr flexibel, sodass er sich so gut wie nie mit den Seminaren überschneidet."

Foto: privat

Die Publizistik-Studentin Elizaveta Shishkina arbeitet zweimal die Woche in der Gastronomie und wohnt bei der Mutter. Die 18-Jährige: „Ans Ausziehen ist derzeit nicht zu denken, weil ich kein BAföG erhalte."

Ungestört studieren

Ohne Zuverdienst kommt auch Olga Pletenev nicht aus. Die 22-Jährige studiert im fünften Semester an der Uni Köln Medien, Kulturwissenschaft und Geschichte. „Ich versuche, mit etwa 600 Euro im Monat auszukommen, mit allem Drum und Dran", sagt sie. Mal klappt es besser, mal nicht so gut. Größter Posten im Budget ist die Miete für ihr Wohnheimzimmer. Hauptfinanzquelle ist das BAföG; darüber hinaus jobbt Olga bei einer Eventagentur im gastronomischen Bereich. Wenn es finanziell mal eng wird, nimmt sie zwischendurch noch zusätzliche Arbeiten an, etwa als Fahrgastzählerin bei einer Verkehrsgesellschaft. „Durch diese unregelmäßigen Jobs ist mein Leben insgesamt etwas stressiger, aber das Studium leidet zum Glück nicht darunter", meint die Kölnerin. Wichtig ist ihr, dass alle ihre Tätigkeiten zeitlich flexibel sind und sie selbst entscheiden kann, ob und wann sie jobbt: „Wenn ich wöchentlich regelmäßig 15 oder 18 Stunden zu festen Zeiten arbeiten müsste, würde sich das störend auf das Studium auswirken." Dann bräuchte sie, ist sich die Studentin sicher, deutlich länger bis zum Bachelor.

Ungestört studieren können, das war auch Anne Steinbach wichtig, als sie sich vor fünf Jahren für den Bachelor „International Business Tourism Management" an der Cologne Business School in Köln einschrieb. Die 25-Jährige war eine von rund 60 000 Studierenden, die jährlich in Deutschland einen Studienkredit aufnehmen. „Damals war ich 19 und das Studium hatte für mich oberste Priorität, ich wollte auf Englisch studieren, auch wenn es an einer Privatuni wäre. Ich dachte, das würde finanziell schon klappen." Ihr Studiengang kostete 650 Euro Gebühr im Monat. Dafür nahm sie einen Studienkredit von 18 037 Euro bei der KFW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) zu einem Zinssatz von 2,44 Prozent auf. Während beim BAföG die Hälfte der Ausbildungsförderung zurückgezahlt werden muss und die Rückzahlung an die Einkommenssituation gekoppelt ist, werden die vereinbarten Raten beim Studienkredit auf jeden Fall fällig, unabhängig vom tatsächlichen Einkommen. Stefanie Laag, Kreditexpertin der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen, mahnt Studierende deshalb zur Vorsicht: „Kreditaufnahmen sind immer mit einem gewissen Risiko verbunden. Ganz besonders dann, wenn man bei Aufnahme des Kredites noch gar nicht weiß, wie der Verdienst zum Zeitpunkt der Rückzahlung ausfallen wird und ob man sich dann die Rate leisten kann."

Foto: privat

Ohne Zuverdienst kommt auch Olga Pletenev nicht aus. Die 22-Jährige studiert in Köln Medien, Kulturwissenschaft und Geschichte: „Ich versuche, mit 600 Euro im Monat auszukommen, mit allem Drum und Dran." Ihre Hauptfinanzquelle: BAföG.

Anne hat ihr Studium mittlerweile beendet und arbeitet als Journalistin. Bereut hat sie ihre Entscheidung nicht, aber: „Es ist schon ätzend, dass regelmäßig Geld von meinem Monatsgehalt abgeht. Dass ich zurückzahle, fühlt sich aber auch gut an: Ich sehe Licht am Ende des Tunnels“, lacht sie. Am 1. November 2034 ist Annes letzte Rate in Höhe von 56,22 Euro fällig.

Besser ergeht es Marco Grenz. Der 29-jährige Chemieingenieur finanzierte sein Studium über ein Stipendium der Hans-Böckler-Stiftung (HBS). „Das war total super, ich hatte ein Vollstipendium, das sich am BAföG-Höchstsatz orientierte, und zusätzlich 150 Euro Büchergeld“, schwärmt Marco von der Unterstützung. Dazu kamen Kindergeld und noch 150 Euro von den Eltern. Als ich 2008 anfing zu studieren, reichte das noch aus, um in Berlin gut zu leben. Statt zu jobben, engagierte sich Marco bei den Grünen und beim AStA. „Einmal im Semester musste ich einen Bericht über mein Engagement an die HBS abliefern. Außer der Teilnahme am Seminarprogramm der Stiftung gab es sonst keine zusätzlichen Verpflichtungen“, erzählt der IG-Metaller.

Damit mehr junge Menschen – schuldenfrei – eine ähnlich produktive und anregende Studienzeit haben können wie Marco, fordert die GEW seit über zehn Jahren, die Ausbildungsförderung strukturell zu erneuern und perspektivisch zu einem elternunabhängigen Studienhonorar weiterzuentwickeln. Außerdem will die Gewerkschaft den Darlehensanteil des BAföG in einen Vollzuschuss umwandeln.** Die Aussicht, nach dem Studium mit einem Schuldenberg ins Erwerbsleben zu starten, so Keller, schrecke viele junge Menschen ab, ein Studium aufzunehmen.

Foto: privat

Marco Grenz, Chemieingenieur, hat sein Studium über ein Stipendium der Hans-Böckler-Stiftung finanziert. Der 29-Jährige: „Das war total super, ich hatte ein Vollstipendium, das sich am BAföG-Höchstsatz orientierte, und zusätzlich 150 Euro Büchergeld.“

Armin Himmelrath, Eleonora Pauli, freie Journalisten

***www.sozialerhebung.de/erhebung_20/soz_20_haupt**
****www.gew.de/fileadmin/media/publikationen/hv/Hochschule_und_Forschung/Wissenschaftspolitik/Wipop.pdf**

STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

Malta – Sonneninsel im Mittelmeer

Kulturelle Schätze und malerische Fischerdörfer

8-tägige Flugreise

ab € 780,-
p. P. im DZ
EZ-Zuschlag ab € 98,- p. P.

Preise und Termine

Abflug-termine	Preis p. P. im DZ	EZ-Zuschlag
03.02.16 10.02.16 17.02.16	€ 780,-	€ 98,-
24.02.16	€ 789,-	
02.03.16 09.03.16 16.03.16 23.03.16	€ 958,-	€ 115,-
30.03.16	€ 1.065,-	€ 132,-
06.04.16 13.04.16 20.04.16	€ 1.054,-	
27.04.16	€ 1.089,-	

Das beinhaltet unsere Reise

✓ Flug mit Air Malta inkl. Steuern und Gebühren
✓ Transfer Flughafen – Hotel – Flughafen
✓ Flughafenassistenz bei Ankunft/Abflug Malta
✓ 7 Übernachtungen im Dolmen Resort Hotel (****), oder gleichwertig
✓ 7 x Frühstücks-Büfett
✓ 6 x Abendessen im Hotel (bei Spätanreise 5 x Abendessen und 1 x Lunchpaket)
✓ 1 x Kaninchenessen (Maltas Nationalgericht) in einem typisch maltesischen Restaurant in Hotelnähe
✓ Halbtagesausflug „Die drei alten Städte”, Ganztagesausflug „Valletta” inklusive „Malta Experience”, Ganztagesausflug „Maltas Höhepunkte”, Ganztagesausflug „Gozo”
✓ Hafenrundfahrt und Shopping in Sliema
✓ deutschsprachige Gästebetreuung vor Ort

Fotos © visitmalta.com

Abflughäfen

- München
- Düsseldorf + € 15,- p. P.
- Frankfurt/Main + € 20,- p. P.
- Hamburg + € 20,- p. P.
- Berlin-Tegel + € 20,- p. P.

Flugsaisonzuschlag

- München + € 55,- p. P. (23.03.16)
- Düsseldorf + € 55,- p. P. (23.03.16)
- Frankfurt/Main + € 55,- p. P. (30.03.16)
- Hamburg + € 55,- p. P. (09.03.16)
- Berlin-Tegel + € 55,- p. P. (23.03.16)

Wunschleistung

- Zug zum Flug:
  - bis 400 km pro Strecke **€ 80,- p. P.**
  - über 400 km pro Strecke **€ 130,- p. P.**

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0
Veranstalter: tslmedialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

Abgeschirmt und beschützt

// Im Gegensatz zu den Jungen verschwinden geflüchtete Mädchen häufig in der Familie. Obwohl ihr Unterstützungsbedarf groß ist, kann Kinder- und Jugendhilfe sie nicht einfach erreichen. //

Nguyen Huyen ist begeistert. Wie schon die Tage zuvor wird die Sozialpädagogin vom Mädchentreff „Zimtzicken“ ín Potsdam ungeduldig vor der Flüchtlingsunterkunft erwartet. „Ich bin überrascht von ihrem Interesse und ihrer Ausdauer“, sagt sie und begrüßt die sechs aufgekratzten Mädchen. Gemeinsam fahren sie mit der Straßenbahn zum Schwimmkurs, einem Ferienangebot für geflüchtete Mädchen in Gemeinschaftsunterkünften.

An der Schwimmhalle warten bereits ihre Kollegin Vera Spatz und die 15-jährige Raneem mit sechs weiteren Mädchen, die sie in deren Unterkünften abgeholt haben. Die Acht- bis Zwölfjährigen kommen aus Tschetschenien und dem Kaukasus. Auch eine Handvoll syrischer Mädchen, die erst wenige Wochen im Land sind und noch kein Wort Deutsch sprechen, ist dabei. Raneem ist aus dem Libanon geflüchtet, heute besucht sie regelmäßig den Mädchentreff. Sie wird in den kommenden anderthalb Stunden Zöpfe binden, die Anweisungen der Schwimmtrainerin ins Arabische übersetzen und die Mädchen aufmunternd in den Arm nehmen.

Die „Zimtzicken“ versuchen seit einigen Jahren, geflüchtete Mädchen in ihre Angebote einzubeziehen. So haben sie ältere Mädchen mit Migrationshintergrund darin geschult, die jüngeren an die Hand zu nehmen. Auch die Ansprache ist eine besondere: „Wir haben ein Netzwerk aufgebaut mit Einrichtungen und Organisationen, die Flüchtlinge betreuen. Dort haben wir für unsere Mädchenarbeit geworben“, erzählt Huyen. Raneem und Spatz haben die Familien interessierter Mädchen in den Flüchtlingswohnheimen besucht und ihr Projekt bei einem Glas Tee vorgestellt. „Wir haben den Eltern versprochen, die Mädchen abzuholen und nach dem Kurs wieder nach Hause zu bringen“, berichtet Spatz. „Durch den persönlichen Kontakt konnten wir ihr Vertrauen gewinnen und sie haben ihren Töchtern erlaubt, sich uns anzuschließen.“

Altersgemäße Freizeitangebote wie das der „Zimtzicken“ sind für das Kindeswohl geflüchteter Kinder und Jugendlicher ausgesprochen wichtig. Sie leiden in den Gemeinschaftsunterkünften unter räumlicher Enge und fehlender Privatsphäre, darauf weisen auch Christian Peucker und Mike Seckinger vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) hin. Äußerst belastend sei die Ungewissheit, ob sie in Deutschland bleiben können. Hinzu komme, dass viele Kinder traumatisierende Erlebnisse im Heimatland oder auf der Flucht erfahren haben.

Wenig geschlechtersensibel

Landesweit engagieren sich verstärkt Jugendhilfeeinrichtungen in der Arbeit mit geflüchteten Kindern und Jugendlichen, doch nur wenige arbeiten bereits wie die „Zimtzicken“ nach kulturell- und geschlechtersensiblen Konzepten. Viele Einrichtungen stellen fest, dass ihre Angebote zwar von Jungen, aber selten von Mädchen genutzt werden. Auch Elke Haas, Ethnologin und Koordinatorin der Freizeitaktivitäten in der Hamburger Erstaufnahmeeinrichtung Schnackenburgsallee, beobachtet, dass geflüchtete Mädchen bis zum zwölften Lebensjahr die Angebote relativ frei nutzen. Die älteren tauchen selten auf. „Aufgrund der kulturellen Hintergründe in den Herkunftsländern ist es für viele Frauen nicht üblich, sich im öffentlichen Raum zu bewegen. Sie haben ihre Netzwerke zuhause, innerhalb ihrer Großfamilien“, sagt Haas. Der große Männerüberhang in den Flüchtlingsunterkünften trage zu einem Gefühl der Unsicherheit bei, das viele als Bedrohung empfinden, so die Koordinatorin. Dass diese Angst begründet ist, zeigen aktuelle Berichte über sexuelle Belästigung bis

Sozialpädagogin Nguyen Huyen (links) vom Potsdamer Mädchentreff „Zimtzicken“ mit einer Gruppe Acht- bis Zwölfjähriger aus Syrien, Tschetschenien und dem Kaukasus auf dem Weg zum Schwimmkurs – einem Ferienangebot für geflüchtete Mädchen in Gemeinschaftsunterkünften. Huyen: „Durch persönlichen Kontakt konnten wir das Vertrauen der Eltern gewinnen.“

Fotos: Amelie Losier

Flüchtlingsmädchen Shahed (10) aus Syrien im Wasser mit Nguyen Huyens Kollegin Vera Spatz: „Wir haben den Eltern versprochen, die Mädchen abzuholen und sie wieder nach Hause zu bringen.“

hin zu Missbrauch in den Erstaufnahmelagern. Als Reaktion darauf würden die Mädchen von ihren Verwandten stark abgeschirmt und beschützt. Dazu komme, dass die jungen Frauen viel Verantwortung übernehmen müssen, erzählt Huyen. „Sie kümmern sich um jüngere Geschwister, kochen, machen die Wäsche. Wenn sie besser Deutsch sprechen, begleiten sie die Eltern zu Ärzten und Ämtern zum Übersetzen.“

Renate Janßen von der Fachstelle interkulturelle Mädchenarbeit der Landesarbeitsgemeinschaft Autonome Mädchenhäuser Nordrhein-Westfalen weiß, wie herausfordernd die Arbeit mit geflüchteten Mädchen für die Jugendhilfeeinrichtungen sein kann. Doch zugleich betont sie die Dringlichkeit, zu handeln: „Sie brauchen Menschen, denen sie vertrauen können. Und sie benötigen einen Ort außerhalb der Familie“, so die Fachstellenleiterin. Dieser müsse von den Eltern akzeptiert sein. „Dann fangen die Töchter an, sich zu öffnen.“

Voraussetzung für eine erfolgreiche Sozialarbeit mit dieser Zielgruppe ist die interkulturelle Öffnung der Einrichtungen. Janßen hält eine wertschätzende Haltung gegenüber jungen Menschen anderer Kulturen durch die Pädagoginnen für unverzichtbar. „Die jungen Frauen brauchen das Gefühl, in ihrer Lebenssituation respektiert zu werden“, sagt sie. Wichtig für den Aufbau einer vertrauensvollen Beziehung nach der Ankunft sei die sprachliche Verständigung, entweder durch muttersprachliche Mitarbeiterinnen oder über Dolmetscherinnen.

Kulturelle Differenz beachten

Generell fordert Janßen mehr – vor allem weibliches – Fachpersonal in der Kinder- und Jugendhilfe. „Der Kontakt zu fremden Männern ist für geflüchtete Mädchen und Frauen nicht vertraut und hochgradig unangenehm“, berichtet sie.

Michael Fähndrich, Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit, empfiehlt darüber hinaus aufsuchende Familienarbeit durch muttersprachliche Fachkräfte. Denn bei der Arbeit mit Mädchen im Familienverbund müssten die kulturellen Unterschiede zwischen Herkunftsgesellschaft, -familie und aufnehmender Gesellschaft besonders beachtet werden. „Jüngere, auch weibliche Familienmitglieder gewöhnen sich manchmal schneller an die Werte, Normen und Traditionen unserer modernen westlichen Gesellschaft als die älteren männlichen Verwandten. Das kann zu größeren Problemen in den Familien führen“, so Fähndrich.

Miriam Gonzales, Mitarbeiterin eines Hamburger Jugendmigrationsdienstes, berät junge Frauen mit Fluchthintergrund, die sich in diesem Spannungsfeld bewegen. Die deutsch-kubanische Sozialpädagogin bietet regelmäßige Sprechzeiten für Schülerinnen der ausbildungsvorbereitenden Klassen für Migranten (AV-M) an. „Sie fragen mich bei Themen wie Liebe, Sexualität oder Selbstbestimmung um Rat“, erzählt Gonzalez. Wenn die Klientin es wünscht, beziehe sie die Familie in die Beratung ein. Bei den Eltern erlebe sie starke Vorbehalte gegenüber dem Jugendamt. „Sie haben Angst, dass ihnen die Kinder weggenommen werden“, so die Sozialpädagogin. „Ich versuche, ihnen dann klarzumachen, dass das Jugendamt Hilfe anbietet.“

Doch dass geflüchtete Familien von der Jugendhilfe profitieren, ist nicht immer die Regel. Obwohl sie laut UNICEF-Bericht „Flüchtlingskinder in Deutschland“* allen Kindern und Jugendlichen unabhängig vom Aufenthaltsstatus offen steht, ist sie „als Hilfesystem im Umgang mit Flüchtlingskindern fast nicht präsent“, stellt der UNICEF-Autor Thomas Berthold fest.

Die Stadt München hat das Problem erkannt. So hat das Stadtjugendamt in einem Aktionsplan das Ziel formuliert, dass bis 2017 alle geflüchteten Kinder und Jugendlichen vom ersten Tag an in der Jugendhilfe Unterstützung und Teilhabe finden sollen. „Sie sind Voraussetzung für eine gelingende Integration“, betont Markus Nau vom Stadtjugendamt. „Jugendhilfe soll die Bedürfnisse zuflucht-suchender Kinder und Jugendlicher mit einbeziehen“, so Nau. „Dazu gehört auch eine geschlechterdifferenzierte Betrachtung.“ In Zukunft will das Stadtjugendamt auch Einzelmaßnahmen für geflüchtete Mädchen und Frauen fördern.

Michaela Ludwig,
freie Journalistin

***www.unicef.de/presse/2014/fluechtlingskinder-in-deutschland/56230**

Vergnügt vor dem Mädchentreff „Zimtzicken“: Rouba (Mitte) aus Syrien (8) mit zwei Freundinnen: Altersgemäße Freizeitangebote sind fürs Kindeswohl sehr wichtig.

„Milliardengeschäft auf

// „Die Pharmaindustrie bietet die ‚passenden' Pillen, um schwierige Kinder ruhigzustellen", sagt ZDF-Redakteurin und Buchautorin Astrid Randerath im Interview. Wir kennen sie ja alle aus unserer Schulzeit: den „ewig Lauten", den „Zappelphilipp", den „Träumer" – Schülerinnen und Schüler, die in irgendeiner Form auffallen. Ist, wer schwächelt oder anders ist, „gestört?" Wer heutzutage nicht so „funktioniere" wie er sollte, dem verordne man zu oft und zu rasch Medikamente, stellt Randerath in ihrem Buch „Die Kinderkrankmacher"* fest, das sie gemeinsam mit ihrer Kollegin Beate Frenkel vergangenes Jahr veröffentlicht hat. //

E&W: Frau Randerath, die Schulen stehen nicht nur aufgrund einer verkürzten Gymnasialzeit (G8) unter immer höherem Druck, sondern es gibt immer mehr Kinder, die als „auffällig", „verhaltensgestört" oder „behindert" abgestempelt werden. Tendenz steigend. In der Folge hat sich eine regelrechte Arzneimittelindustrie entwickelt, die den Betroffenen und ihren Familien umgehend Hilfe offeriert. Zum Wohl der Kinder?

Astrid Randerath: Vor einigen Jahren trafen wir den Manager eines großen, weltweit operierenden Pharmakonzerns. Er sagte uns: „Jetzt knöpfen wir uns die Kinder vor. Die machen wir zu Kranken." Das hat offensichtlich funktioniert. Fakt ist: Die Pharmaindustrie macht ein Milliardengeschäft auf dem Rücken unserer Kinder.

Vor 20 Jahren gab es etwa 5 000 Kinder mit ADHS-Symptomen („Aufmerksamkeits-Defizit-Hyperaktivitäts-Störung", Anm. d. Red.), jetzt sollen es angeblich über 600 000 Betroffene sein. Jährlich schlucken Mädchen und Jungen 1,75 Tonnen Tabletten. Pillen mit massiven Nebenwirkungen, die Wachstum hemmen, Herzrhythmusstörungen oder Depressionen verursachen. Das fanden wir alarmierend. Wir fragten uns, was tun wir unseren Kindern da an, die das Wichtigste sind, was wir haben?

Den Manager haben wir kürzlich wiedergetroffen. Er hat selbst Kinder und ist inzwischen aus der Branche ausgestiegen, weil er nicht länger mitverantworten wollte, dass die Pharmaindustrie unsere Kinder krank macht.

Foto: privat

Astrid Randerath, Redakteurin des ZDF-Magazins „Frontal 21", erhielt für die Dokumentation „Das Pharma-Kartell" den Hanns-Joachim-Friedrichs-Förderpreis. Sie ist 2011 zur besten Wirtschaftsjournalistin gewählt worden.

E&W: Wird die eigentliche Misere, die diesen Druck auf Kinder erzeugt, verschleiert, weil die Pharmaindustrie sofort „Medikamente" für die vermeintlich Kranken bereithält?

Randerath: Ja, denn viele Eltern haben Angst vor dem sozialen Abstieg ihrer Kinder, wenn diese keine guten Leistungen, keine guten Abschlüsse erzielen. Deshalb geben sie im Jahr 1,5 Milliarden Euro allein für Nachhilfestunden aus – selbst wenn die Kinder keine schlechten Noten haben. Mütter und Väter sorgen sich, dass ihre Töchter und Söhne nicht in der Schule mithalten könnten, in ihren Leistungen abrutschten, wenn sie unkonzentriert oder zappelig sind.

Auch Lehrkräfte geraten häufig unter Druck, weil sie meist in zu großen Klassen unterrichten und durch G8 in immer kürzerer Zeit den vorgesehenen Lernstoff durchpauken müssen. Einige Bundesländer lassen die Kollegien außerdem beim Thema Inklusion allein. Es fehlt vielerorts an zusätzlichen personellen Ressourcen sowie an den nötigen finanziellen Mitteln. Stattdessen müssen sich Lehrkräfte an bürokratischen Hürden abkämpfen, wenn sie etwas verändern wollen. Das alles macht den Schulalltag für alle Beteiligten äußerst anstrengend.

Selbst Ärzte stehen unter Zeitdruck. Ein Rezept, so berichtete uns ein Mediziner, sei viel schneller ausgestellt, als wenn er sich für einen jungen Patienten die Zeit nehme, um sich mit den Ursachen seiner Verhaltensstörung auseinanderzusetzen. Ein gesellschaftliches Problem, das sich die Pharmaindustrie zunutze macht: Sie bietet die „passenden Pillen" an, um schwierige Kinder „ruhigzustellen". Ein fatales Signal.

E&W: Die Medikamente sollen den Kindern doch helfen?

Randerath: Das Problem ist: Sehr aktive Kinder werden durch die Medikamente ruhiggestellt. Wir haben bei unseren Recherchen unter anderem einen jungen Mann getroffen, der uns sehr beeindruckt hat: Er studiert Naturwissenschaften, ist ein brillanter Pianist, außerdem sehr sportlich. Er erzählte uns, er habe seine ganze Kindheit wie in Trance erlebt, weil er viele Tabletten schlucken musste. Seine Fähigkeiten konnte er daher während seiner Schulzeit nicht entwickeln, sondern erst später als Erwachsener, nachdem er die Pillen abgesetzt hatte. Hinzu kommt: Die Ärzte verordnen vielen Kindern Medikamente, obwohl diese gar nicht krank sind. Der Schwei-

dem Rücken der Kinder“

„Jährlich schlucken Mädchen und Jungen 1,75 Tonnen Tabletten – mit massiven Nebenwirkungen“, stellt die Buchautorin und Journalistin Astrid Randerath fest.

Foto: imago

zer Kinderarzt und Verhaltensforscher Remo Largo hat festgestellt, dass beispielsweise nur ein Prozent der ADHS-Diagnosen berechtigt sei. Der Rest der Kinder werde mit Ritalin einfach zugedröhnt. So befähigt man junge Menschen aber nicht, mit Misserfolgen umzugehen und sich besser konzentrieren zu können.

Viele hyperaktive Mädchen und Jungen haben zum Beispiel den Impuls, das Spielbrett beim „Mensch-Ärger-Dich-Nicht“ umzuhauen, wenn sie verlieren. Aber: Wenn sie nicht lernen, solche Impulse auch mal zu unterdrücken, sind sie vermutlich auch als Erwachsene dazu nicht in der Lage. Wenn Kinder einfach nur durch die regelmäßige Einnahme von Tabletten sozusagen „gefügig“ gemacht werden, hindert man sie daran, sich weiter zu entwickeln. Dann steuern wir auf eine Generation von Erwachsenen zu, die ohne Pillen nicht mehr leben und arbeiten kann.

E&W: Ihr Rat an die Eltern?

Randerath: Eltern sollten sich auf gar keinen Fall dazu drängen lassen, Medikamente zu verabreichen, sondern sich unbedingt zuerst eine zweite ärztliche Meinung einholen. Bei der Arztwahl sollte man auch darauf zu achten, dass der Mediziner kritisch gegenüber Pharmakonzernen eingestellt ist.

Aber auch die Politik ist gefordert: Es kann doch nicht sein, dass in Deutschland auf 8 600 Schülerinnen und Schüler im Schnitt ein Schulpsychologe kommt! Hier herrscht ein gesellschaftlicher Notstand, der endlich beendet werden muss.

Interview: Jens Wernicke, freier Journalist

***Beate Frenkel/ Astrid Randerath: „Die Kinderkrankmacher. Zwischen Leistungsdruck und Perfektion – Das Geschäft mit unseren Kindern.“ 272 Seiten, Verlag Herder 2015, 19,99 Euro.**

Beamtendarlehen 10.000 € - 120.000 €
Extra günstige Kredite für Sparfüchse
Umschuldung: Raten bis 50% senken
Baufinanzierungen gigantisch günstig
0800 - 1000 500 Free Call
Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 35 Jahren.
Deutschlands günstiger Autokredit
2,77% effektiver Jahreszins
5.000 € bis 50.000 €
Laufzeit 48 bis 120 Monate
Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €
www.Autokredit.center
AK FINANZ
Kapitalvermittlungs-GmbH
E3, 11 Planken
68159 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
info@AK-Finanz.de
www.AK-Finanz.de
Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
Äußerst günstige Darlehen z.B. 40.000 €, Sollzins (fest gebunden) 3,89%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 544,73 €, effektiver Jahreszins 3,96%, Bruttobetrag 45.757,09 €, Sicherheit: Kein Grundschuldeintrag, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

125 JAHRE NÜRNBERGER
Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!
www.1a-Beamtendarlehen.de
Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD
0800-040 40 41
Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren
NÜRNBERGER
Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt
Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Weseke

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst
www.kredite-fuer-beamte.de
oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880

„Mehr Lehrkräfte, mehr Zeit und kleinere Klassen“

// Die Inklusionsquoten steigen zwar, aber es gibt immer noch hohe Hürden, wie eine Online-Umfrage der GEW in Nordrhein-Westfalen (NRW) zeigt: Schulleitungen fordern demnach kleinere Klassen und mehr Unterstützung durch sonderpädagogische Fachkräfte. Ein weiterer Befund: 80 Prozent der Förderschulen geben an, dass Kinder aus dem gemeinsamen Lernen zurückkehrten. //

Die repräsentative Befragung ist in Teilen ernüchternd. Zwar werden auch in NRW immer mehr Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf an allgemeinbildenden Schulen unterrichtet. Doch gleichzeitig, so kommentiert der GEW-Landesverband, gebe es eine „kontinuierliche Exklusion“ aus den Regelschulen. Demnach kamen in den Schuljahren 2014/15 und 2015/16 pro Förderschule durchschnittlich drei Schülerinnen und Schüler aus dem gemeinsamen Lernen wieder dorthin zurück. Ilse Führer-Lehner von der GEW NRW nennt dafür zwei Ursachen: „Zum einen gibt es Kinder, die nach der Grundschule keinen Platz an einer weiterführenden Schule erhalten. Zum anderen dürften auch Mädchen und Jungen darunter sein, die mit dem gemeinsamen Unterricht nicht klarkommen.“

Das bestätigt auch Andreas Liebald vom Landesverband der Blinden- und Sehbehindertenpädagogen und -pädagoginnen. Zwar sieht er für seinen Förderschwerpunkt keine systematische Exklusion. Aber es gebe immer wieder Kinder, die vor allem in großen Klassen an Regelschulen überfordert sind. Diese wechselten auf Wunsch ihrer Eltern auf die Förderschule.

Das Phänomen kennt auch der NRW-Landesvorsitzende des Verbands Sonderpädagogik, Wolfgang Franz. Zwar gibt es nach seinen Angaben noch keine genauen Zahlen, aber auch er weiß, dass Schülerinnen und Schüler das gemeinsame Lernen abbrechen. Das sei zum einen ein „Zeichen von Enttäuschung bei den Kindern und Eltern“. Zum anderen sei dies auf die „unzureichende Qualitätsdiskussion“ zurückzuführen. Sein Vorwurf: Sonderpädagogische Fachkräfte erhielten vom Schulministerium zu wenig Unterstützung für ihre Rolle in inklusiven Settings.

Über mangelnde Hilfe klagen auch allgemeinbildende Schulen. 75 Prozent der Schulleitungen gaben an, dass sie mehr Stellen für Sonderpädagoginnen und -pädagogen bräuchten. 80 Prozent der befragten Förderschulen wiederum haben ihr Angebot verändert und 45 Prozent ihre Klassen vergrößert, weil viele Kolleginnen und Kollegen im Bereich Lern- und Entwicklungsstörungen (LES) an Regelschulen abgeordnet wurden. Die Idee der Landesregierung, durch den Transfer sonderpädagogischer Kompetenz die Regelschulen zu stützen und gleichzeitig ein hochwertiges Angebot an den Förderschulen zu erhalten, scheint aus Sicht betroffener Lehrkräfte nicht zu funktionieren.

Hintergrund für die Reformen in NRW ist das 9. Schulrechtsänderungsgesetz, das seit dem Schuljahr 2014/15 gilt. Damit will die rot-grüne Regierung inklusive Bildung auf Grundlage der UN-Behindertenrechtskonvention in den Schulen verankern. Die größte Innovation betrifft die Förderkategorien „Lernen“, „emotionale“ und „soziale Entwicklung“ sowie „Sprache“. Lehrkräfte an den Grundschulen sollen bis zur dritten Klasse weitgehend darauf verzichten, einzelne Schülerinnen und Schüler zu „etikettieren“, ihnen also einen sonderpädagogischen Förderbedarf zuzuweisen. Stattdessen gibt es jetzt ein allgemeines Stellenbudget. Das habe zur Folge, dass an vielen Schulen große Unsicherheit herrsche, kritisiert Führer-Lehner: „Die Verteilung der Stellen ist nicht transparent. Man hat den Eindruck, dass derjenige am meisten bekommt, der am lautesten schreit.“ Sorge bereitet den Lehrerinnen und Lehrern an allgemeinbildenden Schulen auch die Klassengröße. An 63 Prozent der befragten Einrichtungen sitzen 21 bis 25 Kinder mit und ohne Förderbedarf in einer Klasse. Bei 26 Prozent der Schulen liegt die Klassengröße sogar bei 25 Schülerinnen und Schülern oder mehr. „Unsere Umfrage stützt die GEW-Forderung, dass in inklusiven Klassen maximal 20 Kinder sein sollten.“

Es geht den Schulleitungen an Förder- und Regelschulen aber nicht nur um mehr Geld und Personal, sondern ebenso um kompetente Begleitung für das gemeinsame Lernen. So gaben 80 Prozent der Befragten an, sie wünschten sich eine zentrale Anlaufstelle für ihre Fragen.

Statt Unsicherheit, so das Resümee des GEW-Landesverbandes, benötigten die Schulen mehr Ressourcen und verbindliche Qualitätsstandards. Nur dann, sagt Führer-Lehner, werde das gemeinsame Lernen eine Erfolgsgeschichte.

Katja Irle,
freie Journalistin

Einzelheiten zur Online-Befragung „Was Schulen brauchen“: www.inklusion.gew-nrw.de

Foto: imago

Als die UN-Kinderrechtskonvention vor 25 Jahren beschlossen wurde, dachte man in Deutschland zuerst, dies sei vor allem eine Herausforderung für Entwicklungsländer. Bis heute ein Irrtum, wie Experten auf einer Konferenz in Halle deutlich machten.

„Selber machen!“

// Auch wenn Schläge als Erziehungsmethode spätestens seit den 1980er-Jahren in Deutschland tabu sind – ein respektvoller Umgang und der Schutz von Kinderrechten müssen im Alltag immer wieder neu verhandelt werden. Das haben renommierte Experten auf der Konferenz „Kinderrechte und Kinderschutz in pädagogischen Organisationen“ des Instituts „bildung: elementar“ in Halle (Saale) eindringlich deutlich gemacht. Das Bildungs- und Förderungswerk der GEW hat die Konferenz finanziell unterstützt. //

Bildungs- und Förderungswerk der GEW

Als die UN-Kinderrechtskonvention vor 25 Jahren beschlossen wurde, dachte man in Deutschland zunächst, dies sei vor allem eine Herausforderung für Entwicklungsländer. Bis heute ein Irrtum. Christa Preissing, Direktorin des Berliner Kita-Instituts für Qualitätsentwicklung, kann erschreckende Beispiele erzählen. Noch immer gebe es Kitas in Deutschland, in denen Kinder mit Mullbinden ans Bett gefesselt werden, an Tischen fixiert und zum Essen gezwungen oder zur Strafe mit kaltem Wasser abgespritzt würden. „So etwas kommt uns zu Ohren“, sagt die Vize-Präsidentin der Internationalen Akademie (INA) für innovative Pädagogik, Psychologie und Ökonomie an der FU Berlin. Sie sprach während der Tagung vor mehr als 300 Fachleuten aus dem ganzen Bundesgebiet.

Kinderrechte würden aber nicht nur verletzt, wenn ein Kind misshandelt wird, sondern auch, wenn Erwachsene nicht sehen und respektieren, was es schon kann. Dies machte Lothar Krappmann vom Berliner Max-Planck-Institut für Bildungsforschung klar. In der pädagogischen Arbeit bedeute es eine Entrechtung, Dinge für ein Kind zu tun, die schon im Rahmen seiner Möglichkeiten liegen. „Behütung ist nicht Anerkennung.“ Der frühe Ruf von Kleinkindern „Selber machen!“ müsse beachtet werden. „Es geht darum, Kinder nicht zu entmündigen, sondern in den eigenen Kräften zu stärken“, so Krappmann. „Beteiligung stärkt das Kind.“ Die Kinderrechtskonvention verlange, dass Kinder als Menschen mit Rechten und eigenen Ansichten anerkannt werden – in Institutionen wie in Familien. Der Appell von Preissing an die Praktiker war demzufolge klar und deutlich: „Es tut gut, in den eigenen Instituten zu überprüfen, wie Kinderrechte im Haus angelegt sind.“ Kommunikation sei vielerorts noch eine Einbahnstraße mit Anweisungen, Verboten und Erklärungen – ohne Beteiligungs- und Beschwerderechte für Kinder. Ziel sei aber, dass Kinder lernen, wie sie lernen, dass sie Zutrauen zu sich selbst finden, respektvoll miteinander umgehen und sich Kompetenzen aneignen, um die Welt zu erschließen. „Bildung ist ein produktives Geschehen, kein reproduktives“, betonte Preissing. „Wir müssen Kinder da stärken, wo sie etwas selbst entwickeln.“ Für viele Pädagogen-Teams sei es daher wichtig, fachlichen Austausch, kollegiale Beobachtung, Supervision und Evaluation zu nutzen. „Wer sich darauf einlässt, macht sehr gute Erfahrungen.“

Dass gleiche Rechte für alle Kinder längst nicht umgesetzt sind, machte Norbert Hocke, im GEW-Vorstand für Jugendhilfe und Sozialarbeit verantwortlich, deutlich. Doch gute pädagogische Arbeit sei auch eine Frage guter Rahmenbedingungen, die geschaffen werden müssten, und eines veränderten pädagogischen Rüstzeugs. „Wir müssen die Biografien, die Erzieherinnen und Erzieher mitbringen, schon in der Ausbildung thematisieren und in der täglichen Arbeit wie eine Hintergrundfolie beachten.“ Zentral seien in der Ausbildung künftig die Schwerpunkte Inklusion, Nachhaltigkeit und Menschenrechte.

Historisch gesehen verließen Kinder heute früher als je zuvor den Kreis der Familie und nutzten öffentliche Bildungsinstitutionen, machte die Leiterin des Instituts bildung:elementar, Ursula Rabe-Kleberg, deutlich. Nun gehe es darum, gute Orte für Kinder zu schaffen und ihnen Formen der Welt- und Selbsterkenntnis mit allen Sinnen zu ermöglichen. Dazu gehöre zuallererst das Spielen, Ausprobieren, Erfahrungen sammeln, Fragen stellen und Lösungen finden. „Spielen“, so Soziologin Rabe-Kleberg, „ist die Grundlage von Bildungsprozessen.“ Auch wenn manches Tun der Jüngsten für Erwachsene kaum zu verstehen und mitunter schwer zu ertragen sei – es dennoch zuzulassen, schütze auch Kinderrechte. Die Gastgeberin hatte in dem Zusammenhang ein Zitat des Kinderbuch-Illustrators Tomi Ungerer an die Leinwand geworfen. „Das größte Wort ist Respekt. Nur Respekt führt zu Frieden.“

Sven Heitkamp,
freier Journalist

Keine Idylle am Urlaubsort

Das Bildungs- und Förderungswerk der GEW unterstützt die Stiftung „fair childhood – Bildung statt Kinderarbeit“.

// Im Tourismus arbeiten noch immer viel zu viele Minderjährige, kritisiert Simon Steyne, Kinderrechtsexperte der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf. Die Reiseindustrie hat zwar reagiert – aber nur halbherzig. //

Sie verkaufen Souvenirs auf der Straße. Schleppen Rucksäcke durchs Hochgebirge. Ziehen Schlägertaschen über den Golfplatz, servieren Essen oder spülen Geschirr in Hotelküchen – Kinderarbeit ist im Tourismus weit verbreitet. Die ILO schätzt, dass Kinder und Jugendliche, die jünger als 18 Jahre sind, weltweit bis zu 15 Prozent des touristischen Arbeitsmarktes ausmachen – vor allem im informellen Sektor. Viele helfen im Betrieb der Eltern mit, wo sie für den Lebensunterhalt der Familie mit aufkommen. Es gibt aber auch Hunderttausende Kinder, die in touristischen Zentren arbeiten, weil sie auf sich alleine gestellt sind, keine Schule besuchen, keine Ausbildung absolviert haben. Gebraucht werden sie: Im Tourismus sind billige Arbeitskräfte gefragt. Nur so lässt sich der Dumpingpreis mancher Reiseanbieter halten.

Dabei hat der Wirtschaftszweig großes Potenzial, die Lebensbedingungen von Kindern, Jugendlichen und deren Eltern zu verbessern. Er bietet in etlichen Ländern des Südens viele Arbeitsplätze – besonders für Frauen und ungelernte Arbeiter. Zuletzt waren es laut ILO weltweit über 270 Millionen Jobs, die der Fremdenverkehr geschaffen hat. Und: Ein einziger Arbeitsplatz im zentralen Tourismus sorgt für eineinhalb weitere Jobs in Branchen, die mit dem Tourismus verbunden sind: Schreiner, die Hotelmöbel herstellen. Oder Fischer und Bauern, die Restaurants beliefern. „Tourismus könnte viele gute und menschenwürdige Arbeitsplätze stellen“, ist Steyne überzeugt.

Tourismus als Chance und Weg aus der Armut setze allerdings voraus, dass man die Missstände in der Branche beseitigt. Doch in den meisten armen Ländern stehe diese Industrie, so der ILO-Experte, was Arbeiter- und Kinderrechte betrifft, noch immer für miese Löhne, unwürdige Arbeitsbedingungen, gefährliche Tätigkeiten, lange Arbeitstage, Saisonverträge und sexuelle Ausbeutung (s. E&W 11/2015). Auch für moderne Sklaverei, wenn z. B. Kinder die Schulden der Eltern über ihre Arbeitskraft abbezahlen müssen. Schlimm sei, wenn Kinder in Touristengebieten zum Betteln verpflichtet werden. „Das ist oft organisiertes Betteln“, sagt Steyne. „Was die Kinder erbetteln, müssen sie an die Mafia abgeben.“ Es sei sinnvoller, dem Kind etwas zu essen zu kaufen.

Besonders schutzlos

Wie in allen Branchen sind die minderjährigen Arbeiter auch in der Reisebranche besonders schutzlos. Und jung sind in Hotels, Restaurants, unter Guides und Verkäufern viele: Jeder zweite Arbeitsplatz im Tourismus wird laut ILO von einem Menschen, der jünger als 25 Jahre alt ist, eingenommen. Dass darunter auch viele Kinder und Minderjährige sind, findet Steyne innerhalb bestimmter Grenzen in Ordnung: „Solange

Foto: imago

Kinderarbeit ist im Tourismus weit verbreitet: ein junger Straßenverkäufer in Lima.

die Mithilfe in einem Familienbetrieb Schulpflicht, -besuch und -erfolg nicht beeinträchtigt, ist das für uns akzeptabel.“ Nicht akzeptabel sei, wenn Kinder nachts oder körperlich schwer arbeiten müssen. „Auch eine Küche kann für einen Zwölfjährigen ein gefährlicher Arbeitsplatz sein“, fügt der ILO-Experte hinzu. Geht es um eine ökonomische Tätigkeit des Minderjährigen, gilt für die ILO die Regel: nicht unter 14 Jahren. In diesem Alter endet in vielen Ländern die Schulpflicht.

Entscheidend ist jedoch nicht nur, wie lange oder wann Minderjährige im Tourismus arbeiten, sondern auch, was sie dort machen. Beispiel Souvenirs: Bunte Teppiche und Stoffe werden von Touristen gerne gekauft – und häufig von Kindern und Jugendlichen hergestellt. Viele leiden an Rückenproblemen, wunden Fingern, entzündeten Augen. „Wer ständig über die Webstühle gebückt in dunklen Räumen hockt, wird krank“, betont Steyne. „Die Körper von Kindern sind empfindlicher als die der Erwachsenen, Gefahren am Arbeitsplatz treffen sie härter. Hinzu kommt, dass sich Kinder dieser Gefahren oft weniger bewusst sind.“ Sie gingen andere Risiken ein.

Auf Missstände reagiert

Das sieht inzwischen auch die Tourismusbranche und hat auf die Missstände reagiert. ILO und die Welttourismusorganisation UNWTO versuchen über Pilotprojekte in bestimmten Regionen, Hotelmanager oder Agenturmitarbeiter in den Themen „Arbeiterrechte“, „Kinderschutz“ oder „Geschlechtergleichheit“ zu schulen und damit zu sensibilisieren. Über zwei Working-Conditions-Empfehlungen haben die beiden Organisationen bereits Anfang der 1990er-Jahre Minimalstandards festgelegt, um Löhne und Sicherheit für die in der Branche Arbeitenden zu erhöhen. Diese Standards findet man auch auf den Internetseiten der meisten Reiseanbieter. Liest man dort die Passagen zur unternehmerischen Verantwortung, haben sich demnach fast alle Konzerne und Agenturen dem Kampf gegen Ausbeutung und Kinderarbeit verschrieben. Doch diese vollmundigen Selbstverpflichtungen stünden häufig nur auf dem Papier, bemängelt der Experte für nachhaltiges und faires Reisen, Sachbuchautor Frank Herrmann.

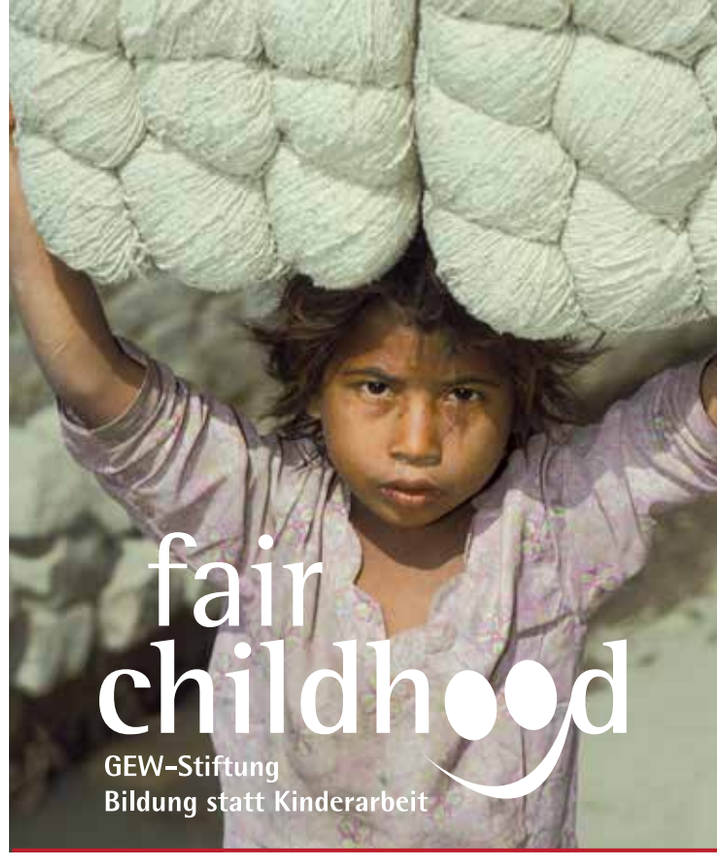
Dennoch könnten sich Verbraucher beim Buchen einer Reise an einigen Initiativen und Labels orientieren, die garantieren, dass sich der Anbieter tatsächlich gegen Kinderarbeit engagiert, sagt Herrmann. So setzen sich die Mitglieder des Roundtable für Menschenrechte im Tourismus* für einen fairen Umgang mit ihren Angestellten und Zulieferern ein. Kinderarbeit ist verboten. Der Initiative gehören die Veranstalter „Studiosus“, „Hauser Exkursionen“, „Gebeco“, aber auch der gemeinnützige Zertifizierer „TourCert“ an**. Dessen Siegel tragen die meisten Mitglieder des „forums anders reisen“***, ein Zusammenschluss kleiner und mittlerer Reiseveranstalter. Gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern engagieren sich zudem Veranstalter wie „Wikinger Reisen“, „SKR Reisen“ oder „avenTour“, die den Kinderschutzkodex**** unterzeichnet haben – auch sie lassen sich über TourCert prüfen.

Kodizes sind wichtig, doch abgeschafft wird Kinderarbeit im Tourismus erst sein, wenn zwei weitere Voraussetzungen erfüllt sind: Erstens, wenn die lokale Bevölkerung künftig stärker von den Einnahmen durch die Urlauber profitiert. Denn Gewinne im Tourismus würden in der Regel ins Ausland abfließen, wo die Reisekonzerne, Veranstalter und Fluglinien sitzen, kritisiert die UN-Umweltorganisation UNEP. Diese „Sickerrate“ liegt in Entwicklungsländern zwischen 40 Prozent in Indien und 80 Prozent in der Karibik. In Thailand bleiben nur 30 Prozent der Einnahmen im Land.

Und zweitens, wenn die erwachsenen Beschäftigten in den Hotels einen fairen Lohn erhalten, von dem ihre Familien leben können. Kinderrechtsexperte Steyne: „Verdienen die Eltern mehr, müssen sie ihr Kind nicht mehr zum Arbeiten schicken.“

Martina Hahn,
freie Journalistin

*www.menschenrechte-im-tourismus.net
**www.tourcert.org
***www.forumandersreisen.de
****www.ecpat.de, www.thecode.org



Kindern eine Kindheit geben

Machen Sie mit.
Unterstützen Sie *fair childhood* –
GEW-Stiftung Bildung statt Kinderarbeit
Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft,
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00
BIC: BFSWDE33MUE

www.*fair-childhood*.eu

Ja, ich möchte mehr Informationen zu *fair childhood*, bitte senden Sie mir weitere Informationen

E&W 01/2016

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

E-Mail

Datum, Unterschrift

Bitte senden Sie diesen Coupon in einem ausreichend frankierten Umschlag an:

fair childhood
GEW-Stiftung „Bildung statt Kinderarbeit“
z. Hd. Susanne Hemmerling
Reifenberger Straße 21
60489 Frankfurt am Main

fair childhood
GEW-Stiftung
Bildung statt Kinderarbeit

RECHT UND
RECHTSSCHUTZ
01/2016

Informationen der
GEW-Bundesstelle für Rechtsschutz.
Verantwortlich: Katrin Löber,
Volker Busch, Gerhard Jens
68. Jahrgang

Foto: zplusz

Reisekosten werden erstattet

// Lehrkräfte müssen nicht auf die Erstattung von Reisekosten verzichten. Der Dienstherr darf ihnen laut Urteil des Verwaltungsgerichts (VG) Karlsruhe kein Formular vorlegen, in dem sie aufgefordert werden, ihren Anspruch auf Reisekostenrückzahlung aufzugeben. Dies verletze die Fürsorgepflicht gegenüber Beamtinnen und Beamten. //

Lehrerinnen und Lehrer dürfen nicht vor die Entscheidung gestellt werden, Geldansprüche aufzugeben, um Klassenfahrten zu ermöglichen. Die grundsätzliche Frage nach einem Verzicht auf die Reisekostenvergütung bringe diese in einen schweren Interessen- und Loyalitätskonflikt, urteilte das VG. Das Gericht sprach einem Lehrer aus Baden-Württemberg den Betrag für Reisekosten in voller Höhe zu, obwohl er eine Verzichtserklärung abgegeben hatte.

Im Antrag auf Genehmigung einer Klassenfahrt nach Berlin hatte der Kläger erklärt, dass er nur einen Teil der Kosten erstattet haben wolle. Den exakten Betrag setzte die Schulleiterin später ein. In dem Formular hieß es, dass von ihm nicht die vollständige Aufgabe seiner Ansprüche erwartet werde, „eine Verzichts- oder Teilverzichtserklärung aber bei bereits verbrauchten Reisekostenmitteln die Veranstaltung ermöglichen kann“.

Die Schulleiterin trug im Antrag ein, dass der Lehrer nicht mehr als 88 Euro eingefordert habe. Das zuständige Landesamt setzte die Vergütung deshalb auf 88 Euro fest. Den Widerspruch des Antragstellers, der die vollen Reisekosten von 197,54 Euro erstattet haben wollte, lehnte die Abrechnungsstelle mit Hinweis auf die Verzichtserklärung ab. Die Abschlussfahrt sei nur aufgrund seiner freiwilligen Einwilligung genehmigt worden, teilte das Amt mit. Nach Auffassung des Gerichts steht diese Erklärung jedoch nicht dem Anspruch des Klägers auf weitere Erstattung der Reisekosten entgegen. Das Gericht warf dem Dienstherrn eine unzulässige Rechtsausübung vor. Dieser verletze seine Fürsorgepflicht, wenn er im Formular für Dienstreisen systematisch einen Verzicht auf Reisekosten abfrage. Der Dienstherr sei verpflichtet, Beamtinnen und Beamten finanzielle Belastungen wie dienstlich veranlasste Reisekosten abzunehmen.

Zur Begründung zog das Gericht das Landesschulgesetz und eine Verwaltungsvorschrift des Kultusministeriums heran. Die Dokumente heben die Bedeutung von Veranstaltungen außerhalb des Unterrichts für die erzieherische Aufgabe der Schulen hervor. In der Verwaltungsvorschrift steht, Unternehmungen leisteten „einen wichtigen Beitrag zur Entfaltung der gesamten Persönlichkeit des Schülers“. Von Lehrkräften werde demnach ein abwechslungsreicher Unterricht erwartet, folgerten die Richter. Dazu gehörten auch Ausflüge mit Schülerinnen und Schülern, die Kosten verursachen.

Lehrkräfte sehen sich aber nun vor die Frage gestellt, ob sie bereit sind, Reisekosten ganz oder teilweise zu tragen, wenn die Veranstaltung nur dann stattfinden kann. Falls sie die Kosten nicht tragen wollen und daher keine Ausflüge unternehmen können, dürfte das „regelmäßig die Missbilligung der Schüler und deren Eltern nach sich ziehen“, mutmaßten die Richter. Sie bedachten auch mögliche negative Folgen für die Betroffenen bei der dienstlichen Beurteilung im Vergleich zu Kolleginnen oder Kollegen, die ihre Auslagen selbst trügen. „Dieser Interessen- und Loyalitätskonflikt kann eine Verschärfung noch dadurch erfahren, dass das Verhalten der Lehrkraft Probleme innerhalb des Kollegenkreises auslöst“, fuhren die Richter fort. Wenn ein Pädagoge die Kosten voll erstattet haben wolle, könnten Ausflüge anderer Lehrkräfte in Gefahr geraten, weil das Geld fehle. Im Ergebnis werde den Lehrkräften zugemutet, durch eigenen Verzicht Veranstaltungen aller im Kollegium zu ermöglichen, kritisierten die Richter – obwohl der Haushaltsgesetzgeber für eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Schulen zu sorgen hat.

Barbara Haas,
freie Journalistin

Die KMK und das Leben

// **Eine Anmerkung** //

Die Kultusministerkonferenz (KMK) will die Bildungs-, Erfahrungs- und Lebensräume von Kindern und Jugendlichen stärker an deren Bedürfnissen ausrichten. Wie sie sich das vorstellt, ist in dem neuen Ganztagsschulbericht, den sie in ihrer letzten Sitzung am 3. Dezember verabschiedet hat, nachzulesen: „Ganztagsschulen nutzen die Kompetenzen von Fachleuten aus dem außerschulischen Bereich, um ihr Angebot qualitativ und hinsichtlich der Attraktivität zu bereichern. Diese Art der Öffnung nach außen unterstützt den Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schulen durch aktuelle und praxisbezogene Impulse. Bildungs-, Erfahrungs- und Lebensräume von Kindern und Jugendlichen werden so an deren Bedürfnissen ausgerichtet (Lebensweltbezug), Aspekte der schulbezogenen Jugendarbeit und der Schulsozialarbeit können mit einfließen.“

Jeder, der die Bildungsdiskussion der vergangenen 15 Jahre verfolgt hat, weiß, dass Schule längst mehr als nur ein Lernort ist. Sie ist selbstverständlich und in erster Linie eine Lebenswelt. Kinder und Jugendliche verhalten sich in der Schule nicht unbedingt rollenkonform als Schülerinnen und Schüler. Sie warten auch nicht brav, bis die Lehrkraft ihnen gemäß ihres Bildungsauftrags Unterricht erteilt. Sie leben tatsächlich in der Schule. Und dafür brauchen sie weder eine pädagogische Anleitung noch fachliche Impulse. Schon der 12. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung 2005 forderte, dass Schule zu einem Ort „umfassender Gelegenheiten und vielfältiger Anregungen für Bildung werden“ müsse. Schulsozialarbeit, so heißt es dort, sei von zentraler Bedeutung, damit sich das Bildungswesen zu einem Gesamtsystem von Bildung, Erziehung und Betreuung weiterentwickelt.

KULTUSMINISTER KONFERENZ

Nur – die Kultusminister haben offensichtlich davon noch nichts mitbekommen. Sie sind wohl nach wie vor der Ansicht, in den Schulen finde kein Leben statt und es werde nur nach „Anweisung“ gelernt. Und wenn dort „Leben“ einfließe, dann nur „organisiert“ durch Schulsozialarbeit. Zum Glück gibt es viele Schulen, die sich längst geöffnet und verändert haben. Orte, an denen Lehrkräfte und Schulsozialarbeiter die Kinder und Jugendlichen mit all ihren Begabungen und Interessen, ihren Fragen und Sorgen, ihrer Neugierde und Energie ernst nehmen und sie auf ihrem Lebens- und Bildungsweg unterstützen. Die Zeiten, in denen externe Fachkräfte sich als sogenannte Nothelfer oder gar „Freizeitanimateure“ verstanden haben, sind lange vorbei. Schule und Jugendhilfe tragen für Kinder und Jugendliche eine gemeinsame Verantwortung, kooperieren miteinander und agieren mit ihrer spezifischen pädagogischen Kompetenz in einer offenen, an der Lebenswelt der Kinder orientierten Schule.

Bernhard Eibeck,
Referent für Jugendhilfe und Sozialarbeit, GEW-Hauptvorstand

rehaKIND®

rehaKIND begleitet Sie auf Ihrem individuellen Weg zu einer inklusiven „Kita oder Schule für Alle“ – sprechen Sie uns an !

Die individuelle Hilfsmittelversorgung von Kindern mit Behinderungen und chronischen Krankheiten ist unser Arbeitsschwerpunkt.

www.rehaKIND.com

STAMM Verlag E&W Verlagsreisen

Matthäus-Passion Ostern in Leipzig

4-tägige Musikreise vom 25.03. bis 28.03.2016

ab € 398,-
p. P. im DZ
EZ-Zuschlag € 84,- p. P.

Foto © Bach-Archiv Leipzig/ G. Mothes

Thomanerchor und Gewandhausorchester präsentieren Johann Sebastian Bach

Reiseverlauf, Buchungsformular und Reisebedingungen unter
www.gew.de/verlagsreisen
Informationen und Buchung ☎ 0521 / 96768-0

Veranstalter: tslmedialog GmbH, Detmolder Str. 78, 33604 Bielefeld

Ein modernes Märchen

// Wer sich im Kino bei „Fack ju Göthe“ 1 und 2 schlappgelacht hat, den erwartet mit „Die Schüler der Madame Anne“ (Frankreich 2014, Regie: Marie-Castille Mention-Schaar) das Kontrastprogramm: ein unaufgeregter Film, der Mut macht. //

Als ganz am Ende klar ist, wie die Sache ausgeht, obwohl alle noch so tun, als würden sie nicht wirklich daran glauben, als all diese ungläubigen, gespannten jungen Gesichter anfangen zu leuchten, weil sie einmal etwas zuwege gebracht haben – ein paar Sekunden vor dem Triumph dieser jungen Menschen sind die Kinobesucher extrem gefordert, so energisch schwappt der Tränenfluss der Rührung gegen die Ufer. „Madame Anne“ ist ein modernes Märchen, das auf einer wahren Geschichte beruht, und ein vollkommen unaufgeregter Film aus der Rubrik „Mutmach-Film für Lehrkräfte“.

Plakat: Cinema

Denn Madame Anne ist eine nicht mehr ganz junge, durchaus strenge, auf alle Fälle geradlinige Lehrerin, die ihren Beruf liebt und ihre Schülerinnen und Schüler ernst nimmt. Und es scheint, als sei gar nicht viel mehr nötig, um ein richtig guter Lehrer, eine begeisterungsfähige Lehrerin zu sein: Ein bisschen Aufrichtigkeit, Motivation, ehrliches Interesse und schon wuppt der Unterricht. So einfach ist das? Natürlich nicht. Aber „Madame Anne“ zeigt, wie es gehen kann.

Die Geschichte ist beinahe banal: Neue Lehrerin übernimmt eine von frustrierten Heranwachsenden bevölkerte 10. Klasse des Léon-Blum-Gymnasiums im Pariser Vorort Créteil. Fast jeder hier hat einen Migrationshintergrund, viele kommen aus muslimischen Familien, beinahe keiner glaubt, eine Zukunft zu haben. Dass die Schule ein Gymnasium ist, scheint angesichts der bockigen Verlorenheit der Jugendlichen ein Rätsel. Und in der Tat stellt auch Madame Anne nach einer komplett verhauenen Klassenarbeit fest: „So wie das hier läuft, schafft ihr das Abitur nie.“

Statt mit den Schultern zu zucken, meldet sie ihre Klasse bei einem renommierten Schülerwettbewerb zum Thema „Kinder und Jugendliche in Konzentrationslagern der Nazis“ an. Die Klasse sperrt sich, das Kollegium wundert sich, der Schulleiter bezweifelt, dass die „Loser-Klasse“ auch nur den Hauch einer Chance hat. Doch Madame Anne bleibt beharrlich: Ihre Schüler sollen sich mit der Judenverfolgung der Nazis in Frankreich auseinandersetzen, einem Land, das Tausende Kinder unverlangt in die Vernichtungslager und damit in den sicheren Tod schickte. Die Mädchen und Jungen ihrer Klasse sollen raus aus ihren selbst gebauten Selbstmitleidskäfigen, sollen den Rassismus, unter dem sie als Ghettokids selbst zu leiden haben, durchdringen, begreifen, wie und warum er entsteht und ihm die Stirn bieten. Sie sollen raus aus der allzu bequemen Opferrolle und zu Handelnden werden, zu selbstbestimmten Menschen, die etwas tun und erreichen.

Nach und nach beginnt die Klasse, sich mit dem Thema zu beschäftigen, produziert ein paar unbeholfene Plakate und sackt schnell wieder rat-, hilf- und mutlos in sich zusammen. Und der stille Théo seufzt desillusioniert: „Vielleicht können wir das einfach nicht.“

Wende in Wellen

Die Wende kommt nicht, weil Madame Anne den schönen Satz sagt: „Ich hab‘ das Gefühl, dass ich euch sehr viel mehr zutraue als ihr euch selbst.“ Die Wende kommt in Wellen. Beim Besuch des Mémorial de la Shoah nimmt das Leid der jüdischen Kinder plötzlich Gestalt an. Es gibt Fotos der Deportierten und ihre Geschichten dazu, auf der „Mauer der Namen“ sind alle 76 000 aus Frankreich deportierten Juden verzeichnet und machen das Ausmaß der Verfolgung fassbar. Malik, selbst Muslim, erkennt hier wie viele seiner Mitschüler wohl zum ersten Mal, dass rassistische Verfolgung jeden treffen kann, nicht nur ihn, den schwarzen Franzosen. Emotional verstärkt wird diese Erkenntnis noch durch den aufwühlenden Besuch des Holocaust-Überlebenden Léon Zyguel. Und plötzlich legen die Jugendlichen los wie im schönsten Hollywood-Movie, überwinden ihre Selbstzweifel, kämpfen sich raus aus der Lustlosigkeit, entwickeln Teamgeist und „fressen“ sich rein in ihr Thema. Eigentlich ist es gleichgültig, was am Ende passiert: Für diese Mädchen und Jungen ist der Weg das Ziel. Sie haben gelernt, dass sie etwas verändern können, wenn sie bloß damit anfangen.

Und das ist die Stelle, an der aus dem Mutmach-Film sehr leicht ein Entmutigungfilm werden kann: Denn ganz so einfach wie in den gut 100 Minuten bei „Madame Anne“ gelingt die „180-Grad-Wende“ im richtigen Leben für die meisten Kinder und Jugendlichen wohl doch nicht. Aber den Versuch sind sie wert: jede und jeder Einzelne von ihnen.

Frauke Haß,
Leiterin Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Filminstituts in Frankfurt am Main

Was diskutiert die Community?

// Die Diskussionen zu GEW-Themen finden immer häufiger in den Sozialen Medien und auf der GEW-Homepage statt. Eine Auswahl der Kommentare der vergangenen Wochen: //

„Sexting an Schulen“

Ein Schulsozialarbeiter am 10. November auf Facebook: „Das Thema Sexting besteht schon seit mehreren Jahren an Schulen. Es sind alle Arten von Schulen betroffen. Für die Schulsozialarbeit ergibt sich dadurch ein weiteres Feld, welches wir abdecken. Und ja, wir, in Vorpommern-Rügen, arbeiten bereits an diesem Thema. Elternabende, Infobriefe, Zusammenarbeit mit Kripo und Präventionsvereinen genauso wie mit dem Landkreis. Wir rocken das.“

„Aktionswoche #TraumjobWiss“

@Anna__Schtz am 19. September 2015 auf Twitter: „Traumjob Wissenschaft heißt für mich, unter guten Bedingungen gute Arbeit zu leisten.“ #TraumjobWiss #WissZeitVG

@egelinga am 2. November auf Twitter: „Traumjob Wissenschaft heißt für uns mehr Familienfreundlichkeit!“ #TraumjobWiss #GEW

@pxcv7r am 11. November auf Twitter: „Dass #Wanka #TenureTrack als linke Spinnerei betitelt, liegt wohl daran, dass es aus sozialistischen Ländern wie den USA kommt.“ #TraumjobWiss

Nuri Hernandez am 8. Oktober auf Facebook: „Ich bin selbst wissenschaftliche Mitarbeiterin und betroffen. Ich bekomme außerdem fast täglich mit, wie schwierig es auch für engagierte Leute ist, das System von innen heraus zu ändern und mitzugestalten. Wir Lehrende sind voll des fachlichen und didaktischen Enthusiasmus´, werden aber Tag für Tag, Semester für Semester durch Überforderung und Unsicherheit mürbe gemacht. Das Schlimme ist, weder unsere Studierenden noch die Gesellschaft erfahren davon, und die, die etwas tun könnten, kümmern sich höchstens halbherzig darum.“

„Flucht & Asyl“

Madeleine Koch am 13. Oktober auf Facebook: „Ehrenamt ist gut und hilfreich – auf der anderen Seite werden DaZ-Lehrer (Deutsch als Zweitsprache) aber für wenig Geld als Honorarkräfte an Schulen beschäftigt. DaZ-Lehrer müssen für ihre Tätigkeit die Zulassung vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) beantragen und diese wird nicht geschenkt. Ehrenamt und ordentlich bezahlte Deutschlehrer wäre für alle Engagierten die richtige Lösung. Solange sich aber die Politik auf die Ehrenamtlichen verlässt, wird sich an der finanziell prekären Situation der Deutschlehrer nichts ändern. Oder?“
Antwort der GEW am 14. Oktober auf Facebook: „Absolut! Wir dürfen bei der Debatte nicht vergessen, Leiter und Leiterinnen von Integrations- und Deutschkursen auch vernünftig zu bezahlen.“

„Die Generalprobe“

„Wie will ich eigentlich leben? Welcher Job passt zu mir? Wie wichtig ist Familie? Mache den Test und finde es heraus!“ Auf www.die-generalprobe.de hat der DGB ein Quiz veröffentlicht, das die Community auf Facebook viel diskutiert hat:
Sonn Äddslarr am 19. November auf Facebook: „Geht es in diesem Test eigentlich irgendwie noch darum, wie wohl man sich fühlt oder einfach nur, dass man möglichst panisch viel Geld verdienen möchte? Bei der Frage „Was ist dir im Job wichtig?“ kann man nur eine Antwort wählen, und wenn das Spaß ist, kommt der mahnende Hinweis, dass man doch wohl auch aufs Geld achten sollte. Das geht wirklich besser! Wenn man mit einer solchen Einstellung ran geht, braucht sich sicher keiner mehr darüber zu wundern, dass sich die Frauen (weil man ja genug Geld verdienen sollte) aus Angst ganz gegen Kinder entscheiden.“
Antwort der GEW am 19. November auf Facebook: „Liebe Kollegin Sonn Äddslarr, ist das nicht genau der Punkt? Aufzuzeigen, dass es als Frau nicht besonders einfach ist, wirtschaftliche Unabhängigkeit und Familie unter einen Hut zu bringen?“

Stefan Brasse,
Internetredakteur, GEW-Hauptvorstand

GEW im Netz

// GEW im Internet //
Täglich aktuelle News der GEW, alle Publikationen und Downloads auf einen Blick, online zu Veranstaltungen anmelden und im Forum mitdiskutieren – das ist GEW.de
www.gew.de

// Die GEW auf Facebook //
„Like“ uns auch auf Facebook! Wir halten Euch mit Nachrichten auf dem Laufenden, beantworten Euch Fragen und geben Raum zur Diskussion. Schon die GEW „gelikt“?
facebook.com/GEW.DieBildungsgewerkschaft

// Die GEW auf Twitter //
Neues von der Bildungsgewerkschaft GEW in 140 Zeichen. Unsere Nachrichten gibt es auf Twitter kurz und knapp zusammengefasst – und zwar täglich und schnell!
twitter.com/GEW_bund

// Die GEW auf YouTube //
Videos von Streikkundgebungen, Interviews mit Mitgliedern und Erklärungen zu Tarifhintergründen, das findet Ihr alles auf unserem YouTube-Kanal. Schaut ihn Euch an!
youtube.com/GEWHauptvorstand

// Die GEW im Newsletter //
Zu all unseren Themen bieten wir regelmäßig erscheinende Newsletter an. Bleibt auf dem Laufenden und lasst Euch auf Eure Bedürfnisse zugeschnittene Informationen zumailen!
www.gew.de/newsletter/newsletter-uebersicht

Heimvorteil genutzt

Eine große Familie: die kickende Zunft der GEW

Foto: Erltrud Vogel

// Heimvorteil genutzt – alles bestens: Die GEW Niedersachsen hat die 23. Auflage des bundesweiten Fußballturniers der Bildungsgewerkschaft Ende November 2015 in Gifhorn gewonnen. Der 2014er-Turniersieger Thüringen landete auf Platz zwei, dank eines Tors in der letzten Sekunde der offiziellen Spielzeit gegen Sachsen-Anhalt. //

Zittern mussten die Niedersachsen allerdings bis zum letzten Spiel, sie hatten sich eine 1:2-Niederlage gegen Sachsen-Anhalt geleistet. In einem echten Endspiel setzten sich die Norddeutschen dann schließlich gegen die bis dahin verlustpunktfreien Thüringer mit 2:0 durch – übrigens in einem hochklassigen Match. Platz drei – punktgleich mit Niedersachsen und Thüringen – eroberte Sachsen-Anhalt, gefolgt von den Teams Niedersachsen/Bremen und Hauptvorstand. Auch wenn der Hauptvorstand weit abgeschlagen den letzten Platz belegte, kann er doch gleich vier (!) Alleinstellungsmerkmale für sich beanspruchen: Er stellte das mit Abstand am konstantesten spielende Team (vier 0:3-Niederlagen am Stück!), verzeichnete den höchsten Frauenanteil, schoss nicht ein Tor und holte keinen Punkt.

Zur Torfrau des Turniers wurde Leander Girton (Team Niedersachsen) gekürt, die gleich mehrere Mannschaften mit glänzenden Paraden vor noch höheren Niederlagen bewahrte. Herzlichen Dank dafür vom Hauptvorstand! Das männliche Gegenstück der Trophäe ging an Ulf Brunner (Niedersachsen), der von dieser Auszeichnung offenbar ein wenig überrascht war. „Ich hab‘ doch noch nicht mal ein Tor geschossen“, sagte er vor laufenden Kameras. Also: Auf ein Neues in 2016 – und im Jahr darauf wird dann das große Jubiläum gefeiert: 25 Jahre GEW-Fußball-Turniere. Wieder in Gifhorn, das einst Austragungsort des allerersten Turniers war?

Ulf Rödde,
Redaktionsleiter der E&W

„GEWolution“

„Komm und mach mit“: Die zweite Bundesjugendkonferenz junger Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter findet unter dem Motto „GEWolution: unsere Zeit, unsere Fragen“ an Pfingsten vom 14. bis 16. Mai in Rotenburg an der Fulda statt. Es erwarten Dich spannende Diskussionen, provokante Fragen, kurzweilige Vorträge, „Lightning Talks“ sowie abwechslungsreiche Workshops. Du kannst junge Aktive aus allen Bundesländern treffen, Dich austauschen, vernetzen und Anstöße für neue Ideen finden. Neue Mitglieder haben die Möglichkeit, die Arbeit der GEW kennenzulernen und engagiert daran teilzunehmen. S.H.

www.gew.de/gewolution

Kulturhof Sültemühle

Wege zum Ich, Klang

Bieten Sie dem Stress und Ihrer Erschöpfung die Stirn!

Entdecken und beleben Sie innere Ressourcen und Ihre Work-Life-Balance wird spürbar besser!

- Biografiearbeit / Lernen vom Schicksal nach C. van Houten
- Aufmerksamkeitstraining und Entspannungstechniken
- Malen und Plastizieren
- Musik und Gesang
- Bewegung
- Clownsarbeit
- **im individuellen Arrangement**
- Vegetarisch-biologische Ernährung
- Massage, Sauna

Individuelles kreativ-aktives Stressmanagement Burnout-Prävention und Salutogenese

Kulturhof Sültemühle
(Stefanie Aurig)
Sültemühle 1, 49626 Bippen
Telefon 05901/5309962

www.kulturhof-sueltemuehle.de

Klassenfahrten Versailles
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
versailles@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

SAMOS - GRIECHENLAND
Familie Taleporou verwöhnt Sie!
8 DZ, ruhige Lage, Nichtraucherhaus,
exzellenter Service u. super Frühstück!
www.pension-ermioni-samos.de

Insel Rügen: 5-Sterne-Ferienwohnungen für 2-4 Pers., exklusive Ausstattung mit Terrasse und Kamin, ruhig, sonnig, Natur pur, Tel. 038301 60289
www.ferienhaus-sonneninsel-ruegen.de

Provence Bastide a.d. 18. Jahrh.
Zwei romantische Ferienhäuser
Tel. 0033 / 490 617 450
www.chante-duc.fr

Die Wollmarshöhe

Klinik Wollmarshöhe

Akutfachkrankenhaus für psychosomatische Medizin

Kurzzeittherapie bei Burn-out und Stressfolgeerkrankungen

Für Privatversicherte, Beihilfeberechtigte, Selbstzahler

Stationär, teilstationär, ambulant

Therapeutisch-ganzheitliches Konzept - moderne Diagnostik und Therapieplanung

Neurologische und psychokardiologische Abklärung

Zeitgemäße Einrichtung und Ausstattung, schönes Ambiente, nähe Bodensee (Bodnegg)

Gerne senden wir Ihnen unser Exposé.

info@klinik-wollmarshoehe.de

Information / Auskunft:
07520 927-0

www.wollmarshoehe.de

Segel- & Surfschule am Binnensee

OSTSEE
Segel- und Surfschule
Katamaranschule

Komplettangebote für Klassenfahrten Klasse 5-13

Axel Malicke · Eichholzweg · 23774 Heiligenhafen · Tel. 0 43 62 - 14 41
www.segelschule-malicke.de · info@segelschule-malicke.de

ZARB *Arbeitsblätter kreativ & schnell erstellen*

Lösung
2 ZARB 4 IST
3 EINFACH 1 GENIAL

Das unentbehrliche Basiswerkzeug für Lehrkräfte: Mit ZARB erstellen Sie differenzierte Lernaufgaben aus deutschen oder fremdsprachigen Texten, alltagstaugliche Arbeitsblätter, die fördern und fordern.

Direkt im Textprogramm erzeugen Sie neue Rätsel, Lücken- und Fehlertexte, Schüttel- oder Schlangentexte und mehr. Kompetenzorientierte Übungen zu Wortschatz, Rechtschreibung, Grammatik, Satzbau, Textaufbau und Inhalt entstehen mit wenigen Mausklicks.

hans zybura software
Waldquellenweg 52 · 33649 Bielefeld · Fon 0521.45366590 · info@zybura.com · www.zybura.com

Andalusien
Kleines Ferienhaus auf Finca im Olivenhain am Naturschutzpark bietet Ruhe und Erholung.
Für Wanderer ein Paradies.
T: 05171/16343 **www.la-ruca.de**

Skilanglaufreisen nach Skandinavien
www.die-vagabunden.de
☎ 0 43 52 - 95 68 695

ITALIEN: LIGURIEN UND TOSKANA
wunderschöne Ferienhäuser / -whg privater Vermieter, mit Gärten, ruhig, nicht weit vom Meer, mittelalterliche Dörfer, herrliche Natur...
Tel.: 089 / 33 37 84, www.litos.de

Die Privatschule der Dt. Botschaft Ankara, Ernst-Reuter-Schule, sucht zum 26.08.2016 Lehrkräfte mit folgenden möglichen Fächerkombinationen: Geschichte, Französisch, Deutsch, Sport, Technik.
Näheres zur Ausschreibung auf
www.ers-ankara.com

TOSCANA
Weingut zw. Florenz u. Pisa, Zi. mit HP, FeWos und Häuschen, gr. Pool. Ermäß. für GEW-Mitgl.
Tel. und Fax: 0039 - 0571 - 408041
info@aglioni.it, **www.aglioni.it**

Seit 1966
Friesland Charter
Gruppenfahrten auf traditionellen Segelschiffen
Auf IJsselmeer und Binnengewässer
8 bis 60 Personen
• Klassenfahrten
• Wochenendarrangements
Familie Koopmans
De Slinke 19, NL 9011 WV Jirnsum
Ruf 0031-566-631604
An Bord 0031-6-50681864
E-mail: info@frieslandcharter.nl
Internet: www.frieslandcharter.nl
Klipper DE HOOP**

Nordsee/Norddeich Freizeitgruppenhaus
Für Selbstversorger (max. 28 Pers.), ideal für Klassenfahrten/Freizeiten/Seminare, tolle Freizeitangebote, kompl. eingerichtet, Strandnähe.
www.selbstversorgerhaus-nordsee.de Tel. 04941 / 68865

Klassenfahrten London
mit oder ohne Sprachkurs
ausgesuchte Gastfamilien, indiv. Programm
london@reichardt.eu, T: 06181 424830
www.reichardt.eu

WENDELSTEIN® KLINIK
Krankenhaus für Neurologie, Psychiatrie, Innere Medizin und Psychosomatik

- Depressionen
- Schmerzstörungen
- Ängste
- Posttraumatische Belastungsstörungen

Geben Sie nicht auf!

WIR HELFEN IHNEN WEITER

WENDELSTEIN KLINIK
Reutlinger Str. 20 · 72501 Gammertingen
0 75 74 - 845
www.wendelsteinklinik.de

beihilfefähiges privates Akut-Fachkrankenhaus

Behutsam die Welt entdecken

✓ Fernreisen weltweit
✓ Studien- und Begegnungsreisen
✓ preiswerte Flugtickets für Schüleraustausch

www.Alternativ-Tours.de

Alternativ-Tours
Tel. (030) 21 23 41 90
Otto-Suhr-Allee 59
10585 Berlin

AMERIKA · ASIEN · AUSTRALIEN

DIPLOMA Bachelor / Master
Private staatlich anerkannte Hochschule
University of applied science

Fernstudium - Seminare an bundesweiten Studienzentren oder online, auch neben dem Beruf oder der Ausbildung

Frühpädagogik (B.A.)
Leitung und Management von Kindertageseinrichtungen

Medizinalfachberufe (B.A.)/(M.A.)
Zugangsberufe: Physiotherapie, Ergotherapie, Altenpflege, Krankenpflege, Logopädie u. a.

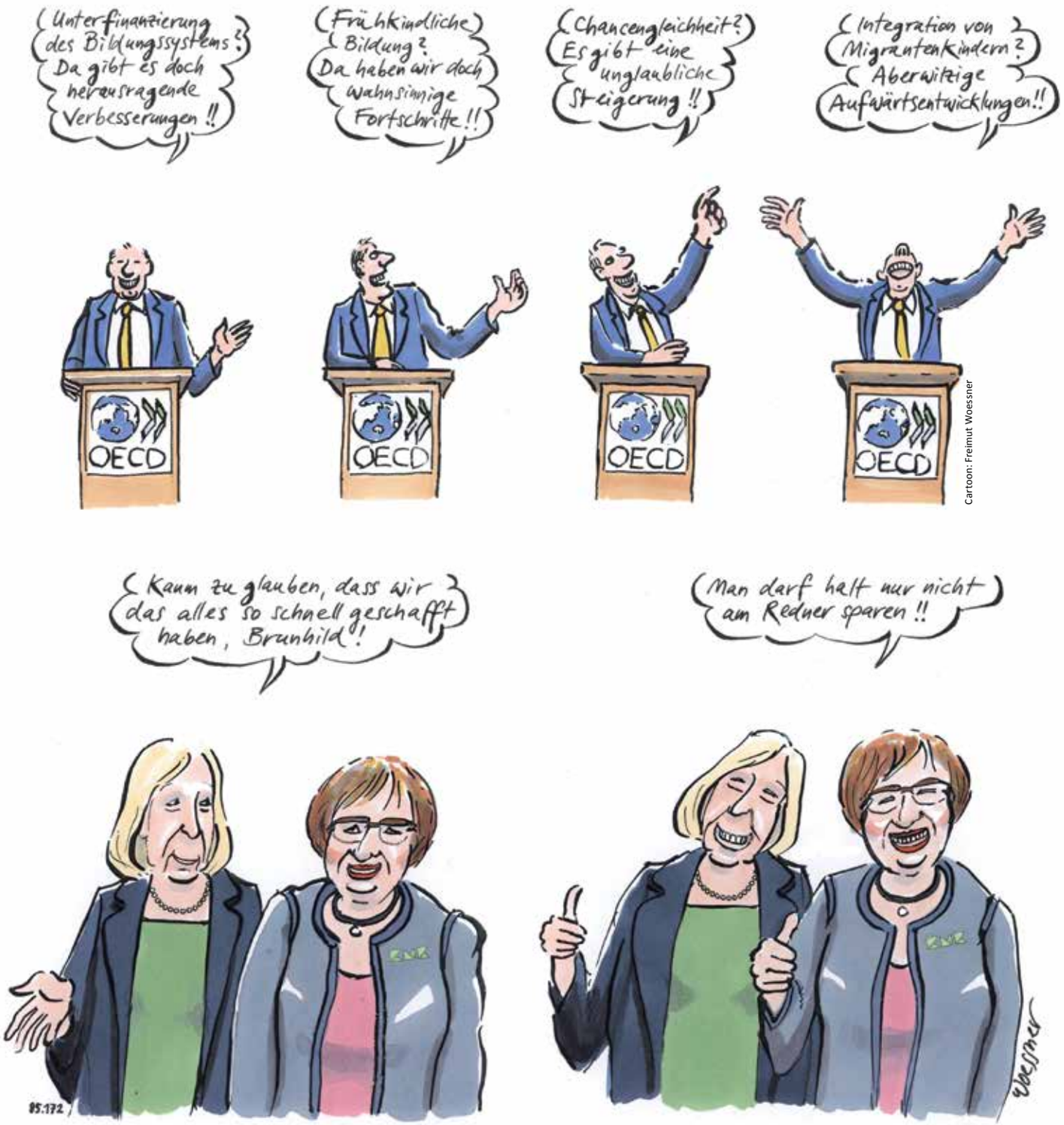
Kindheitspädagogik (B.A.)
inkl. staatliche Anerkennung als Erzieher/in

Soziale Arbeit (B.A.)
inkl. staatliche Anerkennung als Sozialarbeiter/in

Info unter 0 57 22 / 28 69 97 32 **www.diploma.de**

S-E-T
STUDY - EXPLORE - TRAVEL
STUDIENREISEN LONDON
KLASSENFAHRTEN ENGLAND
www.s-e-t.de

Diesmal



Cartoon: Freimut Woessner